

Das neue Familien-Prisma

■ Jörg Althammer

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser Ausgabe halten Sie das neue Familien-Prisma des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) in der Hand. Wie Sie sehen, hat sich das äußere Erscheinungsbild des Prismas grundlegend geändert. An die Stelle einer losen Blattheftung ist eine vollwertige Zeitschrift mit professionellem Layout getreten. Ein aufwendiger Zweifarbdruk und zahlreiche grafische Elemente sollen das Lesen für Sie abwechslungsreicher und interessanter machen. Aber nicht nur äußerlich hat sich vieles getan, die größten Veränderungen finden sich im Inhalt. Ursprünglich verstand sich das Familien-Prisma als ein kommentierender Überblick über ausgewählte Bereiche der familienwissenschaftlichen Literatur. Mit dieser Ausgabe rückt nun die Arbeit des ZFG als interdisziplinäre Forschungseinrichtung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt in den Vordergrund. In der Rubrik «**Aus der Forschung des ZFG**» informieren wir Sie über laufende oder gerade abgeschlossene Forschungsprojekte des Instituts. In vielen Fällen handelt es sich dabei um «work in progress», also um Projekte, die sich gerade in der Durchführungsphase befinden und bei denen wir deshalb nur vorläufige Ergebnisse präsentieren können. Das mit Abstand umfangreichste Projekt ist unser Graduiertenkolleg «Religion und Familienkultur», in dem wir der Frage des Einflusses religiöser Normen und Werthaltungen auf familiäre Prozesse nachgehen. In dieser Ausgabe des Familien-Prismas stellen wir Ihnen die durch das ZFG geförderten Dissertationsthemen und die Promovenden vor. Neben seiner originären Forschungstätigkeit versteht sich das ZFG auch als Anlaufstelle für die familienwissenschaftliche Forschung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Deshalb berichten wir unter der Rubrik «**Familienforschung an der KU**» über entsprechende Aktivitäten, die an den verschiedenen Fakultäten und Lehrstühlen der Universität durchgeführt werden. Unter «**Positionen**» finden Sie Stellungnahmen und ausführlichere Berichte zu aktuellen Fragen rund um das Thema Familie. In Zukunft

sollen an dieser Stelle auch familienpolitische Kontroversen aus unterschiedlicher Perspektive beleuchtet werden.

Seit mehreren Jahren besteht eine intensive Kooperation mit dem katholischen Militärbischofsamt (KMBA). Unter der entsprechenden Rubrik finden Sie Informationen zu den Forschungsbereichen «Fernbeziehungen und Partnerschaft» sowie zu den psychosozialen Belastungen, denen die Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr sowie deren Familienangehörige ausgesetzt sind.

Ein wesentlicher Teil unserer Arbeit ist schließlich die Auditierung der KU als familienfreundliche Hochschule. Als katholische Bildungseinrichtung ist es der Universität ein Anliegen, auf die spezifischen Belange der Familien einzugehen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Studium zu gewährleisten. Als Anerkennung für die zahlreichen Bestrebungen in diesem Feld wurde der KU im Jahr 2004 als erster Universität Bayerns das Zertifikat einer «familienfreundlichen Hochschule» durch die gemeinnützige Hertie-Stiftung verliehen. Über die entsprechenden Aktivitäten halten wir Sie unter der Rubrik «Familienfreundliche KU» auf dem Laufenden.

Informationen zum Institut und seiner Arbeit finden Sie auch auf den Internetseiten des ZFG unter www.zfg-kuei.de. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre des «neuen» Familien-Prismas,

Ihr ZFG-Team

Inhalt

Aus der Forschung des ZFG	4
Religion und Familienkultur	5
Kooperation mit dem KMBA	38
Familiengerechte Hochschule	43
Familienforschung an der KU	44
Positionen	57
Jahresbericht	68

Das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG)

Ein interdisziplinäres Forschungsinstitut

Das ZFG

Das Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) ist eine zentrale Forschungseinrichtung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt mit Sitz in Eichstätt. Es besteht seit 2001, Direktor ist seit 1. Februar 2008 Prof. Dr. Jörg Althammer.

Die Arbeit des ZFG ist interdisziplinär angelegt. Die vertretenen Disziplinen umfassen Sozialwissenschaften, Theologie, Psychologie, Pädagogik und Journalistik.

Der Forschungsauftrag

Aufgabe des ZFG ist es, interdisziplinäre Forschung zu allen familienwissenschaftlichen Fragen durchzuführen. Die Forschungsprojekte werden in enger Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Kooperationspartnern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Kirche konzipiert und umgesetzt. Darüber hinaus versteht sich das ZFG als zentraler Netzwerkpartner für die inneruniversitäre Forschung in den Bereichen von Partnerschafts- und Familienfragen.

Die Forschungsschwerpunkte

Die Forschungsschwerpunkte des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft liegen vorrangig im Bereich

der empirisch orientierten Familienwissenschaft. Nach dem interdisziplinären Selbstverständnis des Instituts werden jedoch Beiträge aller Disziplinen der Partnerschafts- und Familienforschung berücksichtigt.

Zudem besteht eine dauerhafte Kooperation mit der Katholischen Militärseelsorge für die deutsche Bundeswehr. Dabei werden die Rahmenbedingungen von Soldatenfamilien und Partnerschaft, insbesondere im Kontext von Auslandseinsätzen, erforscht. Die Ergebnisse werden vom ZFG in präventive Pastoral- und Praxiskonzepte übertragen.

Neben seiner Tätigkeit als wissenschaftliche Einrichtung ist das ZFG zudem als Beratungs- und Weiterbildungsinstitution tätig. Als Einrichtung der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt ist das Institut außerdem federführend für das Audit «Familiengerechte Hochschule» der gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Das ZFG ist damit auch inneruniversitäre Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Thema Vereinbarkeit von Studium beziehungsweise Beruf und Familie.

Die laufenden Forschungsprojekte des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft können über die Internetplattform [ku.fordoc](http://fordoc.ku-eichstaett.de) (<http://fordoc.ku-eichstaett.de>) abgerufen werden. Über die Publikationen informiert die Online-Plattform [ku.edoc](http://edoc.ku-eichstaett.de) (<http://edoc.ku-eichstaett.de>).

Personen am ZFG



Prof. Dr. Jörg Althammer

Professor für Wirtschafts- und Unternehmensethik

Direktor des ZFG

Telefon: 08421/93-1142

E-Mail: joerg.althammer@kuei.de



Prof. (em.) Dr. Bernhard Sutor

Professor für Politikwissenschaft: Politische Bildung und Didaktik der Soziallehre

Ehrendirektor des ZFG



Dr. Peter Wendl

Diplom-Theologe, Einzel-, Paar- und Familientherapeut

Wissenschaftlicher Projektleiter

Telefon: 08421/93-1143

E-Mail: peter.wendl@kuei.de



Dipl.-Päd. Alexandra Ressel

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Telefon: 08421/93-1146

E-Mail: alexandra.ressel@kuei.de

beurlaubt bis Frühjahr 2012 wegen Auslandsaufenthalts in den USA



Dipl.-Soz. Wiss. Irina Sagel

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Telefon: 08421/93-1146

E-Mail: irina.sagel@kuei.de



Dipl.-Journ. Annika Hausner

Wissenschaftliche Mitarbeiterin seit April 2010

Telefon: 08421/93-1147

E-Mail: annika.hausner@kuei.de



Dipl.-Päd. Susann Kunze

Wissenschaftliche Mitarbeiterin seit Oktober 2010

Telefon: 08421/93-1146

E-Mail: susann.kunze@kuei.de

Aus der Forschung des ZFG

Die Rubrik «Aus der Forschung des ZFG» beinhaltet Texte zu den wichtigsten Forschungsschwerpunkten des ZFG.

Inhalt

Religion und Familienkultur	5
«Nachholende Modernisierung» im katholischen Milieu	6
Ältere türkische Migranten in Deutschland	11
Werte Jugendlicher in Abhängigkeit vom erlebten Familien- und Schulklima	12
Religiosität als Krisenbewältigungskompetenz	15
Fördert Religion die Fertilität?	18
Jugendwertestudie	22
Die muslimische Familie - ein Ort der Kontinuität und des Wandels	24
Religion, Familie und bürgerliches Engagement	26
Familiäre Bewältigung des kritischen Lebensereignisses «geistig behindertes Kind»	30
Die Familie als Bildungsgemeinschaft	34
Kinder und Familie - um des Gemeinwohls willen?	36
 Kooperation mit dem Katholischen Militärbischofsamt (KMBA)	 38
Existenzielle Ängste von Soldaten und deren Angehörigen im Kontext von Auslandseinsätzen der Bundeswehr	38
Erfolgreiche Bewältigung von Mobilitätsanforderungen	41
 Familiengerechte Hochschule	 43
Das Audit «Familiengerechte Hochschule»	43

Religion und Familienkultur

Im Rahmen dieses bundesweiten Graduiertenkollegs wird der Einfluss der Religion auf familiales Handeln untersucht. Sozial- und Geisteswissenschaftler gehen aus theoretischer und empirischer Perspektive der Frage nach, wie sich religiöse Grundhaltungen im Familienleben niederschlagen.

Projektleiter: Prof. Dr. Jörg Althammer

Weitere Koordinatoren:

Prof. Dr. Eberhard Schockenhoff, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für systematische Theologie

Prof. Dr. Margit Stein, Hochschule Vechta, Institut für Soziale Arbeit, Bildungs- und Sportwissenschaften

Wissenschaftliche Mitarbeiter:

Sandra Hubert, Dipl.-Soz.Wiss., Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Pater Dr. Savio Vaz, Universität Freiburg im Breisgau

Promotionsstipendiaten:

Andreas Heek, Dipl. Theologe, Thema: Behinderung eines Kindes als Bewältigungsproblem für Väter und ihre Familien. Eine Handlungsorientierung für die Familien- und Männerseelsorge

Michaela Nesporova, M.A. Sozialpädagogik, Allgemeine Pädagogik und Psychologie, Thema: Die Belebung von Religiosität und Familienkultur im bürgerschaftlichen Engagement

Canan Korucu-Rieger, M.A. Erziehungswissenschaft und Gender Studies, Thema: Muslimische Frauen im Wandel. Eine qualitative Studie zu Leitbildern und Perspektiven türkischer Familien im intergenerationalen Dialog

Beatrice Them, Dipl. Psychologin, Thema: Familiäre Bewältigung des kritischen Lebensereignisses «behindertes Kind» und Religiosität

Margret Xyländer, Dipl.-Soziologin, Thema: Religiöse Alltagspraxis in der Institution Familie - spezifische Bildungsleistungen ritueller Praxisformen im Familienzusammenhang

Elisabeth Zschiedrich, Staatsexamen Katholische Theologie und Romanistik, Thema: Kinder und Familie - um des Gemeinwohls willen? Ein sozialetischer Beitrag zu einer aktuellen gesellschaftlichen Debatte

Projektpartner:

Prof. Dr. Albert Biesinger, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Abteilung für Religionspädagogik, Kerygmatik und Kirchliche Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Hans Jürgen Kerner, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Institut für Kriminologie

Dr. Holger Stroezel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Institut für Kriminologie

Dr. Melanie Wegel, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Eberhard-Karls-Universität Tübingen, Institut für Kriminologie

«Nachholende Modernisierung» im katholischen Milieu

Einstellung junger Katholikinnen und Katholiken zu Ehe und Familie

■ Irina Sagel

Motivation und Zielsetzung der Untersuchung

Ehe und Familie sind einem starken gesellschaftlichen Wandel unterworfen. In den vergangenen vier Jahrzehnten ist in allen entwickelten Gesellschaften ein Wandel familiärer Strukturen zu beobachten, der häufig als «Werteverlust» von Ehe und Familie bezeichnet wird. Insbesondere die Institution der dauerhaften Ehe und die traditionelle Arbeitsteilung werden vielfach als «Auslaufmodell» angesehen. Diese anwachsende Instabilität der Ehe und damit auch der gestiegene Traditionsverlust werden in der Familienforschung unter dem Stichwort des «Deinstitutionalisierungsprozesses» thematisiert. Die Loslösung vom traditionellen Familienmodell bestärkt demnach die individuelle Entscheidungsfreiheit, zwischen verschiedenen Lebensformen frei wählen zu können («Individualisierungsthese»)¹. Trotz dieses soziostrukturellen Wandels und der fortschreitenden Modernisierung der Gesellschaftsstruktur hält die katholische Kirche weiterhin am tradierten Leitbild der sogenannten «Normalfamilie» fest. Es ist allerdings wenig darüber bekannt, in welchem Maße dieses kirchliche Ideal von Ehe und Familie von den praktizierenden Mitgliedern weiterhin als normativ verbindlich akzeptiert wird. Sofern der gesellschaftliche Wandel auch das Milieu der aktiven Katholiken erfasst, würde sich das kirchlich vermittelte Leitbild zunehmend von den praktizierten und als handlungsleitend akzeptierten Lebensentwürfen der Gläubigen entfernen («Diskrepanzthese»). Andererseits ist es aber auch vorstellbar, dass sich der familiäre Wandel zunehmend auf den säkularen Teil der Gesellschaft beschränkt. Die Pluralisierung familialer Lebensformen wäre in diesem Fall kein Indiz für die Diskrepanz zwischen kirchlicher Lehre und Lebenspraxis, sondern der statistische Reflex einer abnehmenden gesellschaftlichen Bedeutung des katholischen Milieus («Korrespondenzthese»).

Zu dieser Fragestellung existieren bislang noch keine aussagekräftigen empirischen Untersuchungen. Das Ziel dieses Projekts ist es deshalb zu ermitteln, ob Jugendliche, für

die der Glaube eine wichtige Rolle in ihrem Leben einnimmt, sich weiterhin am traditionellen Familienbild der katholischen Kirche orientieren oder vielmehr zu neuen, individualisierten Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens tendieren.



Die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau verliert in der nachkommenden Generation erkennbar an Bedeutung. Quelle: istockphoto.com

Erhebungsdesign und Durchführung der Befragung

Die Untersuchung basiert auf einer Befragung von 247 Jugendlichen und deren Eltern. Die Fragen orientieren sich an bereits vorhandenen Erhebungen, um einen Vergleich mit bevölkerungsrepräsentativen Studien zu ermöglichen.² Der Schwerpunkt der Befragung liegt in der Erfassung von drei zentralen Themenbereichen: Religiosität, Einstellung zur Partnerschaft und Ehe, sowie der innerfamilialen Rollenverteilung. Befragt wurden ausschließlich katholische Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 21 Jahren, die sich aktiv in der katholischen Kirche engagieren, sowie deren Eltern. Um eine mögliche gegenseitige Beeinflussung des Antwortverhaltens ausschließen zu können, wurden die Jugendlichen und ihre Eltern getrennt voneinander befragt.

1 Nave-Herz, R.: Ehe- und Familiensoziologie: Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde; 1. Auflage, Juventa Verlag Weinheim und München 2004.

2 Die Befragung stützt sich auf Items des Religionsmonitors 2008, der Shell-Jugendstudie 2008, dem Beziehungs- und Familienentwicklungspanel PAIRFAM, der Studie «Jugendsexualität 2006» der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) sowie dem International Social Survey Programme (ISSP) on Family and Gender Roles.

Unter der Verwendung eines anonymisierten Kennworts konnten die Fragebögen von Jugendlichen und Eltern nach der Erhebung wieder einander zugeordnet werden. Mit Hilfe dieser «Matchingvariable» können somit auch Transmissionsmechanismen zwischen der Eltern- und der Kindergeneration identifiziert werden.

Um die verwendeten Instrumente vor der Hauptuntersuchung sowie die allgemeine Verständlichkeit des Fragebogens zu überprüfen, wurde bereits ein konventioneller Pretest zur ausgewählten Stichprobe durchgeführt. Die Jugend- und Elternbefragung startete bereits Ende des vergangenen Jahres (2009) in den Diözesen Eichstätt und Augsburg. Die Verteilung der Fragebögen erfolgte dabei ausschließlich in den katholischen Jugendgruppen der jeweiligen Bistümer. Bereits eine erste deskriptive Untersuchung der Daten zeigt, dass sich die von uns befragte Population signifikant von der Gesamtbevölkerung unterscheidet.

Im Gegensatz zur repräsentativen Bevölkerung ist in dem von uns befragten katholischen Milieu beispielsweise die «Normalfamilie», d.h. ein Ehepaar mit gemeinsamen, ehelichen Kindern, signifikant überproportional vertreten. Auch der Bildungsstand und das Haushaltseinkommen sind deutlich höher. Insofern können über Familien, die in sozial angespannten oder gar prekären Verhältnissen leben, keine hinreichenden Aussagen getroffen werden. Deshalb können wir auch nicht untersuchen, wie sich z.B. eine Scheidungserfahrung auf das Partnerschaftsleitbild von Jugendlichen auswirkt oder welche Bedeutung Jugendliche, die ausschließlich von einem Elternteil großgezogen wurden, der Institution Ehe beimessen.

Für die Ausarbeitung von Unterschieden zwischen unserer Stichprobe und der repräsentativen Bevölkerung aus vergleichbaren Studien bildet das vorhandene Datenmaterial dennoch eine solide Grundlage.

Geschlechterrollen und sozialer Wandel

Im Folgenden sollen erste, noch vorläufige Ergebnisse der Jugend- und Elternbefragung zu der Einstellung zu Partnerschaft und Ehe sowie der innerfamiliären Rollenverteilung vorgestellt werden. Die bevölkerungsrepräsentativen Vergleichswerte sind der Studie «Geschlechterrollen und Familienwerte» des österreichischen Instituts für Familienforschung entnommen.³

Der empirische Befund zeigt einen deutlichen Wandel der Einstellungen zwischen der Eltern- und der Kindergeneration insbesondere bezüglich des Stellenwerts der Ehe. So ist das voreheliche Zusammenleben ohne Heiratsabsicht mittlerweile auch bei den katholischen Jugendlichen sozial breit akzeptiert. Fast 87% der Jugendlichen (78% der Jungen und 89% der Mädchen) stimmen der Aussage zu, dass es in Ordnung ist, wenn ein Paar ohne Heiratsabsicht zusammenlebt. Diese Zustimmungswerte liegen deutlich über den Werten der Eltern, die dieser Aussage nur zu ca. 50% zustimmen. 23% der befragten Eltern zeigen sich diesbezüglich noch unentschlossen und 27% lehnen ein Zusammenleben ohne einen Heiratswunsch gänzlich ab. Weiterhin stimmen 76% der Eltern der Aussage zu, dass Menschen, die Kinder wollen, heiraten sollten. Demnach ist in der Elterngeneration der Kinderwunsch nach wie vor mit der Institution Ehe assoziiert. Die Zustimmung der Jugendlichen fällt mit knapp 43% deutlich geringer aus. Demnach scheint der Stellenwert der Ehe insbesondere in der nachkommenden Generation an Relevanz zu verlieren und ist keine Voraussetzung mehr für die Realisierung eines Kinderwunsches.

3 Wernhart, Georg et al.: «Geschlechterrollen und Familienwerte (1988-2002). Österreich im europäischen Vergleich». Working Paper Nr. 54, 2007

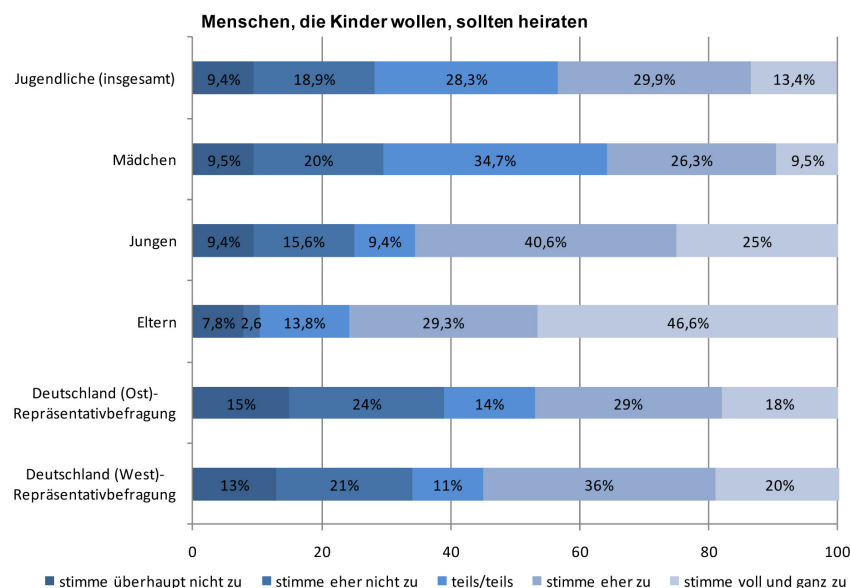


Abbildung 1: Bedeutung der Ehe für die Familie

Vergleicht man diese Werte mit den Ergebnissen der für die deutsche Bevölkerung repräsentativen Befragung, so fällt auf, dass die katholisch geprägten Eltern der Ehe eine deutlich höhere Wertigkeit zusprechen, als das im Durchschnitt der Bevölkerung der Fall ist. Die Einstellung der katholischen Jugendlichen entspricht demgegenüber weitgehend den Werthaltungen der Gesamtgesellschaft.

Innerhalb der Gruppe der katholischen Jugendlichen lassen sich allerdings signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede ausmachen. So stimmen 66% der Jungen, aber nur 36% der Mädchen der Aussage zu, dass «Menschen, die Kinder wollen, heiraten sollen». Des Weiteren ist die Akzeptanz der nichtehelichen Kohabitation und der Scheidung bei weiblichen Jugendlichen deutlich stärker ausgeprägt als bei männlichen Jugendlichen. Insgesamt lässt das den Schluss zu, dass die traditionellen Werthaltungen in Bezug auf Partnerschaft und Ehe bei den Jungen erkennbar stärker ausgeprägt sind, als bei den Mädchen.

Auch hinsichtlich der Einstellung zur innerfamiliären Rollenverteilung zeigen sich die Eltern insgesamt traditionsbewusster als die Jugendlichen. Während die Aussage, dass «Mann und Frau beide zum Haushaltseinkommen beitragen sollten» bei den Jugendlichen (ca. 70%) markant mehr Zustimmung findet als bei den Eltern (50%), stimmen Eltern (ca. 60%) hingegen signifikant häufiger als Jugendliche (33%) der Aussage zu, dass das «Familienleben darunter leidet, wenn die Frau voll berufstätig ist.» Demnach wird der Traditionswandel im Besonderen von den Jugendlichen selbst getragen. Die Einhaltung einer geschlechtsspezifischen Rollenverteilung zwischen Mann und Frau verliert dadurch besonders in der nachkommenden Generation erkennbar an Bedeutung.

Die Ergebnisse der bundesweiten Repräsentativbefragung differieren dagegen stark zwischen den neuen und alten Bundesländern. Während die ostdeutsche Bevölkerungsgruppe mit 91% der Aussage, dass beide Geschlechter zum Haushaltseinkommen beitragen sollen, überwiegend zu-

stimmt, beträgt dieser Anteil in Westdeutschland nur 66%.⁴ Dementsprechend zeigt sich nicht nur innerhalb des katholischen Milieus, sondern auch im westlichen Bundesgebiet ein stärkeres Traditionsbewusstsein, als in den neuen Bundesländern.

Auch in dieser Frage lassen sich wieder prägnante geschlechtsspezifische Unterschiede ermitteln. Die Ergebnisse der Datenanalyse weisen insbesondere darauf hin, dass die Jungen, im Vergleich zu den Mädchen, eine wesentlich traditionellere Haltung im Hinblick auf die innerfamiliäre Rollenverteilung einnehmen. Insgesamt stimmen die Jungen signifikant häufiger den Aussagen zu, dass «es die Aufgabe des Mannes ist, Geld zu verdienen, die der Frau, sich um Haushalt und Kinder zu kümmern (25%)», «Hausfrau zu sein, genau so erfüllend ist, wie gegen Bezahlung zu arbeiten (41%)», und dass «ein Vorschulkind darunter leiden wird, wenn seine Mutter voll berufstätig ist (56%).»

Im Gegensatz dazu finden die Aussagen, dass «einen Beruf zu haben, das beste Mittel für eine Frau ist, um unabhängig zu sein (76%)» und «eine berufstätige Mutter ein genau so herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihrem Kind finden kann, wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist (84%)», signifikant mehr Zustimmung bei den Mädchen, als bei den Jungen.

Der Tendenz nach zeigen sich die Jungen traditionsbewusster und -näher als Mädchen. Die strikte Rollenverteilung innerhalb einer Familie findet demzufolge besonders unter männlichen Jugendlichen größere Akzeptanz. Der Wertewandel, der zugleich auch das traditionelle Rollenmuster aufbricht, wird daher in erster Linie von den Mädchen selbst realisiert.

4 Wernhart, Georg et al.: «Geschlechterrollen und Familienwerte (1988-2002). Österreich im europäischen Vergleich». Working Paper Nr. 54, 2007

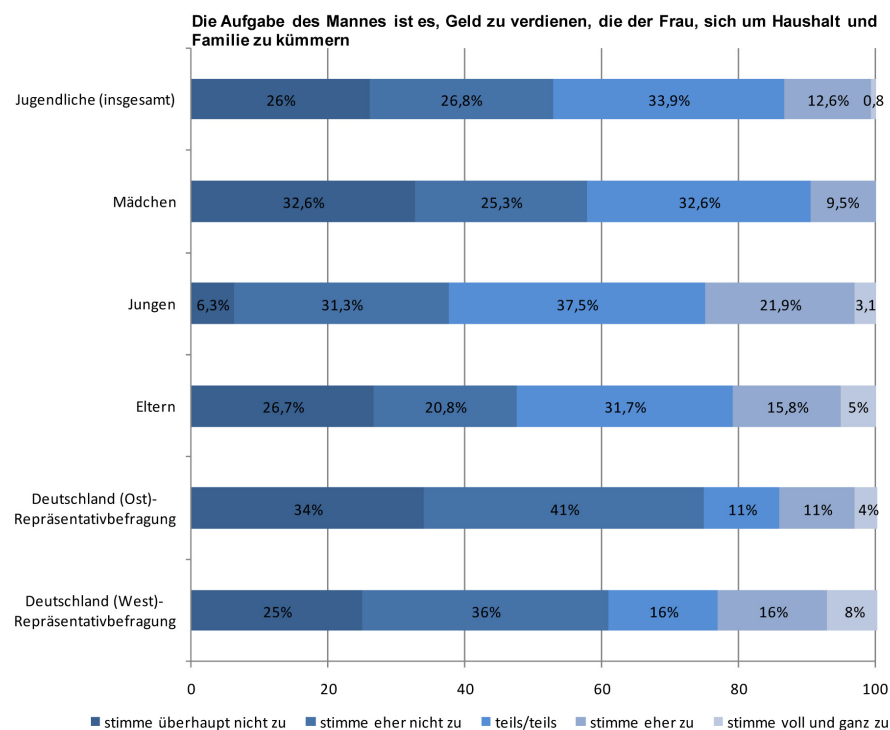


Abbildung 2: Erwerbstätigkeit und Rollenverhalten

Des Weiteren wurden die Jugendlichen wie auch die Eltern nach der idealen Betreuungsform von Kleinkindern befragt. In Bezug auf die Betreuungspräferenz zeigen sich vor allem intergenerational prägnante Unterschiede.

Unabhängig vom Alter des Kindes (unter 3 bis über 10 Jahre) wird seitens der befragten Eltern der Mutter ein höherer

Betreuungsanteil zugewiesen, als von den Jugendlichen. Im Gegensatz dazu messen die Jugendlichen, signifikant häufiger als ihre Eltern, dem Vater eine größere Bedeutung bei der Kindererziehung bei. Generell bleibt jedoch für Jugendliche wie auch Eltern die Mutter die primäre Bezugsperson, wenn es um die Erziehung und Betreuung von Kleinkindern geht.

	Kinder unter 3 Jahren	Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	Kinder von 6 bis unter 10 Jahren	Kinder über 10 Jahre
Jugendliche	54%	41%	36%	32%
Mädchen	53%	40%	36%	32%
Jungen	56%	43%	38%	33%
Eltern	66%	49%	43%	39%

Tabelle 1: Erwünschter Betreuungsumfang der Mutter

	Kinder unter 3 Jahren	Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	Kinder von 6 bis unter 10 Jahren	Kinder über 10 Jahre
Jugendliche	31%	26%	24%	24%
Mädchen	32%	27%	24%	25%
Jungen	29%	24%	23%	21%
Eltern	24%	21%	21%	21%

Tabelle 2: Erwünschter Betreuungsumfang des Vaters

Die Inanspruchnahme einer Tagesmutter wird darüber hinaus weder von den befragten Jugendlichen noch von ihren Eltern in Erwägung gezogen.

Die Betreuung von Kleinkindern durch Familienangehörige wird dagegen signifikant häufiger von den Jugendlichen als den Eltern präferiert, dabei spielt das Alter des Kindes keine bedeutende Rolle. Fernerhin legen die abso-

luten Zahlen dar, dass der Betreuungsumfang mit dem zunehmenden Alter der Kinder mehr und mehr auf die öffentlichen Institutionen verlagert wird. Dabei ist hervorzuheben, dass dies vor allem auf Kinder ab dem 3. Lebensjahr zutrifft. Eine Fremdbetreuung für Kinder unter drei Jahren kommt demnach weder für Jugendliche noch ihre Eltern in Betracht.

	Kinder unter 3 Jahren	Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	Kinder von 6 bis unter 10 Jahren	Kinder über 10 Jahre
Jugendliche	2%	19%	26%	32%
Mädchen	2%	18%	25%	31%
Jungen	3%	22%	29%	36%
Eltern	1%	22%	28%	33%

Tabelle 3: Erwünschter Betreuungsumfang (Krippe, Kindergarten, Schule)

Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in Bezug auf Ehe und Partnerschaft die Elterngeneration (ZFG-Befragung) nach wie vor durch das traditionelle Familienleitbild der katholischen Kirche geprägt ist. Das Zusammenleben von Paaren ohne die Absicht zu heiraten, findet gerade bei den Eltern wenig Zustimmung. Fernerhin wird der Kinderwunsch immer noch sehr stark mit der Institution Ehe assoziiert. Im Vergleich dazu sprechen die Ergebnisse aus der Repräsentativbefragung der Ehe und Familie im Durchschnitt eine geringere Wertigkeit zu. Demnach zeigt sich das katholische Milieu, insbesondere aber die Elterngeneration, traditionsverbundener als die repräsentative Bevölkerung. Ein Bedeutungs- und Funktionsverlust von Ehe und Familie ist demgegenüber unter katholischen Jugendlichen zu verzeichnen. Vor allem eine geschlechtsspezifische Datenanalyse hat einen Wandel der Werthaltungen zum Rollenverständnis gezeigt, welcher sich auch betont in den neuen Bundesländern niederschlägt. So wird insbesondere unter katholisch geprägten Jungen ein starkes Traditionsbewusstsein im Sinne einer klassischen Arbeitsteilung im Haushalt zwischen Mann und Frau offenkundig. Mädchen dagegen können sich durchaus vorstellen, das Familienleben mit der Berufstätigkeit zu vereinbaren. Weiterhin konnten intergenerationale Unterschiede bezüglich der Betreuungspräferenz ermittelt werden. Wäh-

rend die Elterngeneration nach wie vor von der traditionellen Einstellung, dass die Kindererziehung primär der Mutter obliegt, geprägt ist, messen Jugendliche, unabhängig vom Geschlecht, dem Vater eine ebenso große Bedeutung bei der Betreuung von Kindern bei. Einigkeit zwischen der Eltern- und Kindergeneration besteht jedoch darin, dass die Betreuung und Erziehung von Kindern unter drei Jahren ausschließlich innerhalb der eigenen Familie stattfinden sollte.⁵

⁵ Ausführliche Ergebnisse zur Jugend- und Elternbefragung werden in nächster Zeit auch im Working Paper «Einstellung junger Katholikinnen und Katholiken zu tradierten Familienleitbildern» publiziert.



Irina Sagel hat Sozialwissenschaften an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg studiert. Seit Oktober 2008 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG angestellt. Im Rahmen dieser Tätigkeit untersucht sie die Werthaltungen von Jugendlichen zu verschiedenen Lebensbereichen.

Ältere türkische Migranten in Deutschland

Soziodemografische Merkmale und psychophysisches Befinden

■ Sandra Hubert

Das ZFG untersuchte in einer vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung beauftragten Studie die sozioökonomische Situation und das Wohlbefinden älterer türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland. Hierzu wurde die erste Welle der Zusatzbefragung des Generations and Gender Survey, einer international vergleichenden Bevölkerungsumfrage, herangezogen, deren Erhebung 2006 stattfand. Der Beobachtungsumfang der interessierenden Zielpopulation der über 50-Jährigen lag bei n=784 Personen. Um die Ergebnisse der Analysen besser einschätzen und bewerten zu können, wurden die Daten aus der Zusatzbefragung mit den entsprechenden Werten der älteren Deutschen ohne Zuwanderungsgeschichte aus der Hauptbefragung verglichen. Die Ergebnisse bestätigen bestehende Ergebnisse anderer Studien zu objektiven Lebenslagen. Hinsichtlich der subjektiven Lebenslagen und hier insbesondere des Wohlbefindens und der Gesundheit lagen bislang kaum repräsentative Analysen vor.

Aufgrund der Anwerbepraxis von Gastarbeitern in der Phase des Wirtschaftswunders – gesucht wurden überwiegend un- und angelernte Arbeiter für schwere körperliche Arbeiten – verfügen die Migrantinnen und Migranten der ersten Generation über eine sehr geringe formale Qualifikation. Allerdings bestehen daneben starke geschlechtsspezifische Unterschiede: Migrantinnen verfügen weitaus seltener über einen Schulabschluss (45%) und eine Berufsausbildung (22%) als männliche Migranten (61% bzw. 42%). Auch Formen des Analphabetismus kommen in relevantem Umfang nur unter den weiblichen Migranten vor (fast 20%).

Aufgrund dessen sind sie häufiger von Erwerbsunterbrechungen und Arbeitslosigkeit betroffen (gewesen). Die materielle Situation ist als prekär zu bezeichnen, das Armutsgefährdungspotenzial unter Migranten ist sehr viel höher als unter Deutschen, wofür vielfältige Gründe verantwortlich zu machen sind. So verfügen 47% der Migranten über ein Pro-Kopf-Einkommen von höchstens 820 Euro, während dies nur auf 13,6% der älteren Deutschen zutrifft. Am gravierendsten stellt sich die Situation für größere Migranten-Haushalte mit mindestens drei Kindern dar. Sie verfügen im Mittel lediglich über ein Einkommen von 550 Euro pro Haushaltsmitglied.

Das spezifische Anforderungsprofil an die damaligen Gastarbeiter – eine geringe Qualifikation in Kombination mit einer überdurchschnittlich guten körperlichen Gesundheit – erfordert zwangsläufig die Verwendung anderer Integrationsindikatoren als jene, die üblicherweise im Hinblick auf die nachfolgenden Generationen herangezogen werden. Denn diese sind zumeist in Deutschland geboren und sozialisiert.

Zunächst sind hier die deutschen Sprachkompetenzen anzuführen: Es zeigt sich, dass fast 40% der männlichen Migranten als bilingual einzustufen sind, d.h. sie verfügen sowohl über gute oder sehr gute deutsche und türkische Sprachkenntnisse. Unter den weiblichen Migranten sind es mit 30% weniger.

Des Weiteren wurden soziale Cluster generiert. Migranten, die ähnliche Werthaltungen, Normen und Einstellungen aufweisen, wurden dem gleichen Cluster zugeordnet. Hierbei konnte zum einen gezeigt werden, dass es sich bei der Migrantenpopulation keineswegs um eine homogene Gruppe handelt. Die Mehrheit von 57% der Migranten konnte auf dieser Basis als eher integriertes Cluster identifiziert werden. Sie steht den gängigen Werten und Normen der Aufnahmegesellschaft aufgeschlossen gegenüber bzw. akzeptiert sie. Eine – häufiger weibliche – Minderheit von 43% lebt eher separiert und steht den Werten und Normen distanzierter gegenüber. Allerdings bestehen hier Zusammenhänge zwischen den Bildungsabschlüssen und den Sprach- und Schreibkompetenzen. Migrantinnen und Migranten mit einer höheren formalen Qualifikation und besseren Kompetenzen sind offener. Vor allem aber befinden sich unter den eher separiert lebenden Migranten deutlich häufiger Personen, die niemals erwerbstätig waren und daher eine geringere Kontakthäufigkeit zu Deutschen erwarten lassen. Erwerbspartizipation fördert die Integration damit in einem bedeutenden Ausmaß.

Daneben lässt sich Integration an einem hohen Wohlbefinden festmachen. Hier ist zunächst festzustellen, dass zwei Drittel der Migranten keine Rückkehrpläne hegen, sondern für den Rest ihres Lebens in Deutschland bleiben möchten. Nur jeder Sechste möchte in die Türkei zurückkehren. 20% der Migranten haben sich in dieser Angelegenheit noch nicht entschieden. Es ist – und auch hieran lässt sich Inte-

gration unter Älteren erkennen – auch von einer erfreulich hohen Zufriedenheit mit dem persönlichen und sozialen Umfeld zu berichten.

Die hohe Zufriedenheit bezieht sich im Speziellen auf die Partnerschaft und die Kinder. Die mittleren Werte liegen auf Skalen, die von 0 – 10 reichen, bei 8,4 – 8,9. Es ergeben sich kaum Unterschiede im Vergleich mit den älteren Deutschen. Diese sind mit ihren Kindern sogar etwas unzufriedener. Allerdings sind bereits verrentete Migranten mit ihrem Erwerbsstatus deutlich unzufriedener als Deutsche. Die Mittelwerte betragen hier auf der gleichen 11-stufigen Skala 7,3 (Migranten) und 8,0 (Deutsche). Dies hängt wesentlich mit den geringeren Renten zusammen. Dazu kommt die geringe Chance, Armutslagen im Alter noch überwinden zu können.

Aber auch ein schlechterer Gesundheitszustand bzw. eine chronische Krankheit führt zu größerer Unzufriedenheit. Als positives Ergebnis ist zu werten, dass ältere Migranten ihren Gesundheitszustand subjektiv als nur wenig schlechter einschätzen als ältere Deutsche. Diese sind allerdings mit 64 Jahren im Durchschnitt drei Jahre älter als die Migranten. Auf einer Skala von 1 – 5 ergibt sich für die Migranten ein Mittelwert von 2,8, für die Deutschen ein mittlerer Wert von 2,4. Weitergehende Analysen ergaben, dass die Gesundheit durch einen geringen Integrationsgrad, fi-

nanzielle Schwierigkeiten und Vereinsamung beeinträchtigt wird. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass Migranten, die keiner Erwerbstätigkeit nachgingen, ihren Gesundheitszustand als etwas schlechter beurteilen als Migranten, die körperlich überwiegend schweren und in vielen Fällen gesundheitsbeeinträchtigenden Tätigkeiten als Arbeiter nachgingen. Auf der gleichen Skala lauten hier die Werte 2,7 (nicht erwerbstätig (gewesen)) und 3,0 (erwerbstätig (gewesen)). Dies könnte auf eine migrationsspezifische, möglicherweise psychische Belastungskomponente hindeuten. Immerhin waren 12% der männlichen Migranten und 46% der weiblichen Migranten nie erwerbstätig.



Sandra Hubert studierte an der Ruhr-Universität in Bochum (RUB) Sozialwissenschaft mit dem Schwerpunkt Angewandte Sozialforschung. Seit März 2007 promoviert sie zum Thema «Effects of Religion on the Family: Evidence from Europe especially East and West Germany» und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Werte Jugendlicher in Abhängigkeit vom erlebten Familien- und Schulklima

Erste Ergebnisse einer Preteststudie

■ Margit Stein

Angesichts spektakulärer Fälle von Jugendgewalt und vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden sozialen Klimas, das in erster Linie Leistungswerte betont und Sozialwerte vernachlässigt, wird zunehmend eine neue Besinnung auf Werte und Tugenden gefordert.

Eine systematische Erziehung hin zu einer eigenen Wertorientierung muss dabei zunächst an einer diagnostischen Zustandsbeschreibung ansetzen: Welche Werte sind für unsere Jugendlichen heute wichtig und handlungsleitend? Wie hängt die Präferenz für bestimmte Werte mit dem erlebten Klima in Elternhaus und Schule zusammen?

Eine repräsentative Studie soll hierüber Aufschluss geben. Die dieser repräsentativen Studie vorgeschaltete Pretest-

studie erhebt die Werte, das Engagementverhalten, prosoziale und antisoziale Verhaltensweisen und Einstellungen von Jugendlichen. Sie bleibt jedoch nicht bei einer Zustandsbeschreibung stehen, sondern nähert sich auch der Frage an, wie die Werte mit dem erlebten Erziehungsstil und -klima in Elternhaus und Schule korreliert sind.

Im Rahmen einer Preteststudie zu der repräsentativ geplanten Jugendwertestudie wurden die Werte von 142 Schülerinnen und Schüler zwischen zwölf und 18 Jahren an einer Schule mit dem Instrumentarium nach Schwartz erhoben. Zudem wurden strukturelle Daten und pro- und antisoziale Verhaltensweisen sowie der erlebte elterliche Erziehungsstil und das Schulklima erfasst.

Die Preteststudie ist als Querschnitt- und Längsschnittstudie an einer ausgewählten Schule als Dreijahresprojekt durchgeführt worden. Die drei Erhebungen sind abgeschlossen. Der folgende Beitrag skizziert die Ergebnisse der ersten Erhebungswelle.

Fragestellungen

Auf deskriptiver Ebene werden die Werte und die Religiosität junger Menschen erfasst, mit pro- und antisozialen Verhaltensweisen wie etwa Engagementverhalten und Delinquenzverhalten in Beziehung gesetzt und korrelativ in ihrem Zusammenhang mit dem erlebten Schulklima (schulisches Wertemilieu) und dem erlebten Erziehungsstil (familiäres Wertemilieu) dargestellt.

Folgende Fragestellungen liegen der Studie zugrunde:

1. Welche Werte und welche Religiosität kennzeichnen Jugendliche?

2. Wie hängen Werte und Religiosität mit Engagement, anti- und prosozialen Verhaltensweisen zusammen?

3. Wie hängen Werte und Religiosität mit dem erlebten Schulklima und dem erlebten Erziehungsstil zusammen?

Untersuchungsmethoden

Die Wertestudie unterscheidet die Wertorientierungen auf Jugendseite von den Entstehungskontexten von Werteorientierungen einerseits und von den Konsequenzen dieser Werthaltungen andererseits. Als Entstehungsbedingungen für Wertorientierungen werden die Werthaltungen der Eltern, Lehrkräfte sowie Schulleitungen definiert sowie die Wertevermittlung durch die eben genannten Instanzen. Als indirekte Kontextvariablen, die auf die Werthaltungen Jugendlicher zusätzlich intermittierend einwirken, gelten die Religiosität, der Einfluss der Massenmedien und der Peergroup. Die Wertorientierungen Jugendlicher wiederum wirken auf deren gezeigtes prosoziales Verhalten und ihr gesellschaftliches Engagement.

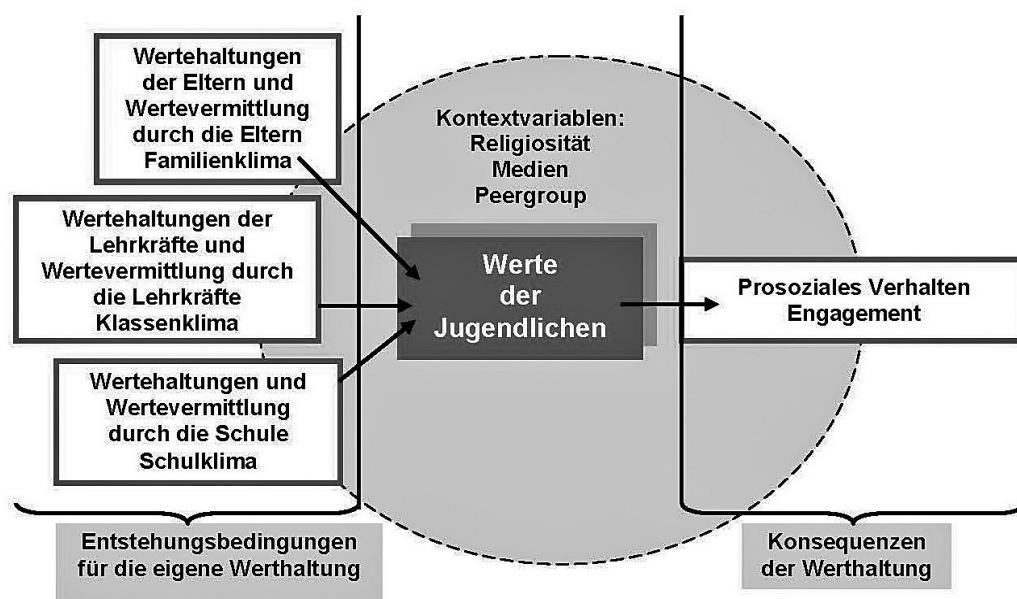


Abbildung 1: Struktur der zu erhebenden Variablen

Stichprobe

Die Stichprobe bestand aus 142 Schülerinnen und Schülern eines Gymnasiums als Vorstudienteilnehmende hinsichtlich der geplanten Repräsentativstudie. Insgesamt waren 47,2 % männlichen und 52,8 % weiblichen Geschlechts. Die Altersverteilung lag in einem Range von 11 Jahren bis 18 Jahren mit einer hauptsächlichen Verteilung auf die Altersgruppen

von zwölf (19,0 %), 13 (32,4 %), 14 (16,2 %), 15 (2,1 %) und 16 Jahren (22,5 %).

Erste Ergebnisse: Werte der Jugendlichen

Als die drei wichtigsten Werte kristallisierten sich Mildtätigkeit, Selbstbestimmung und Hedonismus heraus (Stein, 2010a). Damit kann der Generalvorwurf, der häufig an die

Jugend herangetragen wird, dass sie keine sozialen Werte präferieren würde, sondern nur an materiellen und hedonistischen Werten interessiert sei, zurückgewiesen werden.

Hierbei zeigen sich Effekte von Geschlecht, Migration und Arbeitssituation bzw. Bildungsabschluss der Eltern und der Familienkonstellation als Kernfamilie oder als Dreigenerationenfamilie.

Ebenso wie in der Studie zu den erwachsenen Personen, etwa von Schwartz und Rubel (2005), waren auch den männlichen Jugendlichen Leistung höchstsignifikant wichtiger und Mildtätigkeit höchstsignifikant unwichtiger.

Personen mit Migrationshintergrund schätzten die Wertekategorie Stimulation höher ein und Kindern aus Elternhäusern mit einem niedrigeren sozialen Status ist Hedonismus hochsignifikant bedeutsamer.

Auch das Zusammenleben in der Drei-Generationen-Familie steht mit dem Wert Tradition in einem höchstsignifikanten Zusammenhang, während Macht signifikant unwichtiger ist.

Das Zusammenleben mit drei oder mehr Geschwistern korreliert mit einer hochsignifikant größeren Wichtigkeit von Universalismus und Mildtätigkeit.

Schätzten sich die Probanden selbst als religiös ein, betonten sie auch signifikant stärker Tradition, Konformität, Sicherheit, Universalismus und Mildtätigkeit und signifikant niedriger Leistung, Selbstbestimmung, Stimulation, Hedonismus und Macht.

Zusammenhang Werte und pro- und antisoziales Verhalten

Selbsttranszendenzwerte wie Universalismus und Mildtätigkeit sind alle positiv und Werte der Verbesserung der eigenen Situation wie Macht und Leistung sind beinahe alle negativ mit prosozialem Verhalten in Beziehung zu setzen.

Das bedeutet, dass junge Menschen, die die Werte des Universalismus (Gleichheit aller Menschen, Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Wichtigkeit von Umweltschutz und gerechten Strukturen) als sehr wichtig erachten, in stärkerem Maße anonyme Hilfe leisten, wie etwa das Spenden von Geldern und Sachmitteln oder Abgabe von Fundstücken und auch eher persönliche Hilfe für Fremde leisten. Hierzu gehört etwa die Hilfestellung im Straßenverkehr für in der Mobilität eingeschränkte Personen oder die Bereitschaft, ältere Menschen in der Schlange im Supermarkt vortreten zu lassen.

Junge Menschen, die die Werte der Mildtätigkeit (Loyalität gegenüber Freunden, Hilfe für Menschen im Nahumfeld, Wichtigkeit von guten Beziehungen innerhalb der Familie) stark betonen, sind auch stärker altruistisch eingestellt, als



Loyalität gegenüber Freunden ist Jugendlichen heute besonders wichtig.

Quelle: istockphoto.com

Personen, die diesen Wert als weniger wichtig erachten. Diese jungen Menschen zeigen in erster Linie eine hohe Bereitschaft der persönlichen Hilfe für Freunde und Familienangehörige und ein konstruktives und positives Verhalten in der Gruppe.

Jugendliche, denen Macht und Leistung sehr wichtig ist, zeigen eine geringere Bereitschaft zu prosozialen Hilfen sowohl für Fremde als auch für Bezugspersonen. Auch erwartungskonform stehen Werte der Verbesserung der eigenen Situation (Macht, Leistung) und Werte wie Hedonismus (Materialismus und Stimulation) mit antisozialem Verhalten wie Mitläufertum und aggressiven Ausbrüchen in positivem Zusammenhang, während Selbsttranszendenzwerte (Universalismus und Mildtätigkeit) und sicherheitsbezogene Werte wie Konformität eher mit einer Verminderung von antisozialen Verhaltensweisen in Zusammenhang gebracht werden.

Zusammenhang Werte, Schulklima und Klima im Elternhaus

Auch hinsichtlich des Zusammenhangs von Werteorientierung im Jugendalter und dem erlebten Wertemilieu in Schule und Elternhaus, hier operationalisiert über ein indirektes Werteerleben in Form von Klimafaktoren des gegenseitigen Respekts (Matthes, 2004), lassen sich erwartungskonform (vgl. Stein, 2008; 2009) signifikante Ergebnisse festmachen: Bei einem erlebten negativen Schulklima identifizieren sich junge Menschen eher mit Werten auf der Skala Verbesserung der eigenen Situation (etwa Macht- und Leistungswerte). Wird ein positives Schulklima erlebt, findet eine hohe Identifikation mit Konservatismuswerten (Tradition und Sicherheit) und Universalismus (Gleichheit aller, Toleranz, Nachhaltigkeit und Umweltschutz) statt. Wird eine hohe Wärme im Elternhaus erlebt, wird Macht signifikant unwichtiger und Universalismus signifikant wichtiger. Wird im Elternhaus ein hoher psychologischer Druck ausgeübt, etwa indem sehr rigide Leistungserwar-

tungen gesetzt werden oder das Kind in seinem Selbstwertgefühl herabgesetzt wird, wird Mildtätigkeit signifikant unwichtiger erlebt und Leistung hochsignifikant wichtiger.

Literatur

Matthes, E. (2004). Werteorientierter Unterricht – aktuelle Konzeptionen. In: Matthes, E. (Hrsg.). Werteorientierter Unterricht – eine Herausforderung für die Schulfächer. Donauwörth: Auer Verlag, S. 12-25

Schwartz, S. H. & Rubel, T. (2005). Sex Differences in Value Priorities: Cross-Cultural and Multimethod Studies. *Journal of Personality and Social Psychology*. 89. (6). 1010-1028

Schwartz, S. H. (1994). Are there universal aspects in the structure and contents of human values? *Journal of Social Issues*. 50. 19-45

Stein, M. (2008). Wie können wir Kindern Werte vermitteln? Werteerziehung in Familie und Schule. München: Ernst Reinhardt Verlag

Stein, M. (2009). Erziehungsziele und Werterziehungsansätze an weiterführenden Schulen in Abhängigkeit von

strukturellen Bedingungen. *Zeitschrift für Pädagogik*, 55 (4). 562-579

Stein, M. (2010a). Interdisziplinäre Zugänge und theoretische Grundlagen schulischer Werteerziehung: Soziologische Sicht. In: Zierer, K. (Hrsg.). *Kompodium Schulische Werteerziehung*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S. 49-58

Stein, M. (2010b). Schulische Einflussgrößen und Handlungsfelder. Äußere Rahmenbedingungen von Unterricht – Elternhaus und Peer, Schulkultur und Schulleben. In: Zierer, K. (Hrsg.). *Kompodium Schulische Werteerziehung*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, 128-137.



Prof. Dr. Margit Stein studierte an der KU Eichstätt-Ingolstadt Diplom-Psychologie und Diplom-Pädagogik. Im März 2010 erhielt sie einen Ruf an die Universität Vechta. Dort ist sie als Professorin am Institut für Soziale Arbeit, Bildungs- und Sportwissenschaften tätig.

Religiosität als Krisenbewältigungskompetenz

Dargestellt am Beispiel von Vätern mit behinderten Kindern

■ Andreas Heek

Die Behinderung eines Kindes ist für die Eltern ein kritisches Lebensereignis, das bewältigt werden muss. Es stellt das ganze Familiensystem vor besondere Herausforderungen. Die Zuspitzung des empirischen Forschungsbeitrags spiegelt sich in der Frage, wie Väter als einer der Aktionspartner das kritische Lebensereignis bewältigen. Väter sind in der bisherigen Copingforschung insgesamt und besonders in der Forschung im Kontext behinderter Kinder eine vernachlässigte Gruppe, weshalb diese besondere Blickrichtung sehr wichtig ist.

Die Untersuchung widmet sich der Frage, welche Handlungsschritte nötig sind, um Väter im Prozess der Verarbeitung des kritischen Lebensereignisses zu unterstützen: in-

stitutionell, gesellschaftlich und innerhalb des Systems Familie.

Ziel, Methodik und Aufbau der Arbeit

Ziel der Forschungsarbeit im Rahmen des Dissertationsprojektes ist:

1. die Beantwortung der Frage, wie Väter von behinderten Kindern das kritische Lebensereignis «behindertes Kind» bewältigen;
2. welche Rolle religiöse Überzeugungen dabei spielen und

wie sie sichtbar werden. Ein weiteres Ziel ist

3. die Formulierung einer Handlungsorientierung für die pastorale Arbeit mit Vätern von behinderten Kindern, die Seelsorgerinnen und Seelsorgern ermöglicht, dieser Gruppe angemessen zu begegnen.

Da in diesem Forschungsbereich pastoraltheologisch und humanwissenschaftlich bisher wenig Forschungsmaterial existiert, wurde der Kern der Arbeit empirisch konzipiert, um einen Beitrag zur Diskussion um die Beteiligung von Vätern an der Erziehungsarbeit, am Beispiel der Bewältigungsaufgabe von Behinderung, zu leisten. Somit versteht sich die Arbeit sowohl als Forschungsbeitrag in einem bisher wenig beachteten Spezialfeld in der Copingforschung als auch als genereller, exemplarischer Beitrag für die Diskussion um die Beteiligung von Vätern an der Erziehungsaufgabe. Es soll gezeigt werden, welchen Herausforderungen Väter sich gegenüber sehen und wie sie diese bewältigen. Die Arbeit versteht sich als strukturelle Beschreibung der Realität und den Folgerungen zur besseren Unterstützung der Bewältigungsaufgabe, vor die die Behinderung eines Kindes die Väter stellt.

Aus einer Fülle von empirischen Methoden wurde die qualitative Methode der «Objektiven Hermeneutik» gewählt, weil sie als eine der wenigen qualitativen Methoden bei der tiefen, latenten Sinnstruktur der Befragten ansetzt, also dort, worauf es in pastoraltheologischer Zielrichtung ankommt: bei der Sinnfrage und der Frage, was eigentlich die Motivation ist, die Bewältigung überhaupt anzugehen. Dies ist im Kern – so die These der Forschungsarbeit – eine religiöse Frage: Wie wirkt sich Glauben – wie er sich inhaltlich füllt, ist differenziert zu betrachten – auf die Bewältigung von Behinderung, eines nicht erwartbaren Ereignisses im Lebensverlauf, aus?

Die Entscheidung für eine qualitative Untersuchungsmethode ist darin begründet, dass sich tief in der Persönlichkeit verankerte Sinnstrukturen nur unzureichend quantitativ erfassen lassen. Sie sind zunächst individuell verschieden. Allerdings kann man aus dem Einzelfall generalisierte, gleichzeitig empirisch gesättigte Hypothesen über Bewältigungsmuster und deren religiöse Komponenten aufstellen, die quantitativ überprüft werden könnten. Die Quantifizierung ist aber nicht Inhalt der Forschungsarbeit. Sie müsste auf dieser Grundlage eigens geschehen.

Der Aufbau der Arbeit lässt sich sinnlogisch folgendermaßen beschreiben. Bevor eigenes empirisches Forschungsmaterial erhoben, ausgewertet und interpretiert wird, sind einige theoretische Vorarbeiten zu leisten. Zunächst geht die Arbeit von der These aus, dass die Familie eine herausragende Rolle bei der Bewältigung des kritischen Lebensereignisses «behindertes Kind» spielt. Dabei liegt der Schwerpunkt bei der Bindungstheorie und näherhin bei der Frage,



Spielen am Laptop: Wichtig ist, dass Väter die Bindung zu Ihrem Kind intensiv stärken.
Quelle: istockphoto.com

wie in der elterlichen Triade Vater-Mutter-Kind die Bindung zwischen Vater und Kind zu verstehen ist.

In einem zweiten Schritt wird untersucht, was ein kritisches Lebensereignis ist, was normative von nicht-normativen Krisenerfahrungen unterscheidet und welche Coping-Ansätze derzeit in der Forschung diskutiert werden. Der empirische Stand der Dinge um die väterliche Bewältigung von Behinderung eines Kindes wird anhand einiger deutschsprachiger Untersuchungen exemplarisch ohne Anspruch auf Vollständigkeit dargestellt. Der theoretische Teil schließt mit der Diskussion des für meine Untersuchung zugrunde liegenden Religionsbegriffs ab, um mein Verständnis von Religiosität deutlich zu machen und dies religionssoziologisch und theologisch zu begründen.

Der Forschungsteil der Arbeit gliedert sich in der Darstellung der Methodologie und Methodik der «Objektiven Hermeneutik», der Forschungsfrage und der Auswertung und Darstellung des empirischen Materials in der Sprache des Falles. Die generalisierte Auswertung erfolgt danach nach sechs Kategorien: Resilienz bzw. Kohärenzgefühl, Krisenreaktion, soziales Bezugssystem, gesellschaftliches Bezugssystem, Familie und Glaube sowie Religion.

In einem letzten Kapitel werden Handlungsorientierungen für eine angemessene Pastoral mit Vätern behinderter Kinder vorgeschlagen, um einen Beitrag zur lebensdienlichen Pastoral für Familien zu leisten, die kritische Lebensereignisse zu bewältigen haben. Insbesondere soll die Arbeit dazu beitragen, dass die Ressourcen väterlicher Bewältigung in Angeboten der Familien- und Männerseelsorge und -bildung genutzt werden.

Ergebnisse der Studie

1. Es gibt zwei generelle Dimensionen für den Bewältigungsvorgang:

A) Die horizontale Dimension, die sich in Vergangenheit, Ge-

genwart und Zukunft gliedert. Diese Ebene ist gekennzeichnet durch den sequenziellen Verlauf der Zeit. An jeder Sequenzstelle müssen Krisen bewältigt werden, normative, die sich entwicklungspsychologisch am Lebenslauf orientieren und nicht-normative, also schicksalhafte, unvorhersehbare Lebensereignisse. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Bewältigungsmustern in der Vergangenheit der Familie (Prägung) und der aktuellen Art und Weise der Bewältigung des kritischen Lebensereignisses, die sich zukünftig auswirkt (Entwicklung).

B) Die vertikale Dimension, die sich in internale und externe Bewältigungsfaktoren gliedern lässt. Internale Bewältigungsfaktoren sind Resilienz bzw. Kohärenzgefühl, Krisenreaktion und Glaube. Externe Bewältigungsfaktoren sind Familie, soziales Netzwerk und gesellschaftliches Bezugssystem. Alle Faktoren wirken auf die Person ein, in linearer und vertikaler Weise.

2. Alle genannten Bewältigungsfaktoren haben Einfluss auf den Bewältigungserfolg. Dass gesellschaftliche Normen Einfluss auf den Bewältigungsweg und dass ein soziales Unterstützungssystem in Form von institutioneller und freundschaftlicher Hilfe zur gelingenden Bewältigung beitragen, wurde durch die Studie bestätigt. Allerdings, so das Ergebnis, wiegen andere Bewältigungsfaktoren stärker.

3. Die Studie konnte zum einen zeigen, dass der Einfluss der Familienbewältigung und deren Bewältigungsmythen groß ist. Schafft es ein Familiensystem zum anderen aktuell, mit dem besonderen Ereignis der Behinderung eines Kindes realistisch und dem Kind angemessen umzugehen, verringern sich unrealistische Normalisierungsversuche und die Akzeptanz der Situation, so wie sie ist, wird stärker. Der betroffene Vater kann dann das kritische Lebensereignis besser bewältigen.

4. Vier Teilaspekte lassen sich bei den psychischen Bewältigungsvoraussetzungen ausmachen:

A) Die psychische Konstitution erleichtert oder erschwert den Bewältigungsweg, je nachdem, ob die Persönlichkeitsstruktur robuster oder labiler ist.

B) Je resilienter, d.h. widerstandsfähiger eine Person ist, je kohärenter, d.h. innerlich ganz, sich eine Person fühlt, desto leichter fällt es ihr, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

C) Erfolgreiche Bewältigungsversuche machen eine Person widerstandsfähiger in neuen Krisen.

D) Je flexibler und elastischer eine Persönlichkeit ist, desto besser kann sie sich auf neue, unvorbereitete Ereignisse einstellen. Dieser letzte Aspekt ist der wichtigste Faktor bei erfolgreicher Bewältigung. Auch eine psychisch labile Persönlichkeit kann das kritische Lebensereignis bewältigen, wenn sie flexibel genug ist.

5. Der Einfluss des Glaubens einer Person ist groß. Dieser Glaube kann inhaltlich sehr unterschiedlich gefüllt sein. Ist er getragen von einer Sinndimension, die außerhalb der eigenen Person liegt, kann diese die Bewältigung fördern, resilienter machen und ein Gefühl für Kohärenz ermöglichen. Ob der Glaube an einen personalen Gott gebunden ist oder sich im unverbrüchlichen Glauben gründet, dass das Wesen eines Menschen unbehindert ist, sind lediglich graduelle Unterschiede. Ein festes Glaubenssystem einer Religion oder einer anderen Sinnkategorie kann ebenso hilfreich wie hinderlich sein. Der Gradmesser dafür ist die Flexibilität des Glaubenssystems. Ist es starr und unelastisch, behindert es Bewältigung, ist es flexibel und grundsätzlich offen für Wandel und Entwicklung, ermöglicht es Sicherheit für die grundsätzlich offene Zukunft.

6. Der herausragende Faktor bei der Bewältigung ist die Bindung zwischen Vater und Kind. Entsteht bzw. existiert zwischen diesen Beiden eine tragfähige Beziehung, die sich von Erwartungen und Vorstellungen löst, wie ein Kind wünschenswert oder «normal» ist, desto besser gelingt Bewältigung. Dabei verläuft Beziehungsaufbau nicht nur aus der Richtung vom Vater zum Kind, sondern auch umgekehrt. Manchmal stiftet das behinderte Kind durch seine Bindungsfähigkeit Beziehung und ermöglicht dem Vater somit die Bewältigung. Dieser Bewältigungsfaktor wiegt stärker als alle anderen und beeinflusst alle anderen Konsequenzen.

Konsequenzen

Aus den Ergebnissen der empirischen Studie lassen sich für Therapie, Frühförderung und Pastoral drei Postulate formulieren:

1. Resilienz stärken! Und zwar durch Maßnahmen, bei denen sich Väter mit behinderten Kindern treffen, untereinander Solidarität erfahren und Kraft tanken für ihren je eigenen Bewältigungsweg.

2. Beziehung fördern! Alles, was die Bindung zwischen Vater und Kind stärkt, ist hilfreich. Dazu gehören Maßnahmen der Väter-Kinder-Arbeit in allen erdenklichen Konstellationen: exklusiv nur unter betroffenen Vätern mit ihren Kindern bis hin zu inklusiv, bei denen Väter mit behinderten

Kindern mit Vätern mit nicht behinderten Kindern zusammen Zeit verbringen und ihre Beziehung zum Kind stärken können.

3. Glauben artikulieren! Väter von behinderten Kindern sollten die Möglichkeit haben, sich ihres Glaubens an eine überindividuelle Kraftquelle bewusst zu werden, der sich zusammensetzt aus Erlerntem (Prägung) und persönlicher Auseinandersetzung (Entwicklung). Die Sinnkategorie dient dabei der Horizonterweiterung, bei der die Last der Bewältigung relativiert wird.



Andreas Heek studierte Theologie an der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Hennef/Sieg. Seit 2006 ist er koordinierend im Referat Frauen und Männerseelsorge für die Männerpastoral im Generalvikariat des Erzbistums Köln tätig. Er promoviert zum Thema «Behinderung eines Kindes als Bewältigungsproblem für Väter und ihre Familien.»

Fördert Religion die Fertilität?

Eine empirische Untersuchung anhand des pairfam-Datensatzes

■ Sandra Hubert

In den letzten Jahrzehnten beherrschten zwei Trends die Geburtenrate: zum einen sank die Anzahl kinderreicher Familien, d.h. die Häufigkeit, mit der Paare sich für ein drittes oder sogar viertes Kind entscheiden, nahm stark ab. Zum anderen stieg der Anteil von Personen, die gar keine Kinder bekommen, somit kinderlos bleiben. Empirische Analysen zu den Determinanten des Geburtenverhaltens zeichnen sich durch eine Dominanz ökonomischer Faktoren aus. Indikatoren, die die Präferenzen beeinflussen, und zu denen religiöse Werthaltungen gehören, werden dagegen vernachlässigt. Dies lässt sich u.a. auf die abnehmende gesellschaftliche Bedeutung der Religion, aber auch auf eine sinkende individuelle Religiosität zurückführen. Mithilfe der ersten Welle der neuen *Panel Analysis of Intimate Relationships and Family Dynamics (pairfam)* wurde anhand von logistischen Regressionsanalysen untersucht, ob religiöse Werthaltungen sich positiv auf Kinderreichtum und negativ auf Kinderlosigkeit auswirken. *Pairfam* ist eine repräsentative, interdisziplinäre Längsschnittstudie zur Erforschung partnerschaftlicher und familialer Lebensformen in Deutschland. Für die erste Welle wurden 12.000 Personen sowie deren Partner (soweit vorhanden) befragt. Die Studie erhebt Informationen bei drei Alterskohorten: 15-17-Jährige, 25-27-Jährige sowie 35-37-Jährige. Da die Analysen auf die Kinderlosigkeit bzw. den Kinderreichtum zielten, der zum Ende der fertilen Phase erwartet wird, basierten die Auswertungen ausschließlich auf der ältesten Kohorte, um möglichst realistische Erkenntnisse zu erhalten. Häufig konzentrieren sich

Fertilitätsanalysen auf das Geburtenverhalten von Frauen. In der vorliegenden Untersuchung wurden dagegen (separate) Analysen für Frauen (N = 1753) und Männer (N = 1381) durchgeführt. Im Folgenden werden zunächst die Hypothesen vorgestellt, bevor die Ergebnisse zum einen zur Kinderlosigkeit, zum anderen zum Kinderreichtum präsentiert werden. Der Bericht schließt mit einem kurzen Fazit ab.

Die Hypothesen

In den wenigen Studien, die bislang zum Zusammenhang zwischen Religion und Geburtenhäufigkeit in Europa existieren, konnte im Allgemeinen ein positiver Einfluss belegt werden. Dieser erwies sich jedoch nicht als regions- und indikatorunabhängig¹. Die Wirkung religiöser Werthaltungen auf die Wahrscheinlichkeit, kinderlos zu bleiben oder eine Familie mit mehr als zwei Kindern zu haben, wird auf Basis der nachstehenden Hypothesen geprüft:

H1: Eine Religionszugehörigkeit wirkt sich positiv auf Kinderreichtum und negativ auf Kinderlosigkeit (im Folgenden zusammenfassend als „Fertilität“ bezeichnet) aus.

H2: Die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche oder zum Islam wirkt sich stärker positiv auf die Fertilität aus als die Zugehörigkeit zu einer anderen Religion.

¹ Das bedeutet, dass die Wirkung religiöser Werthaltungen auf die Fertilität von der Art abhängt, wie Religion bzw. Religiosität gemessen wird.

H3: Eine intensive religiöse Praxis wirkt sich positiv auf die Fertilität aus.

H4: Eine in einer zusätzlichen religiösen Zeremonie geschlossene Ehe wirkt sich stärker positiv auf die Fertilität aus als eine ausschließlich standesamtliche Eheschließung.

H5: Eine Religionszugehörigkeit wirkt sich in Ostdeutschland stärker positiv auf die Fertilität aus als in Westdeutschland.

Zwischen Religionszugehörigkeit – insbesondere zum Katholizismus oder zum Islam – und Fertilität wird ein positiver Zusammenhang angenommen. Hierfür spricht die generell pronatalistische, d.h. Kinder und Familie in besonderem Ausmaß wertschätzende, Ausrichtung insbesondere der Buchreligionen Christentum, Islam, Judentum. Verhaltensweisen, die Geburten indirekt oder direkt fördern können, sind häufig als spezifische Normen und Regeln formuliert oder als allgemeinere Werte, Prinzipien und Einstellungen. Dabei bestehen jedoch Differenzen zwischen den Glaubensinhalten und den Lehren der einzelnen Religionen, die wiederum in Frage kommen, die bestehenden Fertilitätsunterschiede zwischen diesen zu erklären. Darüber hinaus gilt: Je verbindlicher die Lehre einer Kirche formuliert ist und je besser kommunizierbar deren Inhalte, z.B. durch eine hierarchische Organisationsstruktur sind, desto wahrscheinlicher ist die Möglichkeit einer Einflussnahme.

Die katholische Kirche formuliert ihre Regeln besonders verbindlich. Die Vorgaben durch die evangelische Kirche sind demgegenüber sehr begrenzt und die interne Struktur ist weitaus weniger hierarchisch. Auch der Islam ist nicht hierarchisch strukturiert. Dennoch wird eine hohe Familienorientierung tradiert, die von den Gläubigen in Form großer Familien gelebt wird. Zwar ist in einer pluralen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr davon auszugehen, dass kirchlich vermittelte Regeln und Normen vollständig befolgt werden. Im Allgemeinen ist jedoch anzunehmen, dass religiöse Personen stärker geneigt sind, die Vorschriften und Regeln ihrer Religion zu befolgen als nicht religiöse Personen, u.a. deshalb, weil ihre Werthaltungen mit höherer Wahrscheinlichkeit mit den kirchlichen Normen übereinstimmen. Weiterhin ist zu vermuten, dass die freiwillige Identifizierung mit der Religion, dem Glauben und der Kirche (kirchen-)konformes Verhalten fördert.

Mit der dritten Hypothese wird angenommen, dass die Intensität der religiösen Praxis, gemessen durch die Häufigkeit des Besuchs religiöser Veranstaltungen, die Bedeutung, die eine Person der Religion beimisst, besser repräsentiert als die bloße Religionszugehörigkeit. Außerdem werden die Glaubensinhalte insbesondere während

der Gottesdienste vermittelt. Weiterhin ist zu vermuten, dass Paare, die sich nicht nur standesamtlich, sondern auch religiös trauen ließen, stärkere religiöse Werthaltungen haben als Ehepaare, die auf eine solche zusätzliche Trauungszeremonie verzichteten.

Schließlich wird für Konfessionsangehörige in Ostdeutschland eine höhere Geburtenhäufigkeit als für jene in Westdeutschland angenommen. Die Ostdeutschen (in der Stichprobe) erlebten ihre Sozialisationsphase zu Zeiten der DDR, d.h. sie wuchsen in einer religionsfeindlichen Umgebung auf, während die Westdeutschen in einer religiös geprägten kulturellen Umwelt groß wurden, den konfessionellen Religionsunterricht besuchten und am Konfirmandenunterricht bzw. Erstkommunion- und Firmunterricht teilnahmen. Ostdeutsche mit einer Religionszugehörigkeit entschieden sich bewusst für eine Konfession in einem Umfeld ohne eine solche Norm, wie es sie weiterhin in Westdeutschland gibt. Dies sollte davon unabhängig sein, ob ihre Eltern sie taufen ließen oder sie erst später in die Kirche eintraten.

Ergebnisse zur Kinderlosigkeit

Die deskriptiven Statistiken (siehe Tabelle 1) verdeutlichen, dass Konfessionslose häufiger kinderlos bleiben als Personen mit einer Religionszugehörigkeit. Das Ergebnis wird durch die Regressionsanalysen² – die unter Kontrolle weiterer wichtiger Einflussfaktoren wie z.B. die formale berufliche Qualifikation – durchgeführt wurden, in der Modellschätzung für die Frauen gestützt. Muslime weisen die geringsten Anteile Kinderloser auf. Jedoch zeigt sich in den multivariaten Analysen kein signifikantes Ergebnis, was sich unter Umständen auf ihren geringen Anteil an der Stichprobe zurückführen lässt. Katholikinnen bleiben seltener kinderlos als Protestantinnen. In der ökonometrischen Analyse besitzen sie eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit für Kinderlosigkeit als alle anderen Frauen. Eine intensive religiöse Praxis (intensiv soll bedeuten, dass religiöse Veranstaltungen mindestens ein Mal im Monat besucht werden) reduziert bei Frauen die Wahrscheinlichkeit, kinderlos zu bleiben (siehe auch Tabelle 2). In einer religiösen Zeremonie Getraute bleiben – wie die Tabelle 3 bereits auf der deskriptiven Ebene zeigt – mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit kinderlos. Da jedoch nicht Verheiratete – darunter befinden sich auch Partnerlose – weitaus häufiger kinderlos bleiben – ist die Eheschließung an sich ein hervorragender, wenn auch nicht als kausal zu interpretierender, Prädiktor für eine Familiengründung.

² Die Untersuchungsergebnisse, die hier zusammenfassend präsentiert werden, beziehen sich auf eine umfassendere Studie, die im Rahmen des Sammelbandes «Ergebnisse der ersten Welle des Beziehungs- und Familienentwicklungspanels» (Arbeitstitel) hrsg. von Josef Brüderl und Laura Castiglioni zum Ende dieses Jahres erscheinen wird.

Dies gilt unabhängig davon, ob die Ehe ausschließlich standesamtlich geschlossen wurde oder zusätzlich eine religiöse Zeremonie umfasste. Konfessionsgebundene Männer, die in Ostdeutschland leben, bleiben erkennbar seltener

kinderlos als solche, die in Westdeutschland wohnen (Tabelle 1). Dieser Unterschied ist signifikant, während es bei den Frauen fast unerheblich ist, ob sie im Osten oder Westen zu Hause sind.

		Kinderlose	Kinderreiche	Anzahl der Beobachtungen (N)
Mit Religionszugehörigkeit	Frauen	14,9	25,4	1202
	Männer	19,7	23,6	861
Katholisch	Frauen	14,2	24,3	525
	Männer	20,4	19,6	379
Evangelisch	Frauen	17,4	23,0	549
	Männer	21,4	22,9	372
Andere chr. Konfession	Frauen	11,2	39,0	47
	Männer	15,7	32,3	31
Muslimisch	Frauen	5,5	35,8	81
	Männer	11,4	43,2	79
in Westdeutschland	Frauen	15,0	25,5	1144
	Männer	20,3	23,0	820
in Ostdeutschland	Frauen	14,3	23,5	77
	Männer	9,4	33,2	64
Ohne Religionszugehörigkeit	Frauen	22,3	14,1	504
	Männer	20,9	13,4	477

Tabelle 1: Anteile Kinderloser und Kinderreicher, gegliedert nach Religionsindikatoren (an 100% fehlende Beobachtungen: Personen, die zukünftig ein bis zwei Kinder erwarten)

Zusammenfassend belegen die Ergebnisse die Hypothese 1 (nur Frauen). Die Hypothesen 2 und 3 werden nur in den Modellschätzungen für Frauen gestützt. Hypothese 4 muss verworfen werden. Die prognostizierten Wahrscheinlichkeiten für Kinderlosigkeit hängen nicht von der Art der Trauungszeremonie ab. Hierfür kommen zwei Gründe infrage: zum einen besteht eine starke Tendenz zu einer familienorientierten Eheschließung. Eine Affinität, zum Zeitpunkt der Familiengründung verheiratet zu sein bzw. kurz nach der Geburt eines Kindes zu heiraten, scheint nicht von religiösen Werthaltungen geleitet zu sein. Zum anderen stellt ein fehlender Partner das eigentlich bedeutsame Hemmnis für eine Familiengründung dar. Hypothese 5 schließlich lässt sich nur für Männer belegen, während west- und ostdeutsche Frauen nur marginal voneinander abweichen. Dies trifft im Übrigen auf konfessionslose Frauen nicht zu. Westdeutsche Frauen ohne Religionszugehörigkeit verzichten weitaus häufiger auf ein Kind (32,5%) als ostdeutsche (9,7%).

Ergebnisse zu Kinderreichtum

Kinderreichtum lässt sich weitaus häufiger unter Mitgliedern von Religionsgemeinschaften beobachten (siehe Tabelle 1). Dies bestätigen die Regressionsanalysen: Mitglieder von Religionsgemeinschaften besitzen eine höhere

Wahrscheinlichkeit, mehr als zwei Kinder zur Welt zu bringen. Der Einfluss einer Religionszugehörigkeit tritt hier um einiges deutlicher hervor, als dies bei der Betrachtung der Kinderlosigkeit der Fall war.

Während katholische Frauen keine höhere Wahrscheinlichkeit dafür haben, kinderreich zu sein, gilt dies jedoch für katholische Männer. Eine noch höhere Wahrscheinlichkeit für Kinderreichtum prognostizieren die Modellschätzungen jedoch für evangelische Männer. Signifikante Ergebnisse sind ebenfalls für muslimische Männer zu messen.

Männer und Frauen, die häufig, d.h. mindestens ein Mal pro Monat, in den Gottesdienst gehen, sind erkennbar häufiger kinderreich als solche, die dies seltener oder gar nicht unternehmen (Tabelle 2). Die multivariaten Modellschätzungen untermauern dies. In einer religiösen Zeremonie Getraute sind häufiger kinderreich, allerdings gilt das Gleiche wiederum für ausschließlich standesamtlich Getraute, während Unverheiratete nur sehr selten kinderreich sind bzw. sein werden (Tabelle 3). Im Hinblick auf konfessionsgebundene Männer besitzen Ostdeutsche eine höhere Wahrscheinlichkeit dafür, kinderreich zu sein als Westdeutsche. Dieses Ergebnis gilt nicht für Frauen. Westdeutsche Frauen mit konfessioneller Bindung werden nur marginal häufiger Mütter mindestens dreier Kinder als ostdeutsche (Tabelle 1).

		Kinderlose	Kinderreiche	Anzahl der Beobachtungen (N)
Intensive religiöse Praxis	Frauen	6,0	37,1	243
	Männer	17,8	34,5	165
Seltene religiös Praxis	Frauen	17,1	22,5	978
	Männer	20,1	21,1	719

Tabelle 2: Anteile Kinderloser und Kinderreicher nach der Intensität der religiösen Praxis (an 100% fehlende Beobachtungen: Personen, die zukünftig ein bis zwei Kinder erwarten)

		Kinderlose	Kinderreiche	Anzahl der Beobachtungen (N)
Religiöse Trauungszeremonie	Frauen	6,0	31,0	547
	Männer	4,5	32,1	374
Ausschließlich standesamtliche Trauung	Frauen	9,4	28,1	584
	Männer	6,0	32,0	393
Nicht verheiratet	Frauen	32,6	9,8	622
	Männer	33,6	9,2	614

Tabelle 3: Anteile Kinderloser und Kinderreicher nach der Art der Trauungszeremonie (an 100% fehlende Beobachtungen: Personen, die zukünftig ein bis zwei Kinder erwarten)

Hier lässt sich zusammenfassen, dass Hypothese 1 durch die vorgenommenen Auswertungen gestützt wird (Männer und Frauen). Hypothese 2 trifft für Männer zu. Dies ist jedoch nur deshalb der Fall, weil Konfessionslose die Referenzkategorie darstellen. Im Vergleich mit männlichen evangelischen Kirchenmitgliedern hat die Hypothese keinen Bestand. Hypothese 3 lässt sich in den Modellschätzungen für den Kinderreichtum voll und ganz belegen. Hypothese 4 muss verworfen werden. Auch die Wahrscheinlichkeit für Kinderreichtum (wie bereits für Kinderlosigkeit) lässt sich durch die Art der Trauungszeremonie nicht gut vorhersagen. Hinsichtlich der Hypothese 5 ist nach dem Geschlecht zu differenzieren: Nur die Regressionsergebnisse für die Männer deuten in die erwartete Richtung. In Bezug auf die Frauen treffen die Vorannahmen nicht zu.

Fazit

Abschließend kann festgehalten werden, dass religiöse Werthaltungen geeigneter sind, Kinderreichtum vorherzu-

sagen. Dies liegt allerdings auch daran, dass Kinderlose im *pairfam*-Datensatz im Vergleich mit der Bevölkerung unterrepräsentiert sind und es somit schwieriger ist, ein solches Modell gut zu schätzen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass bereits die bloße Religionszugehörigkeit sich auf das Geburtenverhalten auswirkt. Die Häufigkeit des Besuchs religiöser Veranstaltungen, ein Indikator für die individuelle Religiosität, entfaltet nochmals eine stärkere Wirkung.



Sandra Hubert studierte an der Ruhr-Universität in Bochum (RUB) Sozialwissenschaft mit dem Schwerpunkt Angewandte Sozialforschung. Seit März 2007 promoviert sie zum Thema «Effects of Religion on the Family: Evidence from Europe especially East and West Germany» und arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Jugendwertestudie

Repräsentative Erhebung der Werte junger Menschen

■ Margit Stein

Die Jugendwertestudie des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) erhebt die Werte, das Engagementverhalten, prosoziale und antisoziale Verhaltensweisen und Einstellungen Jugendlicher auf national und international repräsentativer Ebene. Die Studie stellt die Werte Jugendlicher in Zusammenhang mit pro- und antisozialen Verhaltensweisen sowie dem erlebten Erziehungsstil in Elternhaus und Schule.

Insgesamt fanden in 2008 und 2009 drei Experten-Workshops in Gütersloh und München statt, bei denen die Jugendwertestudie fachlich-inhaltlich und methodisch diskutiert wurde, mit Beteiligung u.a. von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, Direktor des DJI München, und Dr. Martin Rieger, Leiter der Abteilung «Geistige Orientierung» der Bertelsmann Stiftung. Zum inhaltlichen Projektbericht und zum Methodenbericht, der für die Jugendwertestudie von Margit Stein angefertigt wurde, wurde eine Expertise durch Dr. Martina Gille vom DJI München erstellt, welche der Konzeption der Jugendwertestudie eine hohe Fachlichkeit bescheinigt.



Werte Jugendlicher in Zusammenhang mit pro- und antisozialen Verhaltensweisen sowie dem erlebten Erziehungsstil in Elternhaus und Schule werden im Rahmen der ZFG-Studie untersucht. Quelle: istockphoto.com

Empirische Studien zum Bereich der Wertorientierung von Kindern und jungen Menschen, die als Begleitstudien die repräsentative Jugendwertestudie flankieren:

- Wertorientierung junger Menschen in unterschiedlichen Engagementbereichen. Befragt wurden ca. 75 junge Menschen aus unterschiedlichen Engagementbereichen.
- Wertorientierung junger Menschen in Abhängigkeit unterschiedlicher Freizeitstile: Befragt wurden ca. 90 junge Menschen aus unterschiedlichen Freizeitkontexten.
- Wertorientierung junger Menschen in Abhängigkeit unterschiedlicher Studienrichtungen: Befragt wurden ca. 400 Studierende aus den Bereichen Betriebswirtschaftslehre, Religionspädagogik, Soziale Arbeit und der Lehrämter.

• Veränderungen von Wertorientierungen über die Jugendzeit: Ein quer- und längsschnittlicher Vergleich über einen Zeitraum von drei Jahren im Alter von 12 bis 18 Jahren (abgeschlossen): Begleitet wurden ca. 150 GymnasiastInnen.

• Wertweitergabe im Elternhaus: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Werten junger Menschen und ihrer Eltern. Befragt wurden 150 BerufsschülerInnen und ihre Eltern.

Zu den unterschiedlichen Studien werden gegenwärtig Veröffentlichungen in Fachzeitschriften vorbereitet.

Die Studien flankieren theoretische Überlegungen zur Wertentwicklung und Wertevermittlung, die im Buch zur Wertevermittlung im Ernst Reinhardt Verlag (Stein, M. (2008). Wie können wir Kindern Werte vermitteln? Werteeerziehung in Familie und Schule. München: Ernst Reinhardt Verlag) dargelegt wurden.

Weitere Forschungsprojekte:

Neu wurde im Bereich Werte das Projekt «Wertekonstruktion, Sinnzuschreibung und Identitätsentwicklung in Selbsthilfegruppen» von Martin Stummbaum und Margit Stein begonnen, welches erhebt, wie sich Menschen, die an Selbsthilfegruppen partizipieren, hinsichtlich Wertewichtigkeitseinschätzung, Sinnzuschreibungen, Attribuerungsstilen und Bindungsverhalten an den Partner/ Partnerin von solchen unterscheiden, die nicht in Selbsthilfegruppen engagiert sind. Hierzu wurden ca. 300 Diabetikerinnen und Diabetiker in und außerhalb von Selbsthilfegruppen befragt. Die Studie wird theoretisch flankiert von der Dissertationsschrift von Martin Stummbaum («Blended help – Ein innovatives Konzept sozialer Arbeit im Spannungsfeld von Marktökonomisierung und Betroffenen-selbsthilfe») und von einem theoretischen Buch, das der Ernst Reinhardt Verlag angefragt hat (Stummbaum, M. &

Stein, M. (2010). Aufbau und Unterstützung von Selbsthilfegruppen – Know-how für die Soziale Arbeit. München: Ernst Reinhardt Verlag).

Das Projekt «Werte machen stark» des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus STMUK wurde abgeschlossen. Hierbei wurden die Modellschulen der Werteinitiative «Werte machen stark» des Bayerischen Ministeriums für Unterricht und Kultus hinsichtlich der Werteinitiativen evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluierung wurden in einer Gesamtschau im Praxishandbuch Werte veröffentlicht:

Stein, M. (2008). Werteerziehungsansätze an weiterführenden Schulen in Bayern. In: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.). Praxishandbuch zur Werteerziehung «Werte machen stark.» Donauwörth: Brigg, S. 54-67.

Stein, M. (2008). Die Werteprojekte der Besuchsschulen aus Sicht der Schülerinnen und Schüler. In: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.). Praxishandbuch zur Werteerziehung «Werte machen stark.». Donauwörth: Brigg, S. 68-81.

Veröffentlichungen zu einzelnen Evaluierungen ausgewählter Werteprojekte werden derzeit für Fachzeitschriften vorbereitet.

Zugänglichmachung der Ergebnisse der Forschung zum Bereich Werte für ein deutsches und internationales Fachpublikum:

Die Ergebnisse der Schulleitervollbefragung wurden in nationaler und internationaler Hinsicht aufbereitet und peer-reviewten Zeitschriften angeboten.

Bei der Schulleitervollbefragung in Bayern wurden alle weiterführenden Schulen Bayerns gebeten, Angaben zu ihren Werteprojekten zu machen sowie zu strukturellen Bedingungen der Schule wie Größe, Schulart, Zusammensetzung der Schülerklientel und Problematiken an der Schule.

Stein, M. (2009). Erziehungsziele und Werterziehungsansätze an weiterführenden Schulen in Abhängigkeit von strukturellen Bedingungen. Zeitschrift für Pädagogik, 55 (4). 562-579.

Stein, M. (2008). Solidarność i tolerancja w wychowaniu jako podstawa edukacji międzykulturowej. Komunikat z

badań w Bawarii. [Erziehung zu Solidarität und Toleranz in der Schule als Beitrag zur Integration von Personen unterschiedlicher ethnischer Herkunft - Ergebnisse einer Schulleitervollbefragung in Bayern.] In: Surzykiewicz, J. & Kulesza, M. (red). Integracja w świecie powszechnej migracji. Otwarte pytania pedagogiki społecznej. (Integration in der Welt der umfassenden Migrationsbewegungen. Offene Fragen der Sozialpädagogik). Warszawa: Uniwersytet Warszawski, Instytut Profilaktyki Społecznej i Resocjalizacji Międzykulturowe Centrum Adaptacji Zawodowej, S. 276-294.

Zudem wurde Frau Prof. Dr. Stein gebeten, sich am Kompendium Schulische Werteerziehung von Klaus Zierer am Lehrstuhl für Schulpädagogik der LMU (Lehrstuhlinhaber Werner Wiater) zu beteiligen.

Stein, M. (2008). Wie können wir Kindern Werte vermitteln? Werteerziehung in Familie und Schule. München: Ernst Reinhardt Verlag.

Stein, M. (2009). Erziehungsziele und Werterziehungsansätze an weiterführenden Schulen in Abhängigkeit von strukturellen Bedingungen. Zeitschrift für Pädagogik, 55 (4). 562-579.

Stein, M. (2010a). Interdisziplinäre Zugänge und theoretische Grundlagen schulischer Werteerziehung: Soziologische Sicht. In: Zierer, K. (Hrsg.). Kompendium Schulische Werteerziehung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, S. 49-58.

Stein, M. (2010b). Schulische Einflussgrößen und Handlungsfelder. Äußere Rahmenbedingungen von Unterricht – Elternhaus und Peer, Schulkultur und Schulleben. In: Zierer, K. (Hrsg.). Kompendium Schulische Werteerziehung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren, 128-137.



Prof. Dr. Margit Stein studierte an der KU Eichstätt-Ingolstadt Diplom-Psychologie und Diplom-Pädagogik. Im März 2010 erhielt sie einen Ruf an die Universität Vechta. Dort ist sie als Professorin am Institut für Soziale Arbeit, Bildungs- und Sportwissenschaften tätig.

Die muslimische Familie

Ein Ort der Kontinuität und des Wandels

■ Canan Korucu-Rieger

In Deutschland leben zwischen 3,8 und 4,3 Millionen Muslime. Zwar gibt es vereinzelte Forschungen über muslimische Familien, vor allem fehlen aber Forschungen über den Wandel muslimischer Familien in Deutschland im Generationenvergleich.

Einen besonderen Schwerpunkt in der Familiensoziologie bildet die Forschung über den Wandel der deutschen Familie und ihrer Lebensformen. Dieser Wandel wird an den steigenden Scheidungszahlen, dem Rückgang von Eheschließungszahlen, dem Geburtenrückgang seit Mitte der sechziger Jahre und schließlich auch an der Zunahme kinderloser Ehepaare, nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Einpersonenhaushalte festgemacht.

In meiner Forschungsarbeit möchte ich herausfinden, ob und in welcher Form sich die Familienvorstellungen und die Familienformen muslimischer Familien türkischer Herkunft in Deutschland im Generationenvergleich gewandelt haben. Welche Familienvorstellungen haben sich innerhalb der drei Generationen verändert? Welche sind unverändert erhalten geblieben? Womit ist der Wandel bzw. die Kontinuität zu begründen? Mit dem Bildungshintergrund, der Religiosität oder der Migrationsgeschichte? Welche Ansichten werden zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geäußert?

Um diesen und weiteren Forschungsfragen nachgehen zu können, umfasst die Untersuchung sechs türkisch-muslimische Drei-Generationen-Familien. In bis zu zweistündigen narrativen Interviews wurden die Großmütter, ihre Töchter und Enkelinnen von mir zu ihren Familienvorstellungen, ihrem Familienleben, ihrer Migrations-, Schul- und Erwerbsbiographie befragt. Dabei orientiert sich die Größe der Stichprobe am Anliegen meiner Untersuchung, die eher auf die Tiefe denn auf die Breite der Darstellung der Veränderungen der Familienvorstellungen im intergenerationellen Dialog abzielt. Die Basis für die Zusammensetzung der Stichprobe ist die Bildung kontrastierender Vergleichsgruppen.

Wer ist die erste Generation, die mit ihrem Schritt nach Deutschland den Prozess des hier untersuchten Wandels begonnen hat?

Die Frauen der ersten Generation meiner Stichprobe sind Mitte Zwanzig bis Ende Dreißig Jahre alt, als sie zwischen 1971 und 1979 im Zuge der Familienzusammenführung

nach Deutschland migrierten, ohne Deutschkenntnisse, aber auch ohne fundierte Lese- und Schreibkompetenzen. In der Türkei haben sie die Schule entweder gar nicht oder nur die fünfjährige Grundschule besucht. Die Vernachlässigung der Mädchenbildung wird von den Frauen mit der damaligen patriarchalischen Gesellschaftsstruktur begründet und kritisiert, vor allem aber bedauert. Zudem sind einzelne Frauen zum Zeitpunkt ihrer Migration mit den Anforderungen des städtischen Lebens nicht vertraut. Sie leben in ländlich-ruralen Gebieten mit der Großfamilie zusammen und helfen in der Landwirtschaft mit. Mit ihrer Entscheidung, nach mehreren Jahren der Trennung von ihren Männern, ihnen nach Deutschland zu folgen, verlassen sie ihr gewohntes Umfeld, ihre Verwandten und Freunde und auch ihre Kinder. Diese bleiben in der Obhut der Großeltern zurück.

In Deutschland eingetroffen, beginnen die Frauen der so genannten Gastarbeitergeneration, sich selbstständig auf die Suche nach einer Arbeitsstelle zu machen und finden mit Hilfe ihrer Ehemänner in den allermeisten Fällen eine Anstellung in Fabriken mit Schicht- und Akkordarbeit. Die ersten Jahre sind sehr aufreibend und strapaziös, getrennt von den Kindern und der Herkunftsfamilie in einem bisher unbekannten sozialen Milieu. Als Fremde verbringen sie ihre Tage damit, Geld zu verdienen. Mit dem in Deutschland Ersparten soll Armut überwunden und Wohlstand aufgebaut werden. Allerdings ist das ersparte Geld für das Leben in der Türkei vorgesehen. Die so genannte Gastarbeitergeneration ist aus existenzieller Notwendigkeit und zur Sicherung des Lebensunterhalts für sich und ihre Angehörigen aus der Türkei nach Deutschland emigriert. Dabei stand von vornherein die Rückkehr in die Türkei fest. Die beschwerlichen und mit Entbehrungen verbundenen Jahre in Deutschland haben sie als einen kurzfristigen Zeitraum betrachtet. Doch die Rückkehr verschiebt sich immer wieder, so dass die Ehepaare sich entschließen, ihre Kinder nach Deutschland zu holen. Teilweise sind die Kinder zu diesem Zeitpunkt schon 13 Jahre alt.

Die zweite Generation: Von der beschwerten Kindheit zur selbstbewussten Frau

Die Mädchen bzw. jungen Frauen der zweiten Generation, die schon in sehr jungen Jahren die Trennung von beiden Elternteilen erlebt haben, werden nun mit einer völlig neu-

en Lebenssituation konfrontiert. Die Trennung von den Bezugspersonen in der Türkei, die neue Wohn- und Schulsituation, ist emotional sehr anstrengend, für manche bleibt dieser Lebensabschnitt ein Leben lang prägend. Ein direkter Anschluss an die (sehr) guten Schulleistungen in der Türkei, das Beliebtheit unter den Schulfreunden sowie Lehrern, ist in Deutschland nicht möglich. Die jungen Frauen haben nicht nur ihre lieb gewonnenen Freunde und Lehrer verlassen müssen, sondern auch ihr sozialisierendes und vertrautes Umfeld. In Deutschland sind sie – was den schulischen Werdegang betrifft – auf sich selbst gestellt. Ihre Eltern können sie weder beim Erlernen der deutschen Sprache, den schulischen Hausaufgaben, noch bei der Entscheidungsfindung, was den Wechsel auf eine weiterführende Schule oder den Übergang Schule-Beruf betrifft, unterstützen. So müssen sie sehr früh lernen, Entscheidungen über Schulformen sowie Berufslaufbahnen eigenständig zu treffen und in eigener Regie umzusetzen.

Zusätzlich übernehmen sie große Verantwortung im Haushalt und für die jüngeren Geschwister und unterstützen damit ihre Eltern bei ihrem Migrationsprojekt «viel Geld in kürzester Zeit zu verdienen». Nicht selten sind beide Elternteile Vollzeit und in Mehrschichtbetrieben tätig. Das ehrgeizige Projekt der Eltern bedeutet für die Kinder, dass sie ihre Bedürfnisse diesem Ziel unterordnen müssen, indem sie beispielsweise für die jüngeren Geschwister Verantwortung und auch Erziehungsaufgaben übernehmen. So sollen die Älteren die Jüngeren morgens aufwecken, ihnen Frühstück vorbereiten und sie in den Kindergarten bringen, bevor sie selber zur Schule gehen können. Oder aber sie sollen schnellstmöglich mit einer Berufsausbildung beginnen, um der Familie finanziell nicht zur Last zu fallen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich die zweite Generation meines Samples in sehr jungen Jahren enormen Herausforderungen stellen musste und eine unbeschwerter Kindheit bzw. Jugend nicht erlebt hat. Andererseits haben diese Herausforderungen sie zu selbstbewussten und eigenständigen Frauen werden lassen.

Die dritte Generation: Ein Leben zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Interviewpartnerinnen der dritten Generation sind zwischen 18 und 21 Jahre alt. Nur eine von ihnen hat selbst Migrationserfahrung, die anderen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Sie besuchen die Haupt- oder Realschule, absolvieren eine Ausbildung oder bereiten sich auf die Abiturprüfungen vor. Bei Schulangelegenheiten erhalten sie große Unterstützung von ihren Eltern, die sich auch in der schulischen Elternarbeit engagieren. Zusätzlich werden die jungen Frauen, wenn nötig, von der Hausarbeit freigestellt, auch Kosten für Nachhilfe oder einen neuen

Computer mit Internetzugang werden nicht gescheut. Ihr Bildungsweg hat für die Eltern, insbesondere für die Mütter, eine zentrale Bedeutung. Den jungen Frauen ist durchaus bewusst, dass die Eltern entsprechend gute Noten und einen hohen Schulabschluss erwarten. Die hohen Erwartungen der Eltern haben sie verinnerlicht und versuchen die erforderlichen Leistungen zu erbringen.

Aber nicht nur die Erwartungen der Eltern bezüglich ihrer Schulbildung haben sie übernommen, sondern auch deren Partnerschaftsvorstellungen sowie gewisse Vorstellungen über das Familienleben. Hier ist zu untersuchen, warum sich ganz bestimmte Werte und Familienvorstellungen stark wandeln, und andere wiederum unverändert weitergegeben und von der nächsten Generation übernommen werden.

Der intergenerationelle Dialog zwischen Kontinuität und Wandel

Besonders hat sich die Auffassung über die Mädchenbildung in der ersten Generation stark gewandelt. Die erste Generation ist mit der Begründung, dass Mädchen nicht zur Schule gehen brauchen, da sie heiraten und nicht berufstätig sein werden, ohne bzw. mit geringer schulischer Bildung aufgewachsen. Durch die Migrationserfahrung und die Berufstätigkeit in Deutschland haben sie die Bedeutung der schulischen Bildung besonders deutlich nachvollziehen können und betonen heute ihre Wichtigkeit. Auch wenn sie zum Teil ihre eigenen Töchter in deren Bildungslaufbahn nicht unterstützt haben bzw. nicht unterstützen konnten, nehmen sie die Bildungsanstrengungen der dritten Generation sehr positiv und anerkennend auf. Zudem holt die erste Generation ihre fehlenden Lese- und Schreibkompetenzen in hohem Alter nach. Dabei hat die Verrentung auf den Wunsch der Alphabetisierung eine enorme Wirkung, sie schafft nämlich den zeitlichen Rahmen für die Vertiefung und Erweiterung von Wissen. So geht mit der Verrentung eine stärkere Auseinandersetzung mit den religiösen Schriften, vornehmlich mit dem Quran, einher. Die Rentnerinnen setzten sich nicht nur mit den Inhalten auseinander, sondern lernen eine weitere Schriftsprache, nämlich die Arabische dazu. Ebenso ist festzustellen, dass die Religiosität mit der Verrentung zunimmt. Mit der Zunahme der verfügbaren Zeit verbringen die Seniorinnen ihre Freizeit mit dem Gebet, der Rezitation aus dem Quran oder der aktiven Gemeindefarbeit in der Moschee.

Für die zweite und dritte Generation besteht kein Zweifel darüber, dass die schulische Bildung für Mädchen eine hohe Relevanz hat. Sie erachten die Bildung für Jungen wie für Mädchen als selbstverständlich.

Einen eindeutigen Wandel hat ebenfalls die Funktion der Ehe erfahren. So wird die Ehe nunmehr als eine individuelle,

aus Liebe getroffene Entscheidung betrachtet und nicht mehr als eine aus rationalen Gründen (Verstärkung der Produktionskraft in der Familie, Vermehrung des Eigentums) getroffene Vernunft- oder sogar Zwangsehe gesehen.

Die dritte Generation will ganz eindeutig nur aus Liebe heiraten. Eine Vernunft- oder sogar Zwangsehe ist für sie undenkbar. Was aber ausnahmslos keinen Wandel erfahren hat, ist das Konzept der ehelichen Lebensgemeinschaft. Alle Befragten der dritten Generation geben an, dass sie heiraten und eine Familie gründen wollen. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist für sie nicht attraktiv. Ebenso wenig eine Ehe ohne Kinder. Für sie, wie auch für ihre Mütter und Großmütter, sind Kinder ein sehr bedeutender Teil einer Ehe. Besonders die Frage, ob man sich vorstellen könne, nicht zu heiraten, ist für die erste Generation eine unverständliche Frage. Für die zweite Generation schwer zu beantworten, da die ehelose Lebensgemeinschaft zu ihrer Zeit keine gelebte Lebensform war, und sie sich mit dieser Frage nicht auseinandergesetzt haben. Und für die dritte Generation ist die nichteheliche Lebensgemeinschaft zwar vorstellbar, aber nicht erstrebenswert. Trotz der Befürwortung der Eheschließung wollen die jungen Frauen erst heiraten, wenn sie ihre festgesetzten Ziele, nämlich die Beendigung ihrer Ausbildung/ihrer Studiums, erreicht haben. Zum einen soll der erfolgreiche Abschluss der Ausbildung/des Studiums, und somit der Wechsel in einen höheren sozia-

len Status, durch eine frühe Heirat nicht gefährdet werden. Zum anderen soll der Abschluss vor einer finanziellen Abhängigkeit vom Ehemann absichern. Unabhängig von den genannten Gründen für einen erfolgreichen Abschluss ist zu untersuchen, inwiefern die Berufstätigkeit zum Selbstverständnis der jungen Frauen gehört. Alle interviewten Frauen der dritten Generation wollen auch als Mütter erwerbstätig sein.

Damit folgen sie dem Vorbild ihrer Mütter und Großmütter, die auch erwerbstätig sind bzw. waren und einen Großteil zum Haushaltseinkommen beitragen bzw. beigetragen haben.



Canan Korucu-Rieger hat Erziehungswissenschaft und Gender Studies in Berlin studiert. Von Mai 2007 bis April 2009 war sie Promotionsstipendiatin der Katholischen Universität Eichstätt am ZFG zum Thema: «Muslimische Familien im Wandel». Seit März 2010 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Bremen tätig.

Religion, Familie und bürgerliches Engagement

Eine vergleichende quantitative Erhebung

■ Michaela Nesporova

Ganze 37% der Bevölkerung aus den alten und 31% aus den neuen Bundesländern engagieren sich zur Zeit freiwillig in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Ihr Engagement wird zunehmend zum Thema aktueller empirischer Forschung und wissenschaftlicher Diskussion. Dabei wird dieses in seiner Bedeutung für die Zivilgesellschaft, als soziales Kapital, oder neuerdings auch als eine Quelle der persönlichen Kompetenzen erkannt. Dennoch bleibt von der bisherigen Forschung eines zumeist unbeachtet: das bürgerschaftliche Engagement kann mit seinem gesamten Potential auch und gerade in Zeiten von zunehmender Individualisierung und Säkularisierung zum Werteerhalt unserer Gesellschaft beitragen. Gerade das

Freiwillige Engagement im sozialen Bereich, welches die Arbeit mit Kranken, Behinderten oder anderweitig benachteiligten Menschen zum Inhalt hat, besitzt das Potential, sich als wertevermittelndes Umfeld zu erweisen. Trotzdem ist bisher kaum etwas darüber bekannt, welche Wertvorstellungen die hier freiwillig tätigen Menschen antreiben, welche religiösen und familiären Werte sie vertreten, und inwieweit sie sich in diesen Wertvorstellungen von der Gesamtbevölkerung unterscheiden.

Eine vergleichende quantitative Erhebung in drei unterschiedlich religiös geprägten Untersuchungsgebieten versucht diese Fragen zu beantworten. Sie versucht umfassende Erkenntnisse über die Werthaltungen von freiwillig

Engagierten, über ihre Religiosität und ihre Familienwerte zu gewinnen.

In Zusammenarbeit mit 46 Freiwilligenagenturen und –zentren sind insgesamt 435 Engagierte aus den alten sowie den neuen Bundesländern und der Tschechischen Republik mittels eines strukturierten Fragebogens nach ihren Wertehaltungen befragt worden. Deren Aussagen sind zudem

nicht nur einem Vergleich innerhalb der Untersuchungsgebiete, sondern auch einem Vergleich mit den Daten des «European Social Survey» und des «World Values Survey» unterzogen worden.

Allen Engagierten gemein ist, trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Herkunftsländer, eine hohe Wertschätzung der Familie.

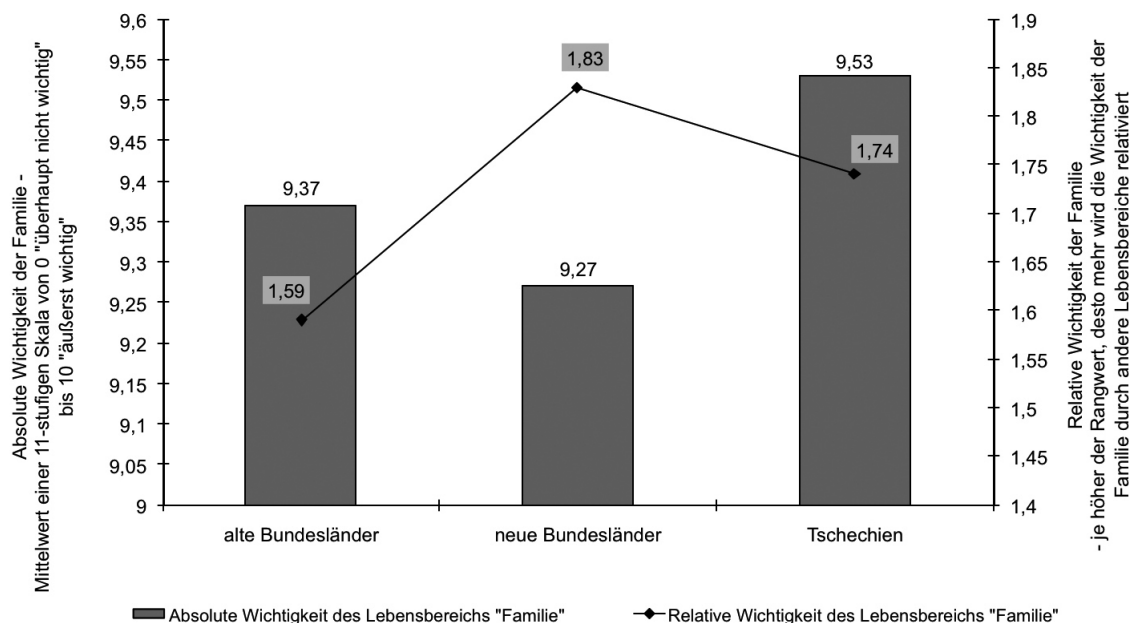


Abbildung 1: Wichtigkeit des Lebensbereichs «Familie» in den Untersuchungsgebieten/ Quelle: Eigene Darstellung

Erst auf den zweiten Blick werden Differenzen erkennbar; in den Stichproben der ehemals sozialistischen Länder wird die Familie stärker durch andere Lebensbereiche, vor allem durch den der «Arbeit», relativiert. Die Relativierung der Wertschätzung von Familie verstärkt sich noch einmal, wenn zu dieser Herkunft der Befragten die Faktoren «männliches Geschlecht» und/oder «Kinderlosigkeit» hinzukommen.

Auch in den Zielen der Kindererziehung scheiden sich die Geister; vor allem bei der Erziehung zum christlichen Glauben spielt die Herkunft eine wichtige Rolle. Sie ist für Freiwillige aus den alten Bundesländern wesentlich wichtiger. Eine große Annäherung beider deutscher Gebiete ist dagegen bei der Erziehung zu Toleranz und Verantwortung zu beobachten, welcher westdeutsche wie auch ostdeutsche Befragte mittlerweile eine ähnlich große Bedeutung zuschreiben. Den tschechischen Engagierten ist diese Dimension der Erziehung weniger wichtig; sie befürworten vielmehr die Erziehung zur Arbeit. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie die Familienwerte der Engagierten mit der ihnen eigenen Religiosität zusammenhängen. Auch auf

diese Frage will die Untersuchung eine Antwort geben. Es stellte sich heraus, dass sich der Zusammenhang zwischen Religiosität und Familienwerten sehr heterogen gestaltet. In den eher atheistisch dominierten Gebieten «neue Bundesländer» und «Tschechien» stehen familiäre Strukturen in einem engen Zusammenhang zu der Religiosität der Befragten. Die persönliche Religiosität der Engagierten verstärkt sich mit dem Elterndasein gegenüber der Kinderlosigkeit sogar signifikant. So scheint die Elternschaft in diesen Gebieten einen positiven Einfluss auf die persönliche Dimension der Religiosität zu haben.

Wie viel Bedeutung der Familie im Leben zugeschrieben wird, scheint bei den Engagierten aus dem Westen wie dem Osten Deutschlands maßgeblich davon beeinflusst zu sein, ob sie in ihrem Elternhaus eine religiöse Erziehung erfahren haben. Ein Fehlen der Überlieferung des Gottesglaubens und der christlichen Werte in der Familie schwächte im Ergebnis nicht nur die empfundene Wichtigkeit der Familie, sondern trug ebenfalls stark zu ihrer Relativierung durch andere Lebensbereiche wie Arbeit, Freizeit oder Freunde bei.

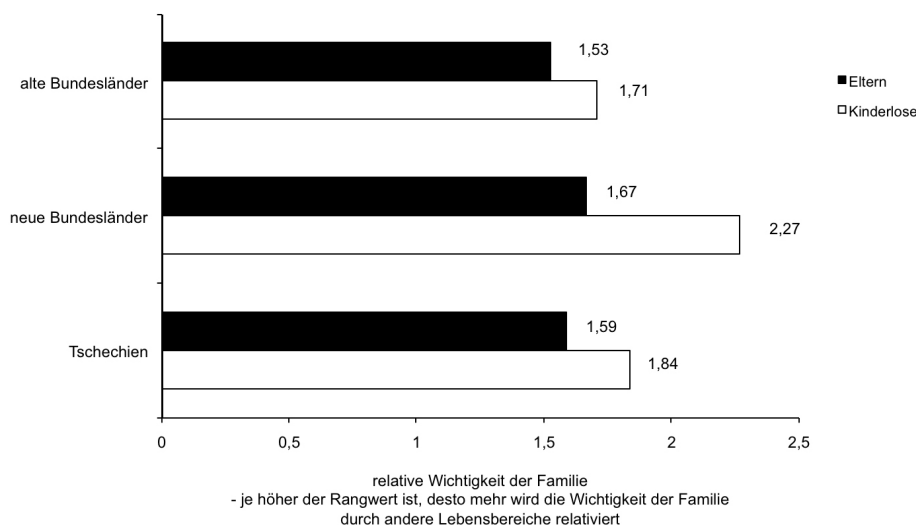


Abbildung 2: Relativierung der Wichtigkeit der Familie in Abhängigkeit von dem Bestehen einer Elternschaft/
Quelle: Eigene Darstellung

Wie in keinem anderen Untersuchungsgebiet ist in den eher konfessionslos geprägten neuen Bundesländern das Bestehen einer Kirchenzugehörigkeit ein weiterer Faktor, der die Wichtigkeit der Familie im Leben maßgeblich positiv beeinflusst. Auf die gesamte Stichprobe bezogen, zeigt sich jedoch eine überraschende Entwicklung, nämlich, dass eine «äußerst wichtige» Stellung der Religion in der eigenen Lebenswelt sogar zu einer Relativierung der «Bedeutung von Familie» beitragen kann.

Den Befunden aus den deutschen Stichproben steht das Ergebnis der tschechischen Engagierten entgegen: Hier übt die Religiosität sowie die religiöse Erziehung keinerlei Einfluss auf die Bedeutsamkeit der Familie aus.

Betrachtet man die Relation der Familienmodelle von Engagierten und ihrer Religiosität, so werden deutliche Differenzen zwischen den Untersuchungsgebieten, wie auch zwischen den Konfessionen sichtbar. So wird das traditionelle Frauen- und Mutterbild von katholischen Befragten insgesamt stärker befürwortet als von evangelischen Befragten. Bezogen auf die Frage einer möglicherweise schäd-

igenden Wirkung der Berufstätigkeit einer Mutter auf das Kindeswohl unterscheiden sich die alten Bundesländer gegenüber den beiden ehemals sozialistischen Untersuchungsgebieten durch eine große Annäherung von konfessionslosen und konfessionellen Befragten.

Gleiches gilt für die Befürwortung des Hausfrauendaseins bzw. die Frage nach der emanzipatorischen Bedeutung des Berufs für die Frau. Dies lässt auf eine vergleichsweise große Befürwortung des traditionellen Frauenbildes, sogar durch die konfessionslose Bevölkerung, in den alten Bundesländern schließen.

Entgegen allen Erwartungen steht die persönliche Religiosität sowie der Kirchengang der Engagierten nur in einem schwach positiven Zusammenhang zu dem traditionellen Familienmodell. Überraschend ist außerdem der Befund, dass die Konfessionszugehörigkeit je nach Untersuchungsgebiet weniger schwach oder gar nicht mit der Ablehnung des egalitären Familienmodells in der Frage der gleichen Eignung der Geschlechter zu der Kindererziehung einhergeht.

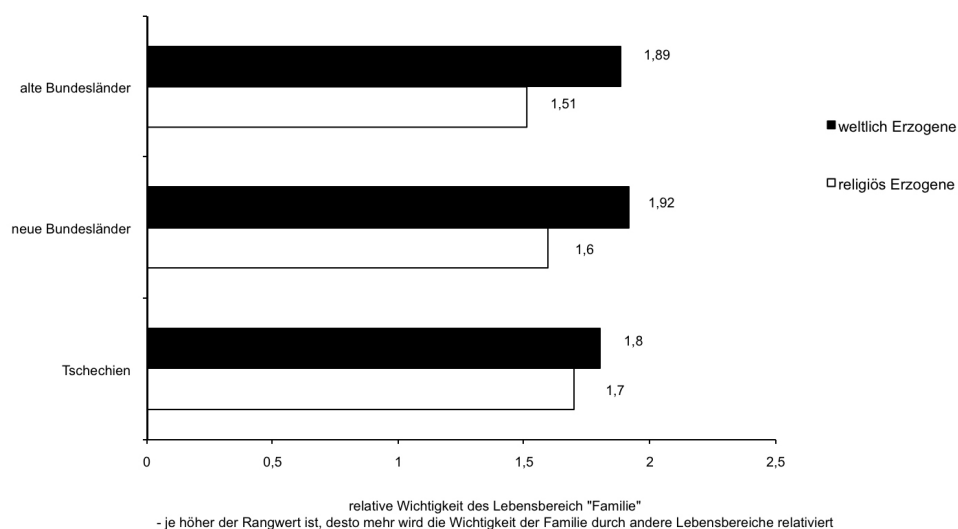


Abbildung 3: Relativierung der Wichtigkeit der Familie in Abhängigkeit von der im Elternhaus gelebten Erziehung.

Des Weiteren zeigen die Ergebnisse der Untersuchung, dass das bürgerschaftliche Engagement im sozialen Bereich als ein Milieu zu betrachten ist, in welchem über Werteorientierungen reflektiert wird, gleichzeitig aber auch ihren Erhalt fördert. Betrachtet man ferner die Werte der Engagierten im Vergleich zu der Gesamtbevölkerung, so unterscheiden sich jene Menschen, welche ihre Freizeit und Energie der Freiwilligentätigkeit im Bereich «Soziales» widmen, bedeutend von der Grundgesamtheit in ihren Werthaltungen, ihren Erziehungszielen wie auch in ihren religiösen Überzeugungen.

Gegenüber der Gesamtbevölkerung in allen Untersuchungsgebieten zeichnen sich die freiwillig Engagierten

im Einzelnen durch ein Erstarren von Werteorientierungen wie der Mildtätigkeit, des Universalismus und der Selbstbestimmung aus, das zudem noch mit einer Abschwächung der materialistischen Werte einhergeht. Die Engagierten unterscheiden sich jedoch nicht nur in ihrem Wertesystem, sondern auch in ihren Tugenden von der Gesamtpopulation; die Solidarität, die Autonomie sowie die politische und bürgerliche Partizipation erfahren bei ihnen eine außerordentliche Stärkung. Diese stärkere Ausprägung der Prosozialität und der Selbstentfaltungswerte im Wertehaushalt der Engagierten bleibt nicht ohne Einfluss auf ihre Familienkultur. Dieser spiegelt sich vor allem in den Erziehungszielen wider.

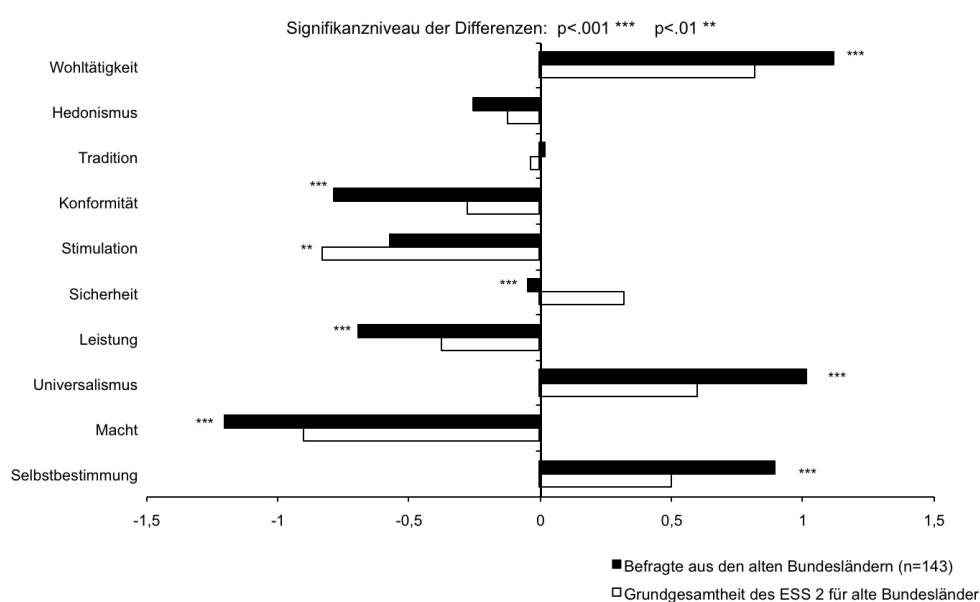


Abbildung 4: Veränderungen im Wertesystem der Engagierten gegenüber der Grundgesamtheit/
Quelle: Eigene Darstellung

Selbstbestimmung, Toleranz, Verantwortung, Phantasie und Glaube spielen in der Kindererziehung der Engagierten eine größere Rolle als bei der Grundgesamtheit der Bevölkerung. Ebenfalls konnte gemessen werden, dass die Stellung des Autoritarismus und der Fremdsteuerung in der Erziehung der Kinder dann eine Abschwächung erfährt, wenn sich die Menschen freiwillig für Benachteiligte engagieren.

Auch in ihrer Religiosität unterscheiden sich die Befragten von der Gesamtbevölkerung. Die Untersuchungsergebnisse lassen darauf schließen, dass die im sozialen Bereich freiwillig Engagierten über eine stärker ausgeprägte Religiosität verfügen, als jene Grundgesamtheit der Bevölkerung, welche den Daten der «Werte-Surveys» zugrunde liegt. Diese stärkere Ausprägung der Religiosität in ihrer persönlichen Dimension, wie auch in ihrer Kirchenbindung liegt dabei nicht nur bei denjenigen vor, welche einer Konfession zugehörig sind. Auffallend ist der Befund, dass sich gerade bei den Konfessionslosen in den atheistisch dominierten Untersuchungsgebieten «Neue Bundesländer» und «Tschechien» im Zusammenhang mit dem sozialen Engagement eine Verstärkung der Religiosität in allen ihren erfassten Ausprägungen zeigt. Ein umfangreicher und kulturübergreifender Zusammenhang zwischen der Dauer des Engagements für benachteiligte Mitmenschen und allen erfassten Ausprägungen der Religiosität konnte in dieser Arbeit erstmalig nachgewiesen werden.

Die vorliegenden Resultate lassen auf die Annahme eines kulturübergreifenden Wertemusters schließen, welches bei den freiwillig Engagierten im sozialen Bereich vorhanden zu sein scheint.

Die im sozialen Bereich gemachten Erlebnisse und Erfahrungen regen zu einer Reflexion über die bestehenden Werthaltungen an, welche eine positive Einwirkung auf

die Empfindung von Solidarität und Anteilnahme gegenüber benachteiligten Menschen hat. Für jenes Nachdenken über die eigenen bestehenden (persönlichen) Wertvorstellungen zeigt sich, dass hierbei weniger die Dauer oder der Umfang des Engagements im sozialen Bereich von Bedeutung ist. Vielmehr ist es die Empfindung der Bedeutsamkeit der Tätigkeit und der Anerkennung durch das Umfeld, welche den Ausschlag geben kann. Die Intensität des Kontakts mit den Klienten der sozialen Einrichtungen sowie das Maß an Selbstlosigkeit, welches die Tätigkeit mit sich bringt, tragen ebenfalls zur Wertereflexion bei.

Am stärksten jedoch wirkt sich die persönliche Einschätzung über den Gewinn an individuell bedeutsamen Fähigkeiten in diesem Zusammenhang aus. Das informelle Lernen im sozialen Umfeld ist stark an unmittelbare Aufgaben sowie Lebensprobleme geknüpft und erfordert Reflexionen über diese Prozesse.

Somit ist es durch die enge Bindung an die praktische Lebensbewältigung nicht nur für den Kompetenzerwerb, sondern wie die Untersuchungsergebnisse aufzeigen, gerade auch für die Identitäts- und Wertebildung von starker Nachhaltigkeit.



Michaela Nesporova schloss ihr Studium als Magistra Artium in den Fächern Sozialpädagogik, Allgemeine Pädagogik und Psychologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KUEI) mit Auszeichnung ab. Seit 2007 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Sozialpädagogik und Gesundheitspädagogik der KUEI.

Familiäre Bewältigung des kritischen Lebensereignisses «geistig behindertes Kind»

Eine vergleichende quantitative Erhebung

■ Béatrice Them

Wird ein geistig behindertes Kind geboren, so bedeutet das für die Familien einen unerwarteten, großen Einschnitt in ihr Leben. Sie müssen sich in einer tiefgreifenden Weise

neu orientieren. Denn nicht nur der Alltag, auch bisherige Lebensziele und Wertvorstellungen werden häufig auf den Kopf gestellt. Und so steht auch die eigene Religiosität und

Lebensanschauung auf dem Prüfstand. Das kritische Lebensereignis «geistig behindertes Kind» eignet sich deshalb gut, um die Rolle der Religiosität bzw. der Lebensanschauung von Familien in kritische Situationen beispielhaft zu betrachten. Es wird in dieser Studie zum einen untersucht, wie sich verschiedene Ausprägungen von Religiosität sowie verschiedene Konfessionen bzw. Lebensanschauungen auf die Bewältigung eines solchen nicht antizipierten Ereignisses auswirken. Zum anderen ist aber auch von Interesse, ob sich so ein Ereignis wiederum auf die Religiosität bzw. die Lebensanschauung der Familien auswirkt. Häufig berichten Betroffene in dieser Lebensphase von der vermehrten Beschäftigung mit den Themen Werte, Normen und Religiosität. Die Sichtung der dazu vorliegenden Literatur lässt jedoch erkennen, dass dieses für die Betroffenen höchst wichtige Thema sowohl in der klinischen Praxis, als auch in der empirischen Forschung bisher kaum wahrgenommen wird. Zur Erforschung der Rolle der Religiosität in Bezug auf die Bewältigung von kritischen Lebensereignissen finden sich insbesondere im deutschsprachigen Raum bisher kaum Studien.

In den USA dagegen hat sich in den letzten 20 Jahren eine eigene Forschungsrichtung entwickelt, die bereits anhand einer Reihe von Studien belegen kann, dass vermehrte religiöse Aktivität, zumindest in den Vereinigten Staaten, eine verbreitete Bewältigungsmethode ist, um mit kritischen Lebensereignissen umzugehen.

Wird ein behindertes Kind geboren, kann es häufiger zu einem *kritischen* Lebensereignis, im Sinne einer Krise, kommen, da zu den Erfordernissen der Anpassung an das Lebensereignis «Geburt eines Kindes» das Lebensereignis «Behinderung des Kindes» hinzukommt. In der Bewältigungsforschung sind zwei Ansätze zu finden, die sich damit beschäftigen, wie Familien mit der Behinderung des Kindes zurechtkommen. Zum einen wird die Behinderung des Kindes als Ereignis gesehen, für das keine Anpassungsreaktionen zur Verfügung stehen, was bei den Beteiligten Stress auslöst, der bewältigt werden muss. Aus diesem Ansatz entstanden zahlreiche Stressbewältigungsmodelle, die eine große Zahl von empirischen Studien nach sich

zogen, jedoch kaum den Weg in die klinische Praxis fanden. Auf der anderen Seite gibt es Modelle, die Bewältigung als einen Prozess betrachten, bei dem verschiedene Phasen durchlaufen werden. Diese Modelle entstammen hauptsächlich der klinischen Praxis und wurden selten empirisch untersucht.

Grundlage für die meisten Stressmodelle bildet das sogenannte ABCX-Modell von Hill (1958). Das Modell besteht aus der einfachen Gleichung $A \times B \times C = X$, wobei «A» für den

Stressor steht, «B» für die zur Verfügung stehenden Ressourcen und «C» für die Bewertung des Verhältnisses von «A» und «B». Je nachdem, ob die Ressourcen als ausreichend bewertet werden oder nicht, um den Stressor zu bewältigen, entsteht eine Krise (= X). Die Religiosität kann hierbei sowohl beim B- (Ressourcen) als auch beim C-Faktor (Bewertung) eine Rolle spielen. Deutungsprozesse (C-Faktor) haben dabei

eine Schlüsselfunktion im Bewältigungsprozess, wobei Religion einen möglichen Deutungsrahmen darstellt. Sie liefert Ideen und Bilder, die verwendet werden können, um Situationen zu erklären und ihnen Sinn zu geben. Kritische Lebensereignisse verursachen einen Bruch in der Lebensgeschichte und schwächen die Identität. Reorganisation und Neubewertung werden notwendig. Hier kann ein religiöses oder philosophisches symbolisches System helfen. Die Situation wird erträglich, indem sie einen Sinn bekommt.

Die meisten Phasenmodelle haben einen psychoanalytischen Ursprung und sehen die Bewältigung als einen Prozess der Trauerarbeit an. Sie wird als eine Folge von Verarbeitungsphasen gesehen, bei denen es nach dem anfänglichen Schock zum Bewusstwerden des Verlustes kommt, welcher dann von der Phase der Selbstbeschuldigung und Verleugnung gefolgt wird und schließlich zu sozialer Isolierung führt. Daraufhin kommt es zur allmählichen Akzeptanz des Verlustes mit neuer Orientierung an der Realität und zum Aufbau neuer sozialer Beziehungen. Nützlich ist insbesondere das Arbeitsmodell von Hinze (1993). Es unterscheidet im Wesentlichen drei Phasen der Verarbeitung, nämlich die Phase der Ungewissheit, die Phase der Gewissheit und die Annahmephase. Das Modell eignet sich gut als zeitliches Grobraster, um qualitativ verschiedene Verarbei-



Es gibt zwei Ansätze in der Bewältigungsforschung, die sich damit beschäftigen, wie Familien mit der Behinderung eines Kindes zurechtkommen.
Quelle: istockphoto.com

tungsphasen zu unterscheiden.

In der Studie wurden 37 Väter und 42 Mütter aus 45 Familien mit ca. 9-jährigen geistig behinderten Kindern, welche über die entsprechenden Förderschulen im Großraum München und in einigen ländlichen Landkreisen südlich davon für das Projekt gewonnen werden konnten, mit Hilfe eines retrospektiven Interviews über einem Zeitraum von ca. 10 Jahren befragt. Diese Zeitspanne ergibt sich aus den Bewältigungsphasen nach Hinze (1993). Die erste Phase ist das Jahr vor der Geburt des behinderten Kindes, in der die Familie noch nichts über die Behinderung des Kindes weiß. Es bildet die Baseline für die Religiosität der Familie und ihre Familienkultur sowie für zur Verfügung stehende Ressourcen. Die zweite Phase sind die ersten drei Lebensjahre des behinderten Kindes, in der die verzögerte Entwicklung des Kindes ein kritisches Lebensereignis darstellt. In den meisten Fällen ist dies die Phase der Ungewissheit. Die dritte Phase ist das 3. bis 6. Lebensjahr des behinderten Kindes. In den meisten Fällen werden hier die Eltern, in Zusammenhang mit der bevorstehenden Einschulung, mit der Diagnose «geistige Behinderung» konfrontiert. Es ist die Phase der Gewissheit.

Die vierte und letzte Phase geht vom 6. bis zum ca. 9. Lebensjahr des behinderten Kindes. Sie stellt die Annahmephase dar, in der die Familie das kritische Lebensereignis zunehmend bewältigt. Da man bei einer retrospektiven Befragung auf das autobiographische Gedächtnis der Untersuchungsteilnehmenden angewiesen ist, wurde für diese Studie eine Methode verwendet, um das autobiographische Gedächtnis zu unterstützen. Sie besteht darin, dass während des Interviews schrittweise die zu besprechenden Zeitabschnitte auf einem Zahlenstrahl mit Le-

bensdaten visualisiert werden, wobei vor den eigentlichen Interviewfragen die Erinnerung an den jeweiligen Zeitabschnitt anhand von für das autobiographische Gedächtnis zentralen Fragen rekonstruiert wird.

In dem circa einstündigen retrospektiven Interview wurden die Untersuchungsteilnehmenden jeweils zu den vier oben erläuterten Phasen (Jahr vor der Geburt, Phase der Ungewissheit, Phase der Gewissheit, Annahmephase) zu ihrer Religiosität bzw. Lebensanschauung, zur Familienkultur und zum Bewältigungsverhalten, und diesbezüglich insbesondere zu religiösen bzw. lebensanschaulichen Aspekten, befragt. Neben überwiegend quantitativen Fragen wurden den Eltern ergänzend qualitative Fragen gestellt, um die verschiedenen Aspekte der Religiosität im Verlauf des Bewältigungsprozesses ganzheitlicher zu erfassen bzw. zu explorieren. Zusätzlich zum Interview erhielten die Väter und Mütter einen Vorabfragebogen mit demographischen Daten sowie drei standardisierte Fragebögen, nämlich die PVQ IV Value Scale von Schwartz (1994) zur Erfassung von allgemeinen Werthaltungen, den SOEBEK von Krause und Petermann (1997) zur Erfassung des Bewältigungsverhaltens und den Fragebogen zur Lebenszufriedenheit (FLZ) von Fahrenberg, Myrtek, Schumacher und Brähler (2000) als Indikator für eine positive Bewältigung.

Was die Auswirkung der Religiosität zum Zeitpunkt der Untersuchung betrifft, so zeigt sich sowohl bei den Müttern wie bei den Vätern eine höhere Lebenszufriedenheit, je höher die eigene Religiosität eingeschätzt wurde. Abbildung 1 gibt die Normwerte der Gesamtskala des Fragebogens zur Lebenszufriedenheit (FLZ) zur den vier Religiositätsgruppen wieder (nicht religiös, eher nicht religiös, eher religiös, sehr religiös).

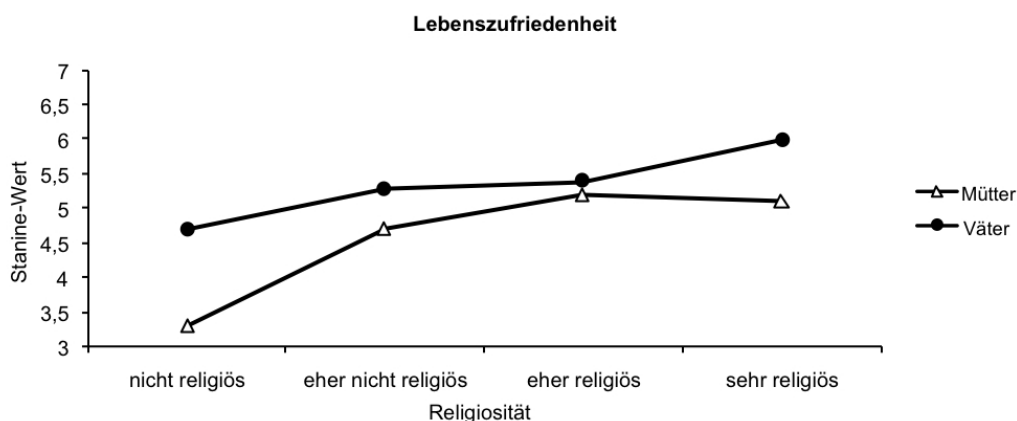


Abbildung 1: Normwerte der Gesamtskala des Fragebogens zur Lebenszufriedenheit (FLZ) zu den vier Religiositätsgruppen

Da jedoch die Untergruppen zum Teil zu klein ausgefallen sind, sind diese Differenzen statistisch nicht signifikant. Die Frage ist nun, ob dies tatsächlich ein Indiz für eine erfolgreichere Bewältigung ist und sich die Religiosität auf das Bewältigungsverhalten und die vorhandenen Ressourcen der Väter und Mütter im Bezug auf das kritische Lebensereignis »geistig behindertes Kind« auswirkt. Die Rolle der Religiosität muss deshalb im Bewältigungsprozess in ihren verschiedenen Facetten betrachtet werden, was hier in aller Ausführlichkeit nicht dargestellt werden kann. Den Glauben bzw. die Lebensanschauung als Ressource, um die Stressbelastung in der kritischen Lebensphase zu bewältigen, nutzten insgesamt 74% bis 77% der Mütter und Väter. Am wichtigsten waren dabei für die Mütter und Väter ihre Beziehung zu Gott, die Sicherheit, die die Religion ihnen bietet, die Stiftung von Lebenssinn, die positive Einflussnahme auf die Einstellung zum behinderten Kind sowie Gebet bzw. Meditation. Als negativ wur-

de teilweise die mangelnde Unterstützung durch die Glaubensgemeinschaft, insbesondere von Seelsorgern, benannt. In Einzelfällen wurde sogar von einer expliziten Ablehnung berichtet (z.B. dass das behinderte Kind nicht an der Kommunion teilnehmen durfte oder keinen katholischen Kindergarten besuchen durfte).

Wie wirkt sich nun wiederum das kritische Lebensereignis auf Religiosität und die Familienkultur aus? Hier zeigte sich beispielsweise bei einem Aspekt der Familienkultur, nämlich den Erziehungszielen, dass, während bei den Müttern kein signifikanter Unterschied von vor der Geburt des behinderten Kindes und der heutigen Sicht 10 Jahre später besteht, die Väter die Glaubenserziehung, die Erziehung zu Verantwortung und Fleiß, aber auch zu mehr Phantasie nach der kritischen Lebensphase als signifikant wichtiger bewerten. Abbildung 2 gibt die Mittelwerte dieser Erziehungsziele der Väter vor und nach der kritischen Lebensphase wieder.

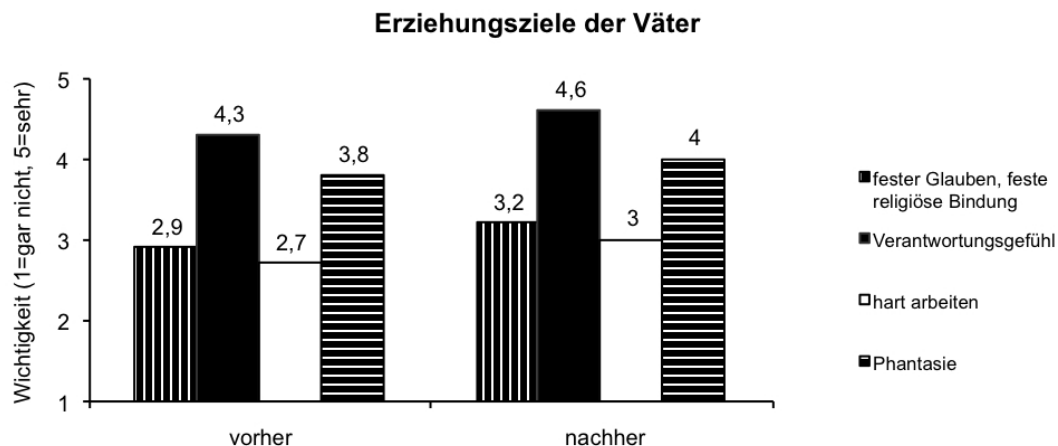


Abbildung 2: Wichtigkeit von Erziehungszielen der Väter vor und nach der kritischen Lebensphase

Eine Veränderung ihrer Religiosität durch das kritische Lebensereignis in der ersten Phase nach der Geburt des behinderten Kindes (Phase der Ungewissheit) bemerkten 41% der Mütter und 55% der Väter an sich selbst. In der Phase der Gewissheit waren es 19% der Mütter und 28% der Väter. In der Annahmephase schließlich nur noch 2% der Mütter und 22% der Väter.

Berichtet wurde hier beispielsweise, dass sich die Väter und Mütter mehr Gedanken über religiösen Themen machten, religiöse Werte nun höher bewerteten und sie sich nun mehr auf das Wesentliche im Leben konzentrierten. Wichtig war hier vor allem, den Wert des Lebens zu erkennen, toleranter und weniger leistungsorientiert zu sein.



Beatrice Them studierte Psychologie in Eichstätt und schloss ihr Studium im Jahr 2001 mit dem Diplom ab. Seit 2007 promoviert sie als Stipendiatin im Projekt »Religion und Familienkultur« am ZFG bei Prof. Dr. Hans-Ludwig Schmidt zum Thema »Familiäre Bewältigung des kritischen Lebensereignisses, geistige Behinderung und Religiosität«.

Die Familie als Bildungsgemeinschaft

Spezifische Bildungsmomente ritueller Praxisformen im Familienzusammenhang

■ Margret Xyländer

«Gebet?» fragt die Tochter ihre vorm Bett kniende Mutter, woraufhin sich die Mutter erst einmal rückversichert: «Na willst Du noch was beten?» Während das abendliche Gebet für die Tochter selbstverständlicher und von einiger Bedeutung zu sein scheint, hat diese religiöse Komponente des Abendrituals für die Mutter eher verhandelbaren Charakter. Sie besteht nicht zwangsläufig darauf, was ein liberales Verhältnis zu Religiosität, zumindest jedoch zu religiöser Alltagspraxis, impliziert. Diese These wird in der weitergehenden Interpretation dahingehend gestützt, dass im Ritual des Betens individuelle Elemente und Freiräume vorhanden sind, was sich darin ausdrückt, dass nicht ein vorgeschriebener Text und Ablauf gebetet wird, sondern dass die Familienmitglieder über ihre alltäglichen Erfahrungen berichten. Dies ist eine Form der Gemeinschaftsbildung. Der individuelle Bericht über den Tag ist etwas, was die Familie verbindet bzw. verbinden soll – dass man sich wechselseitig als Individuen präsentiert. Dadurch wird dem anderen aber auch die Möglichkeit eröffnet, dass was man getan hat, zu kontrollieren. Dieser Bericht über den Tag impliziert damit also auch einen starken Kontrolleffekt.

Diese exemplarische Betrachtung und angedeutete Interpretationsvariante der allabendlichen Ritualisierungspraxis einer Familie lenkt den Blick auf höchst unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten und Strukturelemente von Ritualen im Familienalltag. Dabei werden sowohl Familie als auch die in den Familienalltag integrierten Rituale und Ritualisierungen als Bildungsgeschehen erfasst. Diese Einbettung von Bildung in rituellen familialen Arrangements stellt bislang ein Forschungsdesiderat dar, der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen erklärt die Gestaltung der Familie als Bildungsort zum wichtigsten Forschungsdesiderat per se.

Projektgegenstand

In dem laufenden Dissertationsprojekt wird der Frage nachgegangen, wie Rituale/Ritualisierungen (als Ausschnitt) des Familienalltags bildungsrelevant und bildungswirksam werden bzw. ob sich überhaupt Bildungs-

prozesse im familialen Alltag identifizieren lassen und somit von der Familie als Bildungsgemeinschaft gesprochen werden kann. In den Blick gerät damit familiales Bildungsgeschehen, welches sich eher informell und indirekt, ungeplant und unbewusst, spontan wie permanent zeigt und ein äußerst breites Spektrum umfasst. Erkenntnistheoretisch wird die Entwicklung eines Analysemodells zur empirischen Erfassung des Bildungsgeschehens im Alltagsvollzug von Familien anvisiert. Notwendig ist dazu zunächst die Identifikation der spezifischen Elemente innerhalb der Lebensführung, die Bildungsepisoden enthalten mit dem Anspruch, diese systematisch zu bündeln. Schließlich soll ein Beitrag zur Entwicklung eines (alltagsnahen) Bildungsbegriffs entstehen, der die Multilokalität und Multidimensionalität familialer Bildungsprozesse betont.

Theoretischer Rahmen & Forschungsmethodik

Zur analytischen Erfassung konkreten Bildungsgeschehens im Alltagsvollzug von Familien wird das Konzept der alltäglichen Lebensführung nach G.G. Voß herangezogen, welches das Alltagshandeln von Individuen und die sich Tag für Tag wiederholenden Handlungsabläufe betrachtet.

Rituale/Ritualisierungen werden als Ausschnitt bzw. als in die Lebensführung eingelagert betrachtet, wodurch Rückschlüsse von der je spezifischen Ritualpraxis auf Strukturmerkmale des Familienalltags möglich sind. Der Ritualbegriff wird dabei offen definiert, wobei insbesondere die Merkmale der Regelmäßigkeit, der Wiederholung, der Interaktivität, der Veränderungsfähigkeit, der Gemeinschaftsbildung sowie der Aspekt des Heiligen betont werden. In der Promotionsarbeit erfolgt aufgrund der Vergleichbarkeit und des geeigneten Beobachtungspotentials eine Fokussierung auf das Abendritual. Einbezogen werden sowohl religiöse Rituale/Ritualisierungen (z.B. Beten, Singen, Vorlesen christlicher Literatur) wie auch scheinbar nicht-religiös erscheinende Rituale/Ritualisierungen (z.B. gemeinsames Baden, Medienkonsum, Kuscheln).

Die empirische Annäherung an familiales Bildungsgeschehen erfolgt auf zwei Wegen. Zum einen wurden insgesamt

zehn Interviews mit Familien geführt, in denen Fragen zur alltäglichen Praxis der familialen Lebensführung und zu den Einstellungen und Orientierungen der Eltern zu Erziehung und Bildung im Mittelpunkt standen. Dabei wird angenommen, dass die elterlichen Erziehungs- und Bildungseinstellungen die gemeinsame Praxis – die familiäre Lebensführung – beeinflusst und vice versa. Zum anderen wurde in den Interviews mit den Familien herausgearbeitet, welche Praktiken/Rituale im Ablauf eines Tages sie überhaupt als besondere Zeit mit dem Kind/der Familie wahrnehmen. Dabei stellten sich die Abendrituale als besonders «wertvoll» heraus, sodass mit den Familien vereinbart wurde, dieses mit einer Videokamera selbst aufzuzeichnen und eine so genannte Videografie zu erstellen. Hinsichtlich der Fallauswahl bestanden zwei Unterscheidungskriterien: die unterschiedliche Milieuzugehörigkeit (traditionelle Arbeiterfamilien, kleinbürgerlich, konservativ gehoben, Bildungselite) und die weltanschaulichen Orientierungen (christlich religiös (evangelisch/katholisch) vs. atheistisch),

wobei das Selbstverständnis der Befragten als Definitionsgrundlage herangezogen wurde. Die Analyse des Datenmaterials (Interviewtranskriptionen und Videografien) folgte weitgehend den Arbeitsschritten der dokumentarischen Methode nach Ralf Bohnsack.

Forschungsergebnisse

Die Forschungsergebnisse werden in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil bezieht sich auf die Entwicklung eines theoretischen Modells, welches als heuristisches Werkzeug zur Erfassung alltäglichen Bildungsgeschehens verstanden wird (1). Der zweite Teil der Forschungsergebnisse umfasst eine Typologie, welche sich auf die Rahmenbedingungen familialer Bildungsprozesse bezieht (2).

Auf die Entstehung des (1) heuristischen Modells kann hier nicht eingegangen werden, vielmehr soll die Relevanz dessen für die Ergebnisse der Arbeit deutlich gemacht werden. In einer aufwändigen Interpretation des Datenmaterials kristallisierten sich sechs Dimensionen heraus,

die als diejenigen Elemente eines familialen Alltags herausgestellt werden, die als besonders bildungsrelevant gelten können: Die Dimension der körperlich-sprachlichen Praktiken, welche v.a. die Versorgungshandlungen der Eltern (physisch wie psychisch) und das Beziehungstiftende beschreibt, den Grad der Ausdifferenzierung, der sich auf das gemeinsame Tätigkeits-, Zeit- und Raumspektrum in der familialen Lebensführung bezieht, die Dimension der Emotionalität, welche die emotionale Qualität der Eltern-Kind-Beziehung meint, die Dimension der Sozialisation/Interaktion, welche die alltäglichen Interaktionen der Familienmitglieder in den Mittelpunkt stellt, die Dimension der expliziten Intentionalität, die sich auf direkte und

meist beabsichtigte Bildungsleistungen der Eltern bezieht und die Dimension der Wertevermittlung, in der die Übernahme und Nachahmung der familialen Werte im Zentrum steht. Mit der Erarbeitung dieser Dimensionen liegt zunächst eine systematische Bündelung derjenigen Elemente der familialen Lebensführung vor, die besonders bil-



Das abendliche Vorlesen ist ein wichtiges Ritual in vielen Familien. Quelle: istockphoto.com

dungsrelevante (auch nicht sichtbare) Momente beinhalten. Auf einer höheren Abstraktionsebene zeichnete sich ab, dass einige der entwickelten Kategorien eher die Art der gemeinsamen praktischen Tätigkeiten (wie auch Nicht-Tätigkeiten) im familialen Alltag betreffen (Körperlichkeit/Sprachlichkeit, Emotionalität und Grad der Ausdifferenzierung), während andere Kategorien eher sinngebende Dimensionen beschreiben (Sozialisation/Interaktion, explizite Intentionalität und Wertevermittlung). Mit dieser Differenzierung in Praxis und Sinn wird an den Lebensführungsansatz angeschlossen, denn auch dort dienen Praxis und Sinn als übergeordnete Dimensionen der Klassifizierung von Lebensführung. Die Praxisebene ließe sich demgemäß mit der Begrifflichkeit der Bildungspraktiken, die Sinnebene als Bildungssemantiken, bezeichnen. Bis hierin kann also festgehalten werden, dass sich familiäre Bildung auf zwei Ebenen vermittelt: Zum einen auf der Ebene der Praxis (praktisch-performativ), welches die gemeinsame Praxis einer Familie in der Lebensführung und den darin eingelassenen Ritualisierungen beschreibt – also die Handlungsebene. Die zweite Schlüsselkategorie, auf der sich fa-

miliales Bildungsgeschehen abspielt, ist die Sinnebene (interaktiv), wo die elterlichen Einstellungen, Orientierungen, Intentionen im Mittelpunkt stehen. Es betrifft damit die sinngebenden und -stiftenden Prozesse hinter den Handlungen, also die Bedeutung gemeinsamer Rituale. Im Anschluss an die Überlegungen zu den Relationen der einzelnen Dimensionen zueinander, erschien die Entwicklung einer (2) Typologie sinnvoll, die sich weniger an äußeren familienstrukturellen Merkmalen wie der Familienform oder der Geschwisteranzahl orientiert, sondern vielmehr geht es hier um die Logik- und Sinnstrukturen, die hinter den sichtbaren Strukturen alltäglichen Bildungs- und Erziehungshandelns verborgen sind. Der I. pragmatisch-komplexitätsbewältigende Typus ist durch hochgradig vielfältige und gemeinsam getragene, feste wie freie Strukturen und durch Selbstbestimmtheit im Bildungsgeschehen gekennzeichnet, was die Entwicklung von Selbstverantwortung und von Analyse- und Entscheidungsfähigkeiten unterstützt. Beim Typus strategisch-routiniert wird eine moderne Form von einer traditionellen unterschieden. Beim modernen II. Typus systematisch-prüfend sind die stärker routinehaften, aber immer noch differenzierten Alltagsstrukturen planvoll abgestimmt, jedoch durchmischen sich selbst- und fremdbestimmte Bildungsvorstellungen, wobei eine Kosten-Nutzen-Orientierung bezüglich Bildung und starke Bildungserwartungen überwiegen, aber dennoch eine ganzheitliche Auffassung von (Lebens-)Erfolg vertreten wird. Der traditioneller verankerte III. ambivalent-instrumentalisierende Typus charakterisiert sich durch ebenfalls eingespielte wie feste Alltagsstrukturen, weist jedoch eine klare Fremdbestimmtheit im Bildungs- und Erziehungskonzept auf, was mit starker Leistungsorientierung wie

Pflichterfüllung und einer Haltung des «Sich-fördernd-Kümmerns» einhergeht. Dem IV. Typus rigide-reglemtierend liegen starre und variationsresistente Alltagsroutinen bei zugleich an zweckrational orientierten und fremdbestimmten Bildungs- und Erziehungszielen zugrunde, was ein Orientierungsgrundmuster des «Über-die-Runden-Kommens» bzw. «Bloßen-Funktionierens» impliziert. Was die einzelnen Typen zudem voneinander unterscheidet, ist das religiöse Selbstverständnis: Während bei Typus I und II Religiosität und religiöse Alltagspraxis als Option in die Erziehung einfließen, perspektivisch jedoch jedem selbst überlassen wird, gilt selbiges für Typus III und IV als Selbstverständlichkeit und unhinterfragtes Lebensziel.

Die Ergebnisse der Arbeit erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sie beziehen sich auf das vorliegende empirische Material. Eine Diskussion der Analyseergebnisse hinsichtlich bereits bestehender Forschung wird das weitere Vorgehen ebenso bestimmen wie die konkretere Entfaltung eines Begriffs familialer Bildung im Alltag.



Margret Xyländer studierte Soziologie in Berlin und schloss ihr Studium 2006 mit dem Diplom ab. Seit Mai 2007 promoviert sie zum Thema «Spezifische Bildungsleistungen ritueller Praxisformen im Familienzusammenhang». Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Bildungs- und Familienforschung, Kindheitssoziologie, Transformationsprozesse/Ostdeutschland.

Kinder und Familie – um des Gemeinwohls willen?

■ Elisabeth Zschiedrich

Es gibt immer weniger Kinder in Deutschland, die Gesellschaft wird im Schnitt zunehmend älter und die Zahl der hier lebenden Menschen schrumpft. Diese demographische Situation wird seit einiger Zeit kontrovers wahrgenommen und diskutiert und ist auch Ausgangspunkt des Dissertationsprojekts. Im Laufe der Arbeit hat sich die Hypothese bestätigt, dass zwei Debatten angesichts der aktuellen Bevölkerungsentwicklung unterschieden werden

müssen, die inhaltlich über den Begriff bzw. die Idee des Gemeinwohls miteinander verknüpft sind.

Zunächst wird eine Debatte über die demographischen Fakten bzw. darüber geführt, wie diese Fakten einzuschätzen sind. Wurde die demographische Entwicklung lange Zeit nahezu ausschließlich negativ bewertet, so melden sich seit Kurzem zunehmend Wissenschaftler zu Wort, die positive Seiten der Entwicklung hervorheben wollen. Die Debatte,

welche die demographische Entwicklung aus gesellschaftlicher Perspektive beleuchtet, impliziert – das ist bei der näheren Beschäftigung mit dieser deutlich geworden – die Frage nach dem Gemeinwohl-Zusammenhang der demographischen Entwicklung, genauerhin die Frage, ob der



Bald eher die Ausnahme? Immer mehr Menschen in Deutschland entscheiden sich bewusst für die Kinderlosigkeit. Quelle: istockphoto.com

Geburtenrückgang eine Gefährdung für das Gemeinwohl darstellt.

Gehen die Meinungen über das Ausmaß und die Folgen des demographischen Wandels auseinander, so ist als eine seiner Ursachen deutlich auszumachen, dass immer mehr Menschen in Deutschland zeitlebens keine Kinder bekommen. Dieses Faktum ist Inhalt einer zweiten Debatte, welche die Bevölkerungsentwicklung aus individueller Perspektive betrachtet und die Frage diskutiert, ob es sich bei der Entscheidung des Einzelnen für oder gegen Kinder um eine reine «Privatsache» handelt oder ob bei dieser Entscheidung auch gesellschaftliche Aspekte mitbedacht werden sollten. Hier streiten vor allem Menschen, die bewusst auf Nachwuchs verzichten und dezidiert ihr «Recht auf Kinderlosigkeit» verteidigen, mit Demographen und Familienforschern, welche der Ansicht sind, die Entscheidung für oder gegen Kinder sei im Zusammenhang mit dem Gemeinwohl zu betrachten. Noch direkter als in der ersten Debatte wird in letzterer also der Bezug zur Idee des Gemeinwohls deutlich.

Neben der demographischen Situation als empirischem Ausgangspunkt bilden die in den verschiedenen Debatten angesichts der Faktenlage vertretenen Positionen den normativen Ausgangspunkt des Dissertationsprojekts.

Ziel der Arbeit ist es, unter Berücksichtigung der Faktenlage eine eigene Antwort auf die in den beiden Debatten gestellten Fragen zu formulieren. Dazu wird zunächst geklärt, was unter dem Begriff des «Gemeinwohls» heute verstanden werden kann. Dies geschieht – denn nur dies hat sich mit Fortgang der Untersuchung als sinnvoll erwiesen – allerdings immer mit Blick auf die Fragestellung der Arbeit.

In der katholischen Soziallehre gilt der Begriff des Gemeinwohls eigentlich seit jeher als zentral, in der jüngeren Vergangenheit hat er jedoch an Bedeutung verloren. Im außertheologischen, politik- und sozialwissenschaftlichen Kontext erlebt er, wie zu Beginn des Dissertationsprojekts bereits vermutet, jedoch eine Renaissance. Allerdings bleibt auch hier meist unklar, was mit diesem Begriff genau gemeint ist. Die Arbeit setzt Gemeinwohl und demographische Entwicklung zueinander in Beziehung, sie untersucht also die Entscheidung für oder gegen Kinder und die aus dieser Entscheidung folgenden Konsequenzen auf ihre Gemeinwohlrelevanz hin. Dabei gilt es immer auch zu fragen, ob der Gemeinwohl-Begriff überhaupt eine sinnvolle Kategorie darstellt, mit der im Kontext demographischer Fragen gearbeitet werden kann. Diese Frage kann dem jetzigen Forschungsstand entsprechend positiv beantwortet werden.

Zur Ergebnisfindung ist, so hat sich im Laufe der Arbeit gezeigt, neben der Beschäftigung mit dem Gemeinwohl-Begriff auch eine nähere Betrachtung der Phänomene «Elternschaft» und «Kinderlosigkeit» in ihrer Bedeutung für die Einzelnen und für die Gesellschaft unverzichtbar. Zum Abschluss formuliert die Arbeit «Leitplanken» zu der Frage, wie mit den erarbeiteten Ergebnissen aus christlich-sozialethischer Perspektive praktisch umgegangen werden sollte.



Elisabeth Zschiedrich studierte Theologie und Romanistik in Freiburg i. Br. und Angers/Frankreich. Sie schloss ihr Studium im November 2006 mit dem Staatsexamen ab. Bis 2009 war sie wissenschaftliche Hilfskraft am Arbeitsbereich für Christliche Gesellschaftslehre in Freiburg, seit Anfang 2010 ist sie Referendarin am Kolleg St. Blasien.

Kooperation mit dem KMBA

Projektleiter: Dr. Peter Wendl

Existenzielle Ängste von Soldaten und deren Angehörigen im Kontext von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Projekt «Mobilität – Partnerschaft – Familie»

■ Peter Wendl

Mit dem Ende des Kalten Krieges und spätestens mit Beteiligung der deutschen Bundeswehr an humanitären UNO-Einsätzen ab 1992 in Somalia sowie an den aktuellen Folgeinsätzen z.B. im Kosovo, am Horn von Afrika oder in Afghanistan, hat sich das Profil der Bundeswehr und mit ihr das der Militärseelsorge stark verändert. Durch die daraus notwendig gewordenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Beschlüsse des Deutschen Bundestages und den Veränderungen in den Aufgabengebieten ist nicht nur für die Bundeswehr als Ganzes, sondern besonders auch für die Soldatinnen und Soldaten eine neue Situation entstanden. Die Bundeswehr stand und steht seit Jahren noch immer inmitten der Aufgabe – im Rahmen der «Transformation» – sich weiterhin von einer reinen «Verteidigungsarmee» in eine «Einsatzarmee» zu entwickeln. Auch wenn viele Schritte dafür bereits vollzogen sind: Die daraus resultierenden Logistik- und Mobilitätsanforderungen wie z.B. zunehmende Auslandseinsätze an weit entfernten Standorten und unter zunehmend gefährlichen Lebensbedingungen («Robuste Einsätze»), aber auch der Kontext einer geforderten Multimobilität (z.B. häufige Versetzungen und Wochenendbeziehungen) stellen eine große Belastung sowohl für die Betroffenen als auch für deren soziales Umfeld dar.

Diese Entwicklungen des Soldatenberufes stellen auch für die Katholische Militärseelsorge für die Bundeswehr in Deutschland – und in ihr vor allem für die Militärseelsorgerinnen und -seelsorger – eine große Herausforderung dar. So benennt das Katholische Militärbischofsamt zwei zentrale Säulen, auf die es den Fokus der pastoralen Tätigkeiten konzentriert: einerseits die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten in die Einsatzorte im Ausland und andererseits die «allgemeine» Familienseelsorge für Paare und Familien. Die bundeswehrspezifischen Belastungen, Entbehrungen und Störungen im familiären Bereich der Soldatinnen und Soldaten sowie die langen Abwesenheitszeiten sind daher wesentliche Konzentrationsbe-

reiche für präventive Initiativen des Katholischen Militärbischofsamtes. Dadurch haben sich für die Militärseelsorge zwei Herausforderungen ergeben: Es sind, fortlaufend und angepasst an die sich dynamisch verändernden Bedingungen der Einsätze, seelsorgerliche Initiativen für die Begleitung der Soldaten, ihrer Partner und Familien zu konzipieren. Gleichzeitig sind die Militärseelsorger selbst existenziell herausgefordert, da sie die Einsatzkontingente im Ausland für meist vier Monate vor Ort begleiten und dabei entsprechend belastet werden.

Darin liegt der Ursprung der intensiven Zusammenarbeit des Katholischen Militärbischofsamtes für Deutschland (KMBA) und des Zentralinstituts für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG) der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Aus dieser Kooperation ergab sich seit 2002 eine Vielzahl von Publikationen des ZFG sowie zahlreiche, praktische Initiativen. So konnten bislang mehr als 180 mehrtägige Intensivveranstaltungen, meist sogenannte Familienwochenenden, im Rahmen der Militärseelsorge für weit mehr als 500 Paare bzw. Familien konzipiert, durchgeführt und ausgewertet werden.

Gut begründete und effektive Hilfestellungen für Paare, Familien und seelsorgerliche Begleiter zu entwickeln und anzubieten, ist eine wesentliche Zielsetzung der Initiativen. Die Wahrnehmung dieser unterstützenden Aufgabe ist geprägt von der Motivation des Instituts, Wissenschaft und Praxis unmittelbar zu verbinden und somit Erkenntnisse aus der Forschung direkt für die Initiativen der praktischen Arbeit der Militärseelsorge anwendbar zu machen sowie umgekehrt erworbene Erkenntnisse aus den praktischen Aktivitäten mit Betroffenen wissenschaftlich auszuwerten und zu optimieren.

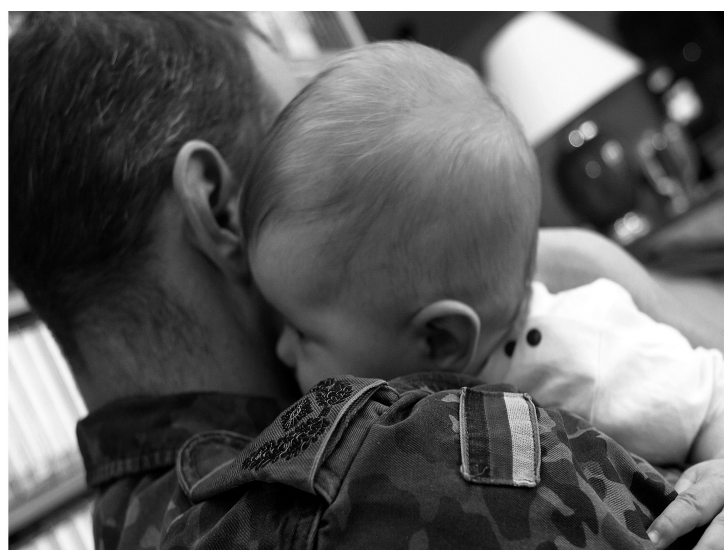
Existenzielle Ängste im Kontext von Auslandseinsätzen

Eine herausragend aktuelle Fragestellung für die Katho-

lische Militärseelsorge ist: Wie können die betroffenen Soldaten und Soldatinnen, ihre Partnerinnen und Partner, aber auch weitere Angehörige seelsorgerlich unterstützt werden, um speziell mit existenziellen Ängsten angesichts zunehmender körperlicher, psychischer und sozialer Gefährdung besser umgehen zu können, die diese Auslandseinsätze mit sich bringen? Dazu galt es sich vorab der Frage zu stellen: Wie wirken sich diese existenziellen Ängste auf die Beziehungs- und Familienqualität – und damit auf das gemeinsame Leben vor und nach den Einsätzen aus? Zu nennen sind hier z.B. die Angst vor Verwundung, Tod oder Traumatisierung – aber auch Fragen nach Ängsten vor Burnout oder nach Auswirkungen von aktivem Waffengebrauch und vor allem auch Ängste in Bezug auf die Partnerschaft sowie die Familie. Diese Ängste werden nicht zuletzt genährt davon, dass die Bundeswehr selbst zukünftig mit immer mehr traumatisierten Soldaten rechnet sowie von bisher über 30 toten und einer Vielzahl verletzter Soldaten allein nach dem Afghanistan-Einsatz.

Wie also können die betroffenen Soldaten und Soldatinnen sowie ihre Angehörigen aus militärpastoraler Perspektive unterstützt werden, um mit den existenziellen Ängsten angesichts ansteigender Gefährdung besser umgehen zu können – und wo sind dafür die Grenzen der Seelsorge? Dazu gilt es sich vorab der Frage zu stellen: Wie gehen die Betroffenen mit den Belastungen um («Copingstrategien») und wie wirken sich die existenziellen Ängste auf die Beziehungs- und Familienqualität – und damit auf das gemeinsame Leben vor und nach den Einsätzen aus? Vertiefend werden in einem weiteren Schritt ab 2010 die Auswirkungen der Ängste auf betroffene Kinder von Soldaten sowie auf Erziehungsfragen aus der Eltern-Kind-Perspektive weiter zu erforschen sein.

Von den genannten Aspekten abgeleitet gilt es pastoralpsychologische Praxisinitiativen zu konzipieren, die den Betroffenen subsidiäre Hilfestellung bieten, um eine bessere Bewältigung der Herausforderungen sowie eine fundierte Begleitung der Paare im Kontext der Militärseelsorge zu ermöglichen. Wichtig ist zu betonen, dass in dieser



Auslandseinsätze sind eine große Herausforderung für Soldaten und ihre Familien.

Quelle: www.bundeswehr.de

laufenden Initiative nicht der konkrete Krisen-Ernstfall (z.B. therapeutische Begleitung nach tatsächlichen Unfällen mit Verwundung, Tod oder Traumatisierung) im Mittelpunkt steht, sondern Ängste vor diesen Gefahren und deren Auswirkungen – im artikulierten oder tabuisierten Fall.

Schlüsselstellungen kommen aus präventiver Sicht den ressourcenorientierten Ansätzen der Salutogenese, der Psychohygiene, der Resilienz-Forschung, der Theorie der Inokulation sowie der Erforschung der Stressbewältigung zu. Eine auf diesen Grundlagen konzipierte Initiative wird ein speziell für die Militärseelsorge entwickeltes, seelsorgerliches Resilienz-Training und Orientierungen für ein «Coaching-Konzept» für die Begleitung der Paare und Familien sein.

Ein weiterer Fokus dieses Projektabschnitts richtet sich auf die Situation der Seelsorger, als gewissermaßen doppelt Betroffene, unter dem Stichwort «Psychohygiene von Militärseelsorgern» im Kontext der Auslandseinsätze.

Die zugrunde gelegten Ressourcenkonzepte erlauben die Unterstützung eines Menschen dahingehend, die Folgen belastender Lebensumstände besser zu meistern,

Bewältigungskompetenzen zu entwickeln und diese in das eigene Leben zu integrieren. Wichtig dabei: Die Kompetenzen sind nicht angeboren, sondern können bedingt erworben, sicher aber gefördert werden. Aus Sicht der Militärseelsorge gilt es nicht primär danach zu fragen, was eine Person krank macht, sie belastet. Der präventive Fokus richtet sich vielmehr darauf, wie ein Mensch «mehr gesund» und weniger krank bzw. wie die psychische Widerstandsfähigkeit durch ein zu entwickelndes «Selbstkonzept» und der Planung der Rahmenbedingungen der Familien angesichts absehbarer Belastungen schon im Vorfeld gestärkt werden kann.

Auf individueller Ebene bedeutet Resilienz die Problemlösefertigkeiten der Personen zu stärken, persönliche Verantwortungsübernahme zu fördern, ebenso die Aktivierung von sozialer Unterstützung. Eine Grundhaltung der betroffenen Menschen, die hilft, die Welt als zusammenhängend und sinnvoll zu erleben, setzt sich auf Basis der Salutogenese z.B. aus drei Komponenten zusammen, die es in Bezug auf

die eigene Persönlichkeit sowie auf die Familienbelastungen im Kontext der Auslandseinsätze zugrunde zu legen gilt:

1. Das Gefühl von Verstehbarkeit,
2. Das Gefühl von Handhabbarkeit bzw. Bewältigbarkeit,
3. Das Gefühl von Sinnhaftigkeit bzw. Bedeutsamkeit.

Das Gefühl der Verstehbarkeit fördert eine Vorstellung dessen, was auf die einzelnen Personen, auf das Paar und die Familie positiv wie negativ zukommen kann. Die Diffusität muss dabei verringert werden (Klärung: Was belastet wie und warum?).

Das Gefühl der Handhabbarkeit und Bewältigbarkeit wird stark bestimmt durch die Unterscheidung von veränderbaren und unveränderbaren Dimensionen der bevorstehenden und absehbaren Belastung («Kann ich die Situation beeinflussen – und wenn ja, wie?»).

Zum Kontext der Sinnhaftigkeit stellt sich die Frage der Hintergründe der Einsätze sowohl aus persönlicher, aber auch aus berufsethischer sowie politischer Perspektive. Ebenso ist für diesen Aspekt, für den Soldaten als auch seine Angehörigen, die Frage z.B. nach der (politischen und persönlichen) Legitimation des speziellen Einsatzes von Bedeutung. Davon abhängig gilt es für jeden Soldaten auch die Motivation für den Einsatz und deren Auswirkungen auf das Umfeld noch vor dem Einsatz aufrichtig zu klären.

2010 werden vom ZFG, in Bezug auf die skizzierten Fragestellungen, folgende Publikationen vorgelegt:

- Theologische bzw. pastoralpsychologische Studie/Verortung

Existenzielle Ängste im Kontext von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – Möglichkeiten und Grenzen eines Ressourcen-Konzepts für die Militärseelsorge zur Begleitung von Soldaten und deren Partnern. In: Streitkräfte im Einsatz – Familien im Einsatz.

- Ein Leitfaden als Übersicht und Zusammenfassung

Ein «Leitfaden für ein militärseelsorgerliches Resilienzkonzept. Ressourcen für die Begleitung von Paaren und Familien angesichts existenzieller Ängste im Kontext von Auslandseinsätzen». In: Streitkräfte im Einsatz – Familien im Einsatz.

- Ein Ideenpool für Seminare

Ein Ideenpool für Intensivveranstaltungen. Arbeitshilfen und Kopiervorlagen für die Durchführung von Seminaren zu Ehe, Familie und Partnerschaft in der Militärseelsorge. In: Streitkräfte im Einsatz – Familien im Einsatz.

- Broschüre und Trainingsprogramm für Militärseelsorger

Psychohygiene von Militärseelsorgern. Ein «Resilienz-Routenplaner» – Spiritualität und psychische Widerstandsfähigkeit im Kontext von Auslandseinsätzen stärken.

- Ein Arbeitsbuch für Paare und Familien in der Bundeswehr

Auslandseinsatz und Wochenendbeziehung positiv gestalten. Arbeits- und Praxishandbuch für Soldatenfamilien und Paare.

- Ein Resilienz-Trainingsprogramm für Paare und Familien im Kontext von Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Ein Trainingsprogramm für den Auslandseinsatz – 99 Fragen und ein «Ein-Satz-Tagebuch» für Partnerschaft und Soldatenfamilie.



Dr. Peter Wendt ist Diplom-Theologe sowie Einzel-, Paar- und Familientherapeut. Seit 2002 ist er wissenschaftlicher Projektleiter der Kooperation mit dem Katholischen Militärbischöfamt.

Erfolgreiche Bewältigung von Mobilitätsanforderungen

Erforschung von Handlungskompetenzen für Paare, Familien und Unternehmen

■ Alexandra Ressel

Mobilitätsbereitschaft ist eine wesentliche Voraussetzung im Arbeitsumfeld vieler Unternehmen. Dazu zählen Dienstreisen im In- und Ausland mit unterschiedlicher Aufenthaltsdauer, längere Entsendungen ins Ausland als Expatriate oder auch zeitlich begrenzte Standortwechsel, die häufig zu Wochenendbeziehungen und -ehen führen. Die Verweildauer an verschiedenen Orten, getrennt von Familie und Partner/in, stellt so immer wieder eine außerordentliche Belastung für Familien und Paare dar. Die Mitarbeiter sehen sich ambivalenten Anforderungen gegenübergestellt, da sie versuchen müssen, den Aufgaben ihrer unterschiedlichen Rollen als Familienmitglied und Arbeitnehmer gerecht zu werden und ihren Einsatz für beides gegeneinander aufzuwiegen. An dieser Problematik setzt die laufende Untersuchung im Rahmen des Projekts «Mobilität und Partnerschaft» am Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft an.

Beruflich bedingte Mobilität führt gerade bei der privaten Zeitgestaltung und der Organisation sozialer Beziehungen zu vielen Problemen. Der Aufbau von Handlungskompetenzen im Spannungsfeld zwischen Berufs- und Privatleben vor dem Hintergrund von einmaliger oder auch wiederkehrender örtlicher Trennung sollte ein wesentliches Gestaltungsmerkmal innerhalb der Aufgabenspektren der «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» und einer gesunden «Work-Life-Balance» sein. Familiäre Ressourcen lassen sich stärken und aufbauen, Entlastungen in unterschiedlichen Lebensbereichen können geschaffen werden und die soziale Integration in ein Netzwerk und individuelle Kompetenzen gestärkt werden. Für die Unternehmensseite zeigt sich der Gewinn solcher Maßnahmen u. a. in Arbeitgeberattraktivität und der Leistungsmotivation der Mitarbeiter, die sich sowohl in einer intensiven Unternehmensbindung und Corporate Identity widerspiegeln und damit auch im Unternehmenserfolg.

Zum jetzigen Zeitpunkt wurde ein Fragebogen konzipiert, der sich mit relevanten Spannungslagen auseinandersetzt. So werden dabei insbesondere die Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mobilitätsanforderungen, Stressbewältigung und soziale Unterstützung thematisiert. Diese Themengebiete erscheinen zur erfolgreichen Bewältigung von Mobilitätsanforderungen als Kernelemente in der Er-



Flexibilität und Mobilität werden im Beruf heute immer vorausgesetzt.

Quelle: istockphoto.com

forschung von Handlungsfeldern. In Zuge einer Expertenbefragung sowie einem Pretest wurde das entwickelte Instrument ausgetestet.

Die Erhebungswelle wird ergänzt durch Leitfadeninterviews, die die Informationen zur Thematik noch differenzierter erfassen. In diesem Kontext konnten bereits zwei Paare und ein Mitarbeiter des Personalwesens eines großen Unternehmens im Bereich «Human Relationships» befragt werden. Eines dieser Paare wird langfristig begleitet. Mittels regelmäßiger Interviews soll sich zeigen, ob und wie die Anforderungen, Wünsche, Sorgen und Nöte im Entwicklungszyklus des mobilen Lebens Veränderungen unterliegen.

Die Hauptbefragung, unter Zuhilfenahme des quantitativen Instruments, wird zeitnah anlaufen, um aus den gewonnenen Resultaten einen profunden Best-Practise-Leitfaden zu erstellen. Die Untersuchungsergebnisse werden hier ausführlich dokumentiert und Lösungsansätze für Paare, Familien und Unternehmen aufgezeigt. Sie sollen als Anstoß für die kontinuierliche Einrichtung sinnvoller und Nutzen bringender Angebote dienen, die möglichen negativen Begleiterscheinungen der Mobilität präventiv entgegentreten können.

Eine durch unternehmerische Maßnahmen initiierte Unterstützung von Partnern und Familien weist insofern hohe Potentiale auf, da es für viele Arbeitgeber ein noch sehr junges Betätigungsfeld ist. Ferner kommt hinzu, dass fami-

liäre und soziale Prozesse, z.B. im Bereich der Auslandsentsendungen, bislang nur wenig Aufmerksamkeit erhalten haben. Gerade zum Thema «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» gibt es diverse Veröffentlichungen und Initiativen für eine familiengerechtere Arbeitszeiteinteilung, Kinderbetreuung, Elternzeiten etc. Da die Schnittstelle zwischen Arbeit und Familie groß – und der Übergang zwischen beiden Bereichen oft fließend ist, rückt dieses Thema mehr und mehr in den öffentlichen Fokus. Die gemeinsam verbrachte Zeit mit dem Partner/der Partnerin und der Familie gilt als Voraussetzung für eine qualitativ erfüllende Beziehung, die notwendig ist für eine erfolgreiche Work-Life-Balance. Das Forschungsprojekt hat somit eine hohe aktuelle wie gesellschaftliche Relevanz, die die familiären und partnerschaftlichen Probleme einer mobilen Gesellschaft analysiert und spezifische Lösungswege aufzeigt.



Alexandra Ressel hat Diplom-Pädagogik an der Universität Augsburg studiert. Seit 2008 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Als Mitarbeiterin im Projekt «Mobilität und Partnerschaft» arbeitet sie an einer Vertiefung der parallel fortbestehenden Forschungsprojekte zu Fernbeziehungen von Soldaten. Dabei untersucht sie spezifische Mobilitätsbelastungen für Arbeitnehmer und deren Partner und Familien in der freien Wirtschaft.

Familiengerechte Hochschule

Verantwortlich: Dipl.-Päd. Alexandra Ressel/ Dipl.- Journ. Annika Hausner

Das Audit «Familiengerechte Hochschule»

■ Alexandra Ressel

Seit April 2008 ist die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt die erste bayerische Universität, die erfolgreich den Reauditierungsprozess «Familiengerechte Hochschule» der gemeinnützigen Hertie-Stiftung durchlaufen hat.



Dies bedeutet, dass die Universität dahingehend evaluiert wurde, wie familienfreundlich sie ist bzw. welche Ziele sie sich in diesem Kontext in den nächsten Jahren setzt. Dabei sollen die Bedingungen für studierende Eltern an der Universität als Studienort kontinuierlich verbessert werden und zugleich eine familienbewusste Personalpolitik für das wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Personal praktiziert werden. Das Audit bietet die Möglichkeit, die familienfördernden Angebote zu überprüfen, und gibt zugleich Impulse für Maßnahmen und Strategien in den folgenden Handlungsfeldern: Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Informations- und Kommunikationspolitik, Führungskompetenz, Personalpolitik, Entgeltbestandteile und geldwerte Leistungen, Service für Familie und Studium und weitere wissenschaftliche Qualifizierung.

Dieses Qualitätsmanagementverfahren wird im Dreijahresturnus regelmäßig wiederholt, um den Entwicklungsprozess zu evaluieren und eine kontinuierliche Weiterentwicklung zu gewährleisten. So befindet sich auch die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt im Jahr 2011 erneut in diesem Reauditierungsprozess. Er wird von einem Auditor der gemeinnützigen Hertie-Stiftung sowie der Projektgruppe an der Katholischen Universität

Eichstätt-Ingolstadt begleitet. Die Projektgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlichster Bereiche der Hochschule zusammen. Hierzu gehören Mitglieder der Hochschulleitung, Professorinnen und Professoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem akademischen Mittelbau, Vertreter des Rechenzentrums, der Bibliothek und der Hochschulgemeinde, sowie Mitglieder des Personalrates, die Gleichstellungsbeauftragte und Studierende der Universität.

Zu den bislang in Angriff genommenen Maßnahmen gehört die Regelung, dass möglichst alle Pflichtlehrveranstaltungen in der Zeit zwischen acht und sechzehn Uhr stattfinden sollen. Aktuell beschäftigen wir uns mit dem Konzept zur Förderung wissenschaftlichen Nachwuchses, dass es im Hinblick auf familiäre Belange kontinuierlich weiterzuentwickeln und auszubauen gilt. Als «Best-practise» Beispiel sei exemplarisch an dieser Stelle auf das Graduiertenkolleg «Religion und Familienkultur» des ZFG verwiesen. Hier haben die Stipendiaten die Möglichkeit, im Falle einer Elternschaft die Förderdauer um die Elternzeit zu verlängern. Ziel dieser Regelung ist es, den Mindestelterngeldbetrag auf die Höhe der Stipendiengelder aufzufüllen. Weiterhin werden wir uns für erweiterte Öffnungszeiten des Uni-Kinderhauses ein. So wurden diese für das Sommersemester 2010 weiter angepasst und von montags bis donnerstags bis 18 Uhr ein Spätdienst eingerichtet. Diese und die vielen weiteren Maßnahmen sollen ausgebaut werden, um die Situation für Familien an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt kontinuierlich zu verbessern.



Alexandra Ressel hat Diplom-Pädagogik an der Universität Augsburg studiert. Seit 2008 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Als Mitarbeiterin im Projekt «Mobilität und Partnerschaft» arbeitet sie an einer Vertiefung der parallel fortbestehenden Forschungsprojekte zu Fernbeziehungen von Soldaten. Dabei untersucht sie spezifische Mobilitätsbelastungen für Arbeitnehmer und deren Partner und Familien in der freien Wirtschaft.

Familienforschung an der KU

Die Rubrik «Familienforschung an der KU» beinhaltet Texte rund um Forschungsprojekte an der Universität Eichstätt zu den Themen Ehe, Familie und Partnerschaft. Neben den Mitgliedern des ZFG kommen hier auch externe Autoren zu Wort.

Inhalt

Karrieren und Barrieren auf dem Weg an die Spitze	44
Mission Impossible?!	46
Kinderwunsch, Elternschaft, Elternzeit und Elterngeld	51

Karrieren und Barrieren auf dem Weg an die Spitze

Fachtagung «Wissenschaft und Geschlecht» an der Universität Hamburg

■ Alexandra Ressel

Unter dem Titel «Globalisierung von Karrierewegen in der Wissenschaft», wurde die Tagung «Wissenschaft und Geschlecht – Karrieren und Barrieren auf dem Weg an die Spitze» in Hamburg von Frau Prof. Zippel von der Northeastern University in Boston eröffnet. Die zentrale Fragestellung war, welche Bedeutung die Globalisierung der Wissenschaft für die Karrierewege von Wissenschaftlerinnen hat. Als zentrale These stellte sie in den Raum, dass Maßnahmen und Entwicklungen zur Internationalisierung von Universitäten aus einer Geschlechterperspektive heraus betrachtet werden müssen, da sie möglicherweise «gegen» sind und möglicherweise eher zu einem Ausschluss als zur Integration von Frauen in der Wissenschaft führten. Erste Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass sich gerade für Frauen negative Auswirkungen ergeben, wenn internationale Erfahrungen als Karrierekriterium angese-

hen werden und legen nahe, dass Maßnahmen getroffen werden müssen, die internationale Forschungsaufenthalte speziell mit Blick auf frauen- und familienspezifische Besonderheiten gestaltet werden müssen.

In dem darauf folgenden Vortrag mit dem Titel «Gemeinsam Karriere machen – Realisierungsbedingungen von Doppelkarrieren in Akademikerpartnerschaften» wurde das Ziel verfolgt, inner- und außerpartnerschaftliche Bedingungen herauszuarbeiten, unter denen Wissenschaftskarriere gelingt. Zentrale Fragestellungen waren hier u. a., welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Realisierung beruflicher Karrieren von Frauen in Akademikerpartnerschaften förderlich oder hinderlich sind. Des Weiteren behandelte der Vortrag den Einfluss innerpartnerschaftlicher Verflechtungsarrangements. Als vorläufige Schlussfolgerung lässt sich hier eine dynamische Bezie-

hung innerhalb des Lebensverlaufs nennen, d. h. die Wechselwirkungen zwischen der individuellen beruflichen Entwicklung der einzelnen Partner, den externen Faktoren beruflicher Entwicklung mit ihrem Einfluss auf das Paar (Stichwort «Berufsmobilität») und den Aushandlungs- und Koordinationsprozessen innerhalb der Partnerschaft («Welche Karriere führt?»).

Der nächste Programmpunkt titelte «Räumliche Mobilität und Berufsverläufe», erarbeitet von der TU Dortmund. Ausgangspunkt der Untersuchungen hier sind die gestiegenen beruflichen Mobilitätsanforderungen, die nicht mehr nur den Berufseinstieg betreffen, sondern immer mehr auch den gesamten Berufsverlauf beeinflussen. Die zentralen Fragestellungen zielten u. a. auf die Wechselbeziehungen von beruflicher und räumlicher Mobilität ab, als auch auf die Bedeutung von räumlicher Mobilität für Berufsverläufe von Frauen und Männern. Die Ergebnisse für diese Untersuchung basieren auf einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, in der mitunter das Wanderungsverhalten im Kontext der Erwerbsbiographie erhoben wurde. Ein Teilprojekt dieser Untersuchung befasste sich ausschließlich mit den Berufsverläufen und der Berufsmobilität von promovierten und habilitierten Wissenschaftler/Innen aus den Bereichen Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Ebenso an der TU Dortmund wurde und wird zum Thema «Risiken und unbedachte Nebenfolgen: Wissenschaftskarrieren und Kinderlosigkeit» geforscht. Ausgangslage sind Universitäten und Fachhochschulen als Arbeitsfeld von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, wobei die Frage gestellt wurde, wie sich die allgemeinen Beschäftigungs- und Lebensentwicklungen langfristig darstellen und entwickeln. Die Untersuchung basiert auf den Personal- und Beschäftigungsdaten des gesamten wissenschaftlichen Personals an allen Universitäten und Fachhochschulen in Deutschland. Variablen wie Alter, Geschlecht, Stellenart, Statusgruppe, sowie Beschäftigungsart und -umfang werden mit Daten über Kinder von Wissenschaftler/Innen korreliert und in Verbindung gesetzt, um die Tragweite der Kinderlosigkeit mit dem Bezug auf die Beschäftigungssituation zu erläutern.

Unter dem Titel «Wissenschaft und Elternschaft – schwierige Balance für Frauen und Männer» wurden erste Ergebnisse des Projekts «Balancierung von Wissenschaft und Elternschaft – BAWIE» vorgestellt. Zielsetzung des Projekts ist es, förderliche und hemmende Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Tätigkeit und Familie zu erfassen. Zur allgemeinen Lebens- und Arbeitssituation wurde erläutert, dass knapp 80% der Befragten in einer Partnerschaft leben. Zu dem Aspekt des Kinderwunsches wurden unter anderem zwei Gründe an-

geführt, die im wissenschaftlichen Bereich eine große Barriere diesbezüglich darstellen. So führen eine geringe Planungssicherheit und zu geringe finanzielle Sicherheit das Feld an. In puncto Wissenschaftler/Innen ohne Kind werden verschiedene Profilgruppen definiert wie beispielsweise die «zufriedenen Optimisten mit Kinderwunsch» oder aber auch die «unzufriedenen, ambivalenten Kinderlosen». Für die Wissenschaftler/Innen mit Kindern kommt die Untersuchung zu Ergebnissen, die den Zeitpunkt der Elternschaft betreffen und oder auch die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Vereinbarkeit.

Zwei weitere Tagungsbeiträge befassten sich mit den Karriereverläufen innerhalb der fachärztlichen Weiterbildung und der Vereinbarkeit von ärztlichem Beruf und Familie. Im quantitativen Teilprojekt am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf wurden knapp 2000 Medizinstudierende am Ende ihres Praktischen Jahres zu ihrer angestrebten Fachrichtung, der Wunscharbeitszeit, ihren Karrierezielen etc. befragt. Ergänzend dazu wurden in einer qualitativen Erhebung Ärztepaare befragt und Gruppendiskussionen zum Thema Vereinbarkeit geführt. Die Auswertung soll Aufschluss darüber geben, wie berufliche Ziele und Wünsche im Zusammenhang mit Paarbeziehungen/Elternschaft thematisiert werden, ebenso welche Gemeinsamkeiten/Unterschiede es hinsichtlich der «Vergeschlechtlichung» und der beruflichen/privaten Lebensentwürfe gibt.

Mit der Frage «Was kommt nach der Promotion? Karriereorientierungen und -planungen des wissenschaftlichen Nachwuchses» befasst sich das Institut für Soziologie und Demographie an der Universität Rostock. Mit Fokus auf die Fächer Politikwissenschaft und Chemie wird u. a. der Frage nachgegangen, wie der Übergang von der Statuspassage Promotion in die Post-doc-Phase gestaltet sein müsste, damit NachwuchswissenschaftlerInnen ihre wissenschaftliche Karriere nach der Promotion fortführen (können).

Das Ziel der Untersuchung ist es, individuelle Karriereorientierungen als auch institutionelle und strukturelle Bedingungen zu analysieren, die entweder zum Abbruch oder zur Fortsetzung der wissenschaftlichen Laufbahn nach der Promotion führen.

Der finale Vortrag zum Thema «Frauen in der Spitzenforschung. Chancengleichheit in der Exzellenzinitiative» wurde von der Organisatorin der Tagung, Frau Prof. Dr. Anita Engels von der Universität Hamburg, gehalten. Die Untersuchung begleitet wissenschaftlich den Ausbau der Exzellenzinitiative hinsichtlich Gleichstellungskonzepten für die Spitzenforschung. Dafür wird den teilnehmenden Wissenschaftseinrichtungen eine konstruktive Unterstützung bei der Gleichstellungsförderung angeboten. Weiterführend werden diese Erfahrungen analytisch aufbereitet und für übergreifende Forschungskontexte verfügbar gemacht.

Das Forschungsprojekt ist zweigeteilt angelegt. In einem ersten Schritt wurde eine Bestandsaufnahme der Gleichstellungskonzepte durchgeführt (u.a. Gespräche mit der Leitungsebene der Exzellenzeinrichtungen). Der zweite Schritt soll nun die Zusammenarbeit mit ausgewählten Einrichtungen sein, um das Thema «Frauen in der Spitzenforschung» vertiefend zu analysieren und ihnen bei der Realisierung der Gleichstellungsziele beratend zur Seite zu stehen.



Alexandra Ressel hat Diplom-Pädagogik an der Universität Augsburg studiert. Seit 2008 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZFG. Als Mitarbeiterin im Projekt «Mobilität und Partnerschaft» arbeitet sie an einer Vertiefung der parallel fortbestehenden Forschungsprojekte zu Fernbeziehungen von Soldaten. Dabei untersucht sie spezifische Mobilitätsbelastungen für Arbeitnehmer und deren Partner und Familien in der freien Wirtschaft.

Mission Impossible?!

■ Kathrin Löther

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der schwierigsten Fragen, die im Privatleben von Journalisten auftauchen können. Bisher gab es kaum wissenschaftliche Erkenntnisse zu dieser Thematik. Eine Studie an der Universität Eichstätt-Ingolstadt hat nun erstmals konkrete Daten und Hintergründe zur Situation in Print- und Rundfunkredaktionen erforscht.

«Kinder, Küche, Teilzeitjob» – «Viele Wickelvolontäre, kaum Karrierefrauen» – «Erfolgsfaktor Familie»: Zahlreiche Titel und Überschriften wie diese zeigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Allgemeinen längst zu einem der Topthemen in Zeitungen und Magazinen, im Radio und Fernsehen geworden ist. Unklar war bislang jedoch, wie es innerhalb dieser Medienunternehmen aussieht. Das Thema einer Diplomarbeit an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt – die Vereinbarkeit von Familie und Beruf speziell im Journalismus – war daher im Grunde genommen eine sehr offene Fragestellung: Sind beide Bereiche überhaupt vereinbar? Und wenn ja, unter welchen Umständen, mit welchen Kompromissen und Einschränkungen, vielleicht aber auch Chancen für die betroffenen Journalistinnen und Journalisten?

In den 1970er Jahren fand in Deutschland erstmals eine Verknüpfung von Journalisten- und Genderforschung statt (Neverla/Kanzleiter 1984). Aus den seither entstandenen, mehrheitlich nicht repräsentativen und veralteten Analysen wird bereits deutlich, wie kompliziert der Sachverhalt tatsächlich sein dürfte: So heißt es von 67 Prozent (Schwenk 2006) beziehungsweise 80 Prozent der Journalistinnen (Schulz/Amend 1993), dass sie keinen Nachwuchs haben. Wenn dies doch der Fall sein sollte, dann sind es nur vergleichsweise wenige Kinder; Journalistinnen bekommen anscheinend deutlich weniger und seltener Kinder als andere Akademikerinnen.

«Journalismus ist ein Beziehungskiller»

Auch die aktuelle Studie zeigt: Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Journalisten anscheinend schwer zu verwirklichen. Allerdings ist das Bild, das sich durch die Online-Befragung Beschäftigter verschiedener Mediensparten ergibt, dann doch nicht derart eindeutig, wie vielleicht zu erwarten war.

Die meisten der knapp 300 befragten Journalisten sehen etwa kaum schwerwiegende Probleme darin, ihren Beruf mit einer Partnerschaft zu vereinbaren. In Einzelfällen berichten Teilnehmer aber auch von äußerst negativen Erfahrungen, was (kinderlose) Beziehungen im Journalismus angeht. So meint etwa ein Redakteur einer regionalen Tageszeitung, dass der Journalistenberuf tendenziell ein «Beziehungskiller» sei:

«Wettbewerbsdruck, Unterbesetzung, Aktualitätszwang, Nichtbeachtung familiärer Lagen bei Leitern und Selbstausbeutung führen dazu, dass Partner und Kinder vernachlässigt werden. [...] Von meiner Ehefrau verlange ich de facto, mit häufiger Einsamkeit irgendwie zurande zu kommen. Es sind Steigerungen denkbar, aber dazu muss einer schon Seemann oder Arbeiter auf einer Ölplattform sein.»

Die Einschätzung fast aller Journalisten wird zudem deutlich negativer, so es um das Thema Familie geht: Zwei Drittel von

ihnen geben an, die Vereinbarkeit sei in diesem Fall nur schwer bis sehr schwer möglich. Die Beschäftigten regionaler und lokaler Tageszeitungen sowie privater Radiosender bewerten die Möglichkeiten zur Vereinbarkeit dabei besonders pessimistisch. Tendenziell halten Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure die Vereinbarkeit für schwieriger als Rundfunkmitarbeiter. Die Frage, ob Rundfunkjourna-

listen in einem öffentlich-rechtlichen oder privaten Sender beschäftigt sind, hat hingegen kaum Auswirkungen auf die Beantwortung der Frage. Somit widersprechen die Studienergebnisse auch deutlich der verbreiteten Annahme, vorgeschriebene Gleichbehandlungsregeln und Frauenförderungsmaßnahmen verbesserten die (Einschätzung der) Vereinbarkeit nahezu automatisch.

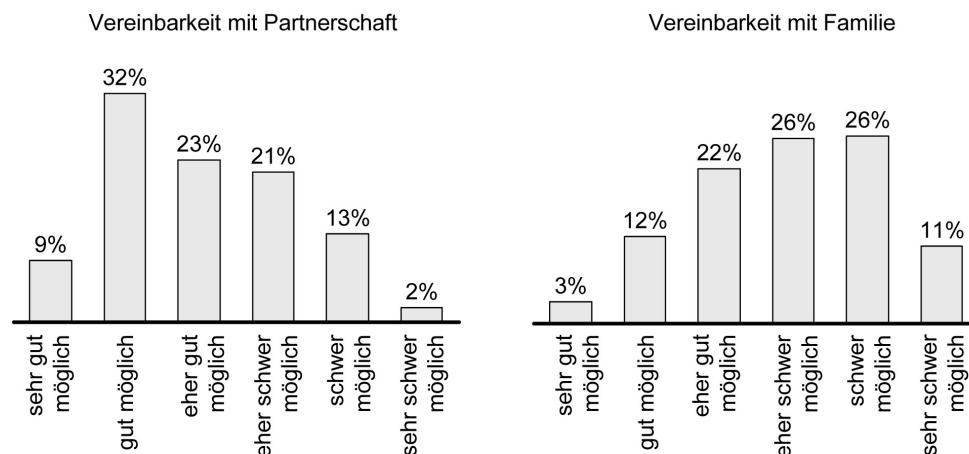


Abbildung 1: Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie/Partnerschaft und Beruf (n = 287)

Abend- und Wochenenddienste problematisch

Die größten Probleme bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf liegen laut der Studie im Bereich der Arbeitszeit: Jeweils über 80 Prozent der Befragten sind der Ansicht, sie sei zu unregelmäßig und zu schwer planbar, zudem störten besonders Abend- und Wochenenddienste ein erfüllendes, normales Familienleben. Einer der Befragten umschreibt dieses Dilemma so:

«Man muss sehr gut organisieren, um seine Familie wenigstens einmal täglich kurz zu Gesicht zu bekommen. [...] Ich trage – mal mehr, mal weniger – das ständige schlechte Gewissen mit mir herum, zu wenig für meine Kinder da zu sein.»

Zudem sei es, so 86 Prozent der Befragten, hinderlich, dass Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland nur für den normalen «9to5-Beruf» gemacht seien und damit eindeutig zu wenig flexibel für den Journalismus. Diese Problematik kann indes nicht als spezifisch für die Medienbranche angesehen werden, sondern dürfte auch allgemein Berufe mit Schichtdienst oder unregelmäßigem Alltag betreffen.

Die «demografische Katastrophe» verhindern

Warum aber ist das Thema Vereinbarkeit überhaupt so wichtig, gerade in der heutigen Zeit? Es ist offensichtlich, dass ein dringender Handlungsbedarf besteht – nicht nur im Journalismus. Der Blick in die Zukunft der Gesellschaft veranlasste den Ethnologen Claude Lévi-Strauss schon 1992 zu der Aussage, im Vergleich zur demografischen Katastrophe sei der Zusammenbruch des Kommunismus unwichtig (vgl. FAZ vom 3.1.1992). Über diese Aussage lässt sich natürlich streiten. Zwei der größten gesellschaftlichen Probleme des 21. Jahrhunderts sind die sinkenden Fertilitätsraten auf der einen sowie die wachsende Pflegebedürftigkeit auf der anderen Seite aber sicherlich (vgl. Bertelsmann Stiftung 2002). Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine Förderung von Elternschaft, ist daher wichtig für jede Volkswirtschaft, die Gesellschaft im Allgemeinen und nicht zuletzt für die Arbeitgeber selbst: Verlage und Rundfunkanstalten können mit einer Förderung der Vereinbarkeit durchaus in ihrem eigenen Sinn handeln und betriebswirtschaftliche Vorteile erlangen. Im Idealfall lassen sich Kosten, die beispielsweise durch Neubesetzung oder Wiedereingliederung nach langer Eltern-

pause entstehen würden, vermeiden oder senken – und die Motivation und Leistung der Mitarbeiter steigern (vgl. Forschungszentrum familienbewusste Personalpolitik 2008 und BMFSFJ 2009).

Familienfördernde Maßnahmen noch rar

Trotz dieser möglichen Vorteile für Unternehmen sind gerade in der Medienbranche familienfördernde Maßnahmen, die den spezifischen Anforderungen an Journalisten gerecht werden, noch rar. So gibt über die Hälfte der Journalisten in der Befragung an, grundsätzlich nicht von zuhause aus arbeiten zu können – und dies nicht einmal spontan in bestimmten Situationen. Hingegen sagen zwei Drittel, dass Teilzeitbeschäftigung in ihrem Unternehmen möglich sei. Wie der konkrete Alltag in einem solchen Fall aussieht, machen die Antworten der Journalisten deutlich, die derzeit teilzeitbeschäftigt sind: Fast alle arbeiten weniger als fünf Tage pro Woche, dann aber jeweils ganztags; Halbtagsstellen sind so gut wie nicht vorhanden. Diese beiden Voraussetzungen bezüglich des Arbeitsortes und der Arbeitszeit erschweren es Eltern deutlich, nach einer Geburt wieder im Journalismus zu arbeiten. Einen eklatanten Mangel an betriebseigenen Kindergärten, der bis vor wenigen Jahren noch zu herrschen schien, konnte die Erhebung allerdings nicht eruieren. 40 Prozent der Journalisten – und damit deutlich mehr als in früheren Befragungen – sagen, es gebe mittlerweile einen Betriebskindergarten. Dabei variieren diese Angaben stark mit der Größe des Unternehmens und der Mediensparte.

Dass sich in den vergangenen Jahren zumindest im Bewusstsein mancher Betriebe etwas geändert hat, zeigte eine der Befragung vorausgegangene Sekundäranalyse diverser Quellen. Immerhin sieben Printverlage bzw. Rundfunkunternehmen besaßen zum Zeitpunkt der Studie das bekannte «audit berufundfamilie»-Zertifikat (eigene Auswertung, vgl. berufundfamilie gGmbH).

Welche Auswirkungen eine derartige Auszeichnung oder Zertifizierung auf die tatsächliche Situation im Redaktionsalltag hat, ist eine andere Frage. In den Beschreibungen der berufundfamilie gGmbH über Medienunternehmen finden sich zum Beispiel Maßnahmen wie «Mitarbeitergespräche, in denen bei Bedarf auch Fragen der Vereinbarkeit thematisiert werden können» (z.B. Lausitzer Rundschau), Ernährungsvorträge oder Rabatte. Andere der zertifizierten Medienunternehmen, etwa der ZEIT-Verlag, vermitteln ihren Mitarbeitern aber auch Tagesmütter, bieten während der Familienphase Sabbaticals an oder sorgen für flexible Arbeitszeiten bei Pflegenotfällen. Gerade letzteres, das so genannte Eldercare, wird in Zukunft immer wichtiger. Dennoch: In der breiten Masse dürfte es anders aussehen.

Die «Initiative Tageszeitung e.V.», ein Zusammenschluss von Zeitungshäusern und Journalisten, hat 2006 stichprobenartige Recherchen in deutschen Medienhäusern durchgeführt und sich dort auf die Suche nach Projekten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gemacht (vgl. Initiative Tageszeitung 2006). Das Ergebnis war ernüchternd: Zwar gebe es teilweise Arbeitsgruppen zu der Thematik, so die befragten Redakteure und Betriebsräte, vereinzelt auch flexible Arbeitszeitmuster. Überwiegend seien die Redaktionen aber familienpolitisches Niemandsland. Der Betriebsrat eines bereits für Familienfreundlichkeit ausgezeichneten Verlags meinte dazu: «Es handelt sich um eine Zielvereinbarung – viele praktische Konsequenzen hat das bisher nicht gehabt.» Die im Unternehmen gegründete Arbeitsgruppe beschäftige sich bislang vor allem mit Nebenkriegsschauplätzen wie einem Bügelhilfe-Service und Ähnlichem. Teilweise, so einige der Befragten, seien die Verantwortlichen aber nicht nur in den Reihen der Vorgesetzten, sondern auch im Kollegenkreis zu suchen. «Wir haben als Betriebsrat einmal einen Vorstoß gemacht, aber die Redaktion hat abgeblockt – wir sollen uns da nicht einmischen, bekamen wir zu hören», so ein Mitarbeiter einer überregionalen Tageszeitung.

Mehr Heimarbeit und Teilzeit gefordert

Trotz der dargestellten Defizite waren die Antworten auf die Frage, wie familienfreundlich der eigene Arbeitgeber eingeschätzt werde, in der aktuellen Studie durchaus zweigeteilt. Die knappe Mehrheit der Befragten ist allerdings tatsächlich unzufrieden. Von den Journalisten, die in einem als familienfreundlich zertifizierten Betrieb arbeiten, sind 86 Prozent sehr zufrieden. Bleibt die Frage, was auch andere Unternehmen tun können, um ihre Familienfreundlichkeit zu erhöhen. Die Mehrzahl der Befragten wünscht sich von ihrem Arbeitgeber an erster Stelle vermehrt Möglichkeiten zur Heimarbeit, um die Vereinbarkeit für (potentielle) Eltern zu erleichtern.

Auch Teilzeitverträge und Kinderbetreuungsangebote finden sich besonders oft unter den Forderungen. Die bislang vorhandenen Angebote scheinen, obwohl im Zeitverlauf verbessert, längst nicht auszureichen.

Die Wünsche unterscheiden sich kaum darin, ob Befragte Nachwuchs haben oder kinderlos sind. Allerdings wird besonders von Eltern häufig genannt, dass es bei vielen (auch weiblichen) Vorgesetzten deutlich an Entgegenkommen und einem Grundverständnis für familiäre Erfordernisse mangle. Allerdings: Viele Befragte scheinen selbst nicht genau zu wissen, wie man einen Beruf, der sich durch Abwechslung, Flexibilität und Spannung auszeichnet (und nicht zuletzt oft auch deswegen ergriffen

wird), beständig mit Familienaufgaben vereinbaren kann. Dass die Möglichkeit zur freien Angabe («Sonstiges») selten genutzt wurde, und einzig die Forderung nach mehr

Heimarbeit eine Zustimmung von über 50 Prozent erfuhr, dürfte nochmals die Schwierigkeit der Thematik betonen.

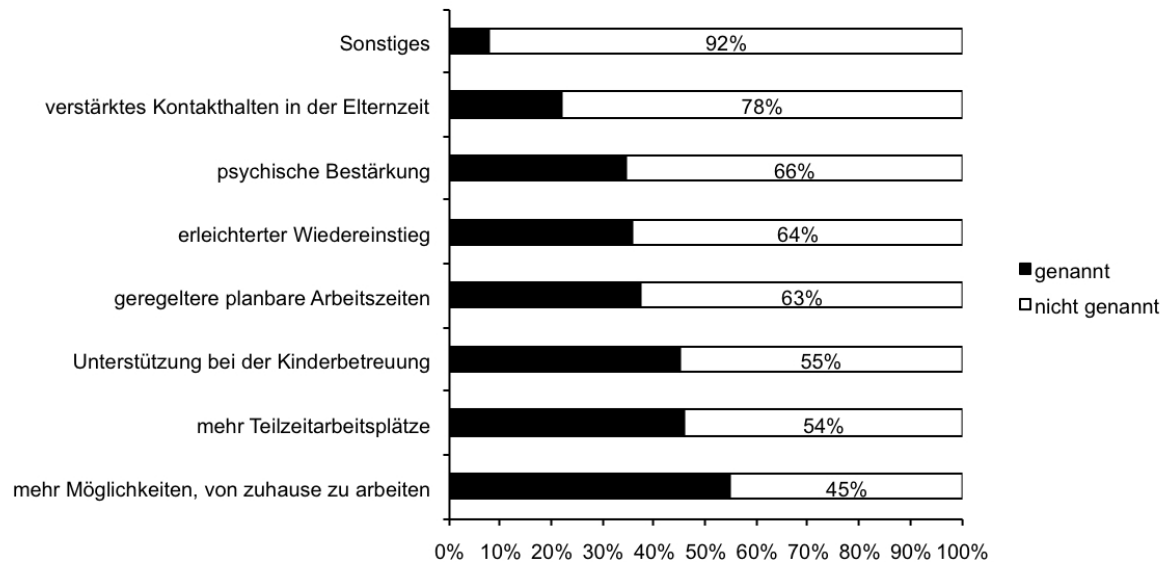


Abbildung 2: Zustimmung zum Verbesserungsbedarf im Unternehmen (n = 267)

Beruf wichtiger als Familie?

Die äußeren Bedingungen am Arbeitsplatz sind wichtig für die grundsätzliche Entscheidung für Kinder, aber natürlich längst nicht die einzigen. Einen weiteren interessanten Begründungszusammenhang zwischen journalistischem Beruf und seltener Elternschaft stellte Johanna Schwenk in ihrer Dissertation über Frauen im Journalismus auf: Die Frage heiße dort sehr viel öfter als im Allgemeinen nicht «Wie Familie und Beruf vereinbaren?», sondern vielmehr «Familie oder Beruf?». Da viele Journalisten und Journalistinnen eine vergleichsweise hohe Berufsbindung hätten, entschieden sie sich wohl häufig für die Arbeit und gegen den Nachwuchs (Schwenk 2006).

Die aktuell befragten Journalisten haben, auch verglichen mit repräsentativen Bevölkerungsdaten, tatsächlich eine sehr hohe Berufsbindung: Knapp 90 Prozent von ihnen halten den Beruf im Vergleich zu ihrem Privatleben für wichtig. Kinderlose unterscheiden sich in ihrer Bewertung allerdings nicht signifikant von der Gruppe der Eltern. Im Gegenteil: Tendenziell erachten sie ihren Beruf im Vergleich sogar als etwas weniger wichtig. Über die Gründe, die dieses Ergebnis hervorriefen, kann nur spekuliert wer-

den. Unter Umständen ist gerade für Eltern, und dabei speziell für Mütter, der Beruf ein ausgleichendes Moment zur Familienarbeit und wird daher als ebenfalls sehr wichtig bezeichnet. Dies würde auch dadurch bestätigt, dass es nur ein Viertel der Journalistinnen mit Kind als Doppelbelastung sieht, zugleich Mutter und Berufstätige zu sein. Diejenigen, die sich in ihrem Leben bereits gegen Kinder entschieden hatten, gaben allerdings zu zwei Dritteln an, der Beruf und dessen Anforderungen seien deutlich mit dafür verantwortlich gewesen.

Freiberuflichkeit und Vereinbarkeit

Bislang wurde vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen einer Festanstellung betrachtet. Einer weit verbreiteten Annahme nach ist der Journalistenberuf aber besonders wegen der Option zur zeitweiligen oder ständigen Freiberuflichkeit gut mit einer Familie zu vereinbaren. Diese Sichtweise wird in der Forschung mitunter deutlich angezweifelt. Auch die absolute Mehrheit der hier Befragten ist sich sicher: Eine, wenn auch vergleichsweise nur kurze Freiberuflichkeit beeinflusst das weitere Arbeitsleben in der Branche eher negativ.

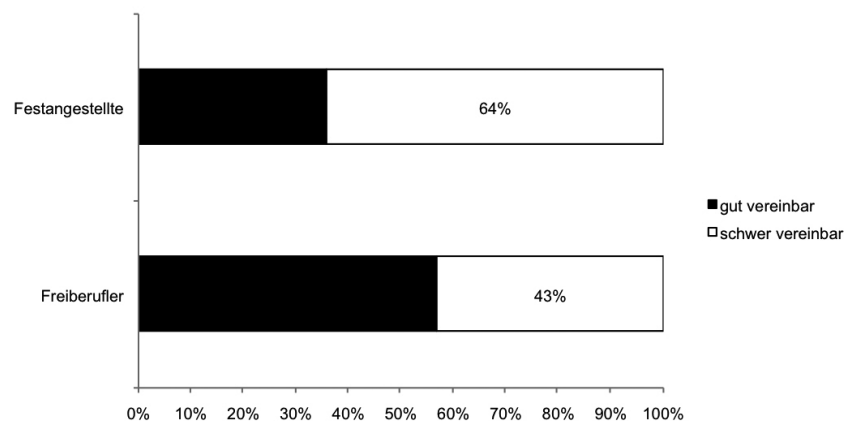


Abbildung 3: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Mit jedem zusätzlichen Monat als Freiberufler sanken die Chancen, so einige der Befragten, je wieder eine (häufig erwünschte) Festanstellung zu bekommen: «Wer raus ist, ist raus», heiße das Motto sehr oft. Es fehle generell völlig an Rücksichtnahme auf die Familiensituation der Freien, sagen manche, aus finanzieller Sicht sei das Ernähren einer Familie ohne feste Redakteursstelle ohnehin kaum möglich. Bei anderen schwingt aufgrund eigener Erfahrungen viel Enttäuschung mit, wenn sie die Schwierigkeiten einer Phase freier Mitarbeit beschreiben: «Während ich zwei Kinder bekommen habe und trotzdem voll als Freie gearbeitet habe, wurden männliche Kollegen festangestellt. Begründung: Sie müssten eine Familie ernähren – dass das für mich auch galt (mein Mann war acht Jahre komplett zu Hause), hat im Haus nicht gezählt.» Zugleich sagen aber diejenigen, die ohnehin freiberuflich arbeiten, häufiger, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Journalismus gut möglich sei.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass dies allerdings noch kaum Einfluss hat auf die Entscheidung für oder gegen Kinder. Es kann daher nur spekuliert werden, ob die Vereinbarkeit für Freiberufler tatsächlich leichter zu verwirklichen ist oder aber ob dies nur angenommen und erhofft wird, so (noch) keine Kinder geboren wurden.

Umdenken erforderlich

Die Studie hat gezeigt, dass Familienfreundlichkeit in vielen Redaktionen zwar kein Fremdwort mehr ist, größtenteils aber längst noch nicht genügend beachtet wird. Viele

Medienunternehmen sollten in ihrem eigenen Interesse die Aspekte flexibler Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung sowie Unterstützung bei der Betreuung von Angehörigen überdenken, ebenso die Haltung verantwortlicher Mitarbeiter gegenüber Familien und deren Erfordernissen. Das betrifft sowohl den Umgang mit festangestellten Journalisten als auch deren freien Kollegen.

Noch scheint bei vielen Journalisten in Deutschland die Begeisterung für ihren Beruf vorzuherrschen. So sagte eine Redakteurin im Rahmen der Befragung etwa: «Journalist sein ist kein familienfreundlicher Beruf. Dennoch: Es können nicht alle Lehrer sein. Warum sollte man deswegen Lebenspläne nicht verwirklichen?» Auf Dauer aber kann es sich die Medienbranche – wie die Volkswirtschaft im Gesamten – sicher nicht leisten, Familien qualifizierter Arbeitnehmer und deren Bedürfnisse nicht zu berücksichtigen.



Kathrin Löther hat Diplom-Journalistik, Volkswirtschaftslehre und Unternehmensethik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt studiert. Während des Studiums arbeitete sie unter anderem für die Süddeutsche Zeitung, den Bayerischen Rundfunk und den Evangelischen Pressedienst. Seit Januar 2010 volontiert sie bei der Augsburger Allgemeinen Zeitung.

Kinderwunsch, Elternschaft, Elternzeit und Elterngeld:

Erste Ergebnisse einer bundesweiten Studie

■ Susanne Vogl

Der Geburtenrückgang ist ein häufig beklagtes Phänomen in vielen Industriegesellschaften. Über Ursachen des Geburtenrückgangs und Reaktionsmöglichkeiten herrscht eine rege Diskussion. Dabei ging es allzu häufig um die Suche nach Schuldigen: Mal waren es die Vermieter, dann die Frauen, dann die Arbeitgeber oder die staatliche Familienpolitik. Dass äußere Faktoren sicherlich auch einen Einfluss haben, wird nicht bestritten, jedoch spielen auch die Einstellungen der jungen Frauen und Männer selbst eine gewichtige und häufig vernachlässigte Rolle. Daher genügt es nicht, sich bei der Suche nach den Ursachen für den Geburtenrückgang nur auf die Makroebene zu beschränken. Der Ort, an dem über die «Kinderfrage» entschieden wird, ist die Familie bzw. das Paar. Will man demnach die Ursachen des Geburtenrückgangs untersuchen, müssen Analysen sowohl den Makrorahmen als auch die Mikroebene berücksichtigen.

In einer bundesweiten Studie des Lehrstuhls für Soziologie und empirische Sozialforschung an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt wurden 2008 im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts unter der Leitung von Prof. i.K. Dr. Jens Luedtke und Dipl.-Soz. Susanne Vogl die Lebensumstände von Partnerschaften, Einstellungen und Werte zu Familie und Partnerschaft, darunter auch Kinder, Kinderbetreuung, Elterngeld und Elternzeit, sowie zu ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen von rund 1.200 Personen erhoben. Auf Grundlage einer durch Telefonnummern angereicherten Einwohnermeldeamtsstichprobe in insgesamt vier zufällig ausgewählten Bundesländern (Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen) wurden computergestützt standardisierte Telefoninterviews mit Männern und Frauen deutscher Staatsangehörigkeit im Alter von 18 bis 70 Jahren durchgeführt. Außerdem wurden von 360 Befragten ihre jeweiligen aktuellen Partner interviewt. Für die hier präsentierten Ergebnisse wurden diese jedoch nicht berücksichtigt.

Die Stichprobenziehung setzte sich aus mehreren aufeinanderfolgenden Auswahlstufen zusammen. Die erste Auswahl erfolgte auf Bundeslandebene nach Arbeitsmarktlage und politischer Tradition (Nordrhein-Westfalen als Vertreter der nördlichen Regionen, Bayern im Süden, Sachsen im Osten und Bremen als Repräsentant der Stadtstaaten). Innerhalb dieser vier Bundesländer wurde in einem weite-

ren Schritt per Zufallsverfahren zu jedem der neun Regionaltypen (sofern vorhanden), die im Familienatlas 2007 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend anhand der zwei Dimensionen Arbeitsmarkt und Demographie sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnen, Bildung und Ausbildung, Freizeit unterschieden wurden, je ein Landkreis oder eine kreisfreie Stadt gezogen. In einer dritten Stufe wurden innerhalb der ausgewählten Landkreise jeweils die größte Stadt und die kleinste Gemeinde (Bedingung: mindestens 900 Einwohner) ausgewählt. Bei kreisfreien Städten war keine weitere Differenzierung notwendig. Die endgültige Auswahl der zu befragenden Personen erfolgte schließlich in insgesamt 28 Verwaltungseinheiten in vier Bundesländern. Je Bundesland wurden insgesamt 1.800 Adressen gezogen, um anschließend diese Einheiten vergleichen zu können. Da vermutet wurde, dass die Rahmenbedingungen eines Bundeslandes einen wesentlichen Einfluss auf die zu untersuchenden Variablen haben, waren etwa gleich große Gruppengrößen zur Vermeidung von Verzerrungen bei einer vergleichenden Analyse wichtig. Jede Zielperson, deren Telefonnummer anhand elektronischer Telefonbücher ermittelt werden konnte (rund 3.400), erhielt ein Vorab-Anschreiben mit Informationen zur Studie, bevor telefonisch Kontakt aufgenommen wurde.

Zu ersten Ergebnissen: Es zeigte sich, dass die Bedeutung der Familie allgemein ungebrochen hoch ist. Gut drei Viertel der Befragten bewerteten die Familie wichtiger als Beruf oder Freizeit. Weniger als 20% sahen den Beruf wichtiger als die Familie und die Freizeit an. Auch die Rolle eines Kindes im eigenen Leben wurde sehr positiv eingeschätzt: 42% der Befragten stimmten der Aussage «Ein Kind gibt meinem Leben erst den wahren Sinn» voll zu, 38% eher. Gesellschaftlicher Druck zum «Kinder kriegen» wurde dagegen kaum verspürt. Der Aussage «Kinderlose werden in unserer Gesellschaft schief angeschaut» stimmten nur 23% der Befragten voll oder eher zu.

72% der Befragten hatten bereits Kinder. Bei der Geburt des ersten Kindes waren ein Viertel der Befragten jünger als 22 Jahre, 50% waren zwischen 23 und 30 Jahre alt und nur 10% älter als 34 Jahre. Insgesamt wünschten sich 12% der Befragten mit Kind weitere Kinder und drei Viertel der Kinderlosen äußerten einen Kinderwunsch. Kinderlose

hatten damit signifikant häufiger einen Kinderwunsch als Personen, die bereits Eltern waren. Immerhin mehr als ein Viertel der Personen mit Kinderwunsch bezeichneten ihren Kinderwunsch als sehr stark, und fast 60% als eher stark. Die Stärke des Kinderwunsches hing dabei nicht davon ab, ob bereits Kinder vorhanden waren und auch nicht vom Alter des Befragten. Überraschender Weise hatte auch weder die Tatsache, ob der Befragte in einer Beziehung lebte, noch die Dauer der Beziehung einen Einfluss auf die Stärke des Kinderwunsches. Somit scheint der Kinderwunsch relativ unabhängig vom konkreten Partner, aber auch vom eigenen Alter zu sein. Wann der Kinderwunsch realisiert werden soll, hängt jedoch «natürlich» vom Alter des Befragten ab: Je älter der bzw. die Befragten, desto unmittelbarer soll der Kinderwunsch umgesetzt werden. Die Dauer der Beziehung hatte nur vermittelt über das Alter der Person einen Einfluss auf den gewünschten Zeitpunkt der Realisierung des Kinderwunsches: Tendenziell gilt: Je älter eine Person ist, desto länger dauert die aktuelle Beziehung bereits an und desto unmittelbarer soll der Kinderwunsch realisiert werden. Lebt jemand nicht in einer Partnerschaft, wird der Kinderwunsch eher etwas nach hinten verschoben.

Als optimale Kinderzahl wurde im Durchschnitt 2,3 angegeben. Männer und Frauen unterschieden sich hierbei nicht. Weder das Alter noch die Größe der Herkunftsfamilie, also mit wie vielen Geschwistern man aufgewachsen

ist, hatte einen erkennbaren Einfluss auf die gewünschte Kinderzahl. Allerdings gab es einen signifikanten Unterschied zwischen Eltern und Kinderlosen: Eltern gaben im Durchschnitt 2,38 als optimale Kinderzahl an, Kinderlose dagegen 2,46. Die Einbindung in ein Familiennetzwerk – gemessen anhand der Häufigkeit des Kontakts zur Herkunftsfamilie – hatte dagegen einen positiven Einfluss auf das Bestehen eines Kinderwunsches.

Wird der Kinderwunsch realisiert, sind Großeltern zudem ein wichtiger Faktor für Unterstützung bei der Kinderbetreuung: Bei 80% der Eltern betreuten die Großeltern das Enkelkind. Bei immerhin 30% davon wurde oft auf die Hilfe der Großeltern zurückgegriffen und bei knapp 50% gelegentlich.

Weitere häufig genutzte Betreuungsmöglichkeiten waren der Kindergarten (genutzt von 95% der Befragten mit Kind), Freunde (31%), Schulhort (30%), Onkel und Tanten (29%), Babysitter (26%), Nachbarn (26%) und Kinderkrippen (24%). Es werden meist multiple Betreuungsmöglichkeiten genutzt. Etwa die Hälfte der Befragten stimmte der Aussage, dass eine außerfamiliäre Betreuung von Kleinkindern unter 3 Jahren deren Entwicklung fördert, voll oder eher zu. Außerfamiliäre Betreuung wird demnach – von Frauen wie Männern – mit einer gewissen Skepsis gesehen. Je älter die Befragten, desto größer war die Skepsis diesbezüglich. Hier lässt sich also ein gesellschaftlicher Wandel in den Einstellungen erkennen.

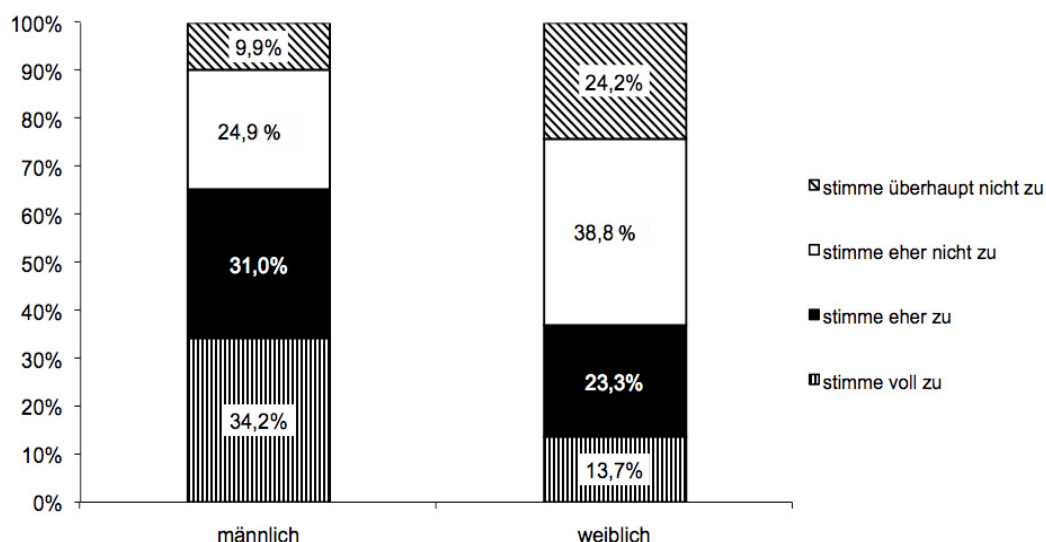


Abbildung 1: Einschätzungen zur Aussage «Die Mutter ist besser für die Kinderbetreuung eines Kleinkindes unter 3 Jahren geeignet als der Vater» (N=1.127)

Interessant ist auch, dass Eltern den positiven Einfluss außerfamiliärer Betreuung auf die Entwicklung von Kleinkindern weniger positiv einschätzen als Kinderlose. Das könnte an «ernüchternden» Erfahrungen liegen, die Eltern bei der Betreuung der eigenen Kinder gemacht haben. Weiterhin problematisch galten die Kosten für Kinderbetreuung: Als teuer schätzten 88% der Befragten die außerfamiliären Betreuungsmöglichkeiten ein, vor allem Frauen (90% im Vergleich zu 84% der Männer). Auch hier waren es eher die älteren Befragten, aber auch die Kinderlosen, die negativer gegenüber der außerfamiliären Kinderbetreuung eingestellt waren. Die Mutter hielten rund die Hälfte der Befragten für die Kinderbetreuung von Kindern unter 3 Jahren für besser geeignet als den Vater (s. Abb. 1). Sehr deutliche Unterschiede ergaben sich jedoch in der Antwortverteilung bei einer Differenzierung nach dem Geschlecht des Befragten: Während 65% der Männer die Mutter als die bessere Betreuungsperson ansahen, waren es bei den Frauen nur 37%. Dies deutet darauf hin, dass die Vorstellungen bezüglich Geschlechterrollen zwischen Frauen und Männern divergieren. Mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten können also nur teilweise Abhilfe in Bezug auf den Geburtenrückgang und die Doppelbelastung der Frau schaffen. Es kommt auch darauf an, innerhalb der Familie eine Neuaushandlung der Geschlechterrollen zu unterstützen. Mit der Einführung des Elterngeldes 2007 erhoffte sich die derzeitige Bundesregierung, die finanziellen Einbußen durch das Betreuen eines Kindes (im ersten Lebensjahr) aufzufangen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Männer stärker in die Kinderbetreuung einzubeziehen. Schließlich sollte auch die Entscheidung zur Familiengründung erleichtert und auf lange Sicht ein Beitrag zur Abschwächung des Geburtenrückgangs in Deutschland geleistet werden.

In der vorgestellten Studie wurden auch Einstellungen zu diesem neuen Gesetz erhoben: Nach Einschätzung von rund 60% der Befragten, Frauen wie Männern gleichermaßen, wirkt sich das Elterngeldgesetz positiv auf den Kinderwunsch aus. Ein Drittel sah dagegen keinerlei

Einfluss. Höhere Einkommensgruppen und Eltern bewerteten den Einfluss etwas häufiger positiv als niedrigere Einkommensgruppen. Erstere profitieren von der neuen Regelung auch am meisten, da sich das Elterngeld – bis zu einer Höchstgrenze von 1.800 Euro – prozentual nach dem Einkommen richtet. Diese Höchstgrenze erklärt auch, warum in der Einkommensgruppe mit 4.000 Euro und mehr pro Monat etwas weniger Personen das Elterngeldgesetz positiv einschätzten (64%) als in der Gruppe mit 3.500 bis unter 4.000 Euro Nettoeinkommen (73%). Die positivere Bewertung des Elterngeldgesetzes durch Personen mit Kindern kann damit erklärt werden, dass diese Gruppe einen realistischeren Einblick in finanzielle Einbußen durch ein Kind hat und dadurch zusätzliche finanzielle Anreize eher befürwortet. Ebenfalls rund 60% der befragten Frauen und Männer – Eltern wie Kinderlose – sahen einen positiven Einfluss des Elterngeldgesetzes auf die Bereitschaft von Vätern, zur Kinderbetreuung zu Hause zu bleiben. Tendenziell war auch hier häufiger eine positive Bewertung in den höheren Einkommensgruppen zu finden. Das Alter des Befragten hatte keinen Einfluss auf die Einschätzung. Bei über drei Viertel der Befragten – Eltern wie Kinderlosen – wäre die Bereitschaft, in Elternzeit zu gehen, hoch bis sehr hoch gewesen (s. Abb. 2).

Nur rund 6% wären dazu nicht bereit gewesen. Dabei gab es jedoch – erwartungsgemäß – einen signifikanten Unterschied zwischen den Geschlechtern. 60% der Männer erklärten eine sehr hohe oder eher hohe Bereitschaft, in Elternzeit zu gehen, bei den Frauen waren es fast 90%. Die Bereitschaft hing aber deutlich vom Einkommen des Befragten ab: Je höher das Einkommen, desto geringer die Bereitschaft, selbst Elternzeit zu nehmen – bei Männern! Daran scheint auch das Elterngeld nichts zu ändern, das ja versucht, Paaren zu ermöglichen, den Lebensstandard zu halten, auch wenn ein Elternteil – Mutter oder Vater – für die Betreuung des Kindes seinen Beruf (vorübergehend) aufgibt oder die Arbeitszeit reduziert. Frauen waren also häufiger bereit in Elternzeit zu gehen, auch mit hohem Einkommen.

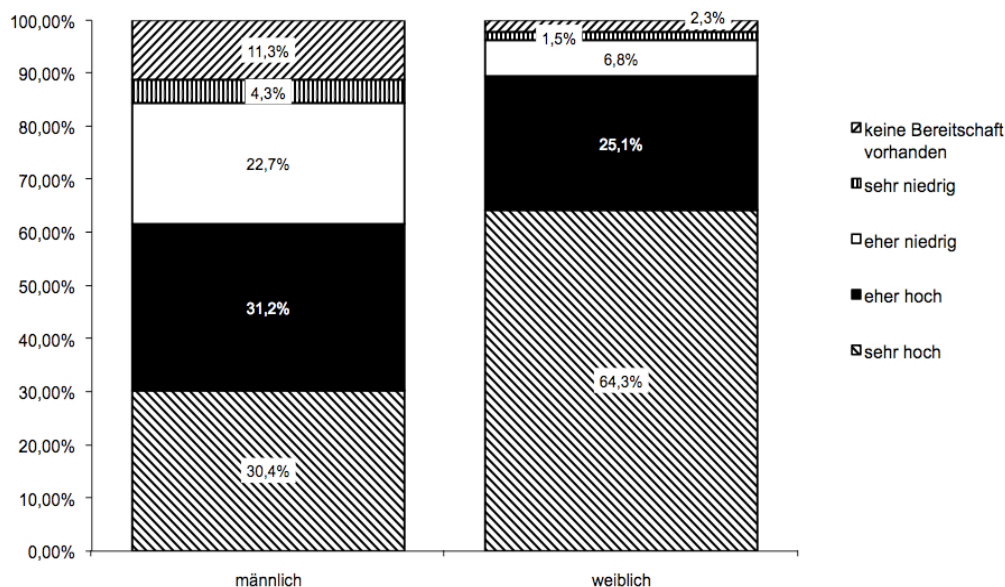


Abbildung 2: Bereitschaft zur Elternzeit nach Geschlecht (N = 1.120)

Die am häufigsten genannten Gründe für die Inanspruchnahme von Elternzeit waren (s. Abb. 3): um so mehr Zeit mit dem Kind verbringen zu können (51%), weil sich die befragte Person für am besten geeignet für die Kinderbetreuung hielt (19%), weil die Kinderbetreuung und -erziehung als besondere Bereicherung/Erfahrung angesehen wurde (15%) und aus finanziellen Gründen (5%). Männer antworteten dabei deutlich seltener, sich als am besten

geeignet für die Kinderbetreuung zu halten (8%) als Frauen (26%).

Außerdem sahen Männer die Elternzeit und die damit verbundenen Erfahrungen häufiger als eine Bereicherung (19%) als Frauen (13%). Für Männer waren außerdem etwas häufiger finanzielle Gründe ausschlaggebend (8% im Vergleich zu 3%), also wenn z.B. die Frau mehr verdient als sie selbst, würden sie in Elternzeit gehen.

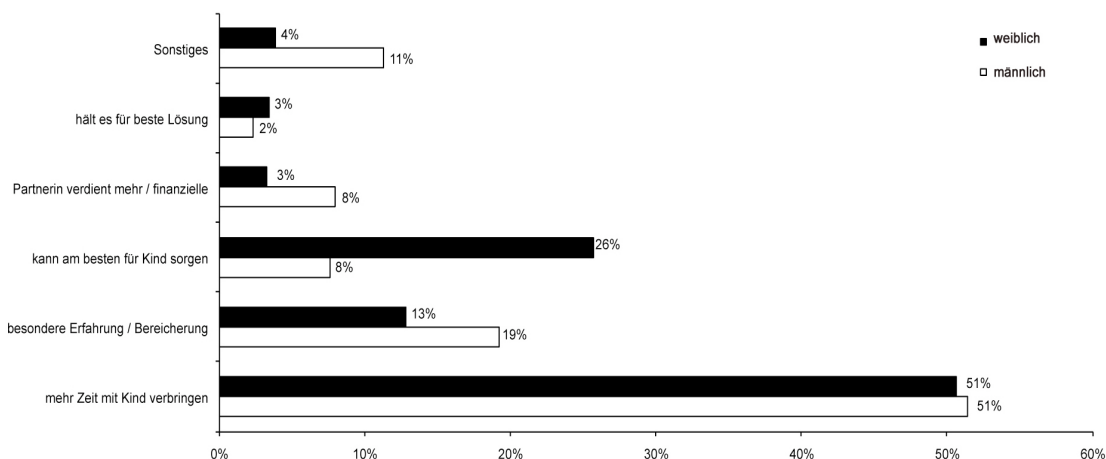


Abbildung 3: Hauptgrund für die Inanspruchnahme von Elternzeit (N = 845)

Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme von Elternzeit wären vor allem berufliche Gründe bzw. die Sorge um den Wiedereinstieg (55%) und finanzielle Gründe (31%). Dabei sorgten sich Männer stärker um ihren Beruf (57%) als Frauen (47%). Insbesondere Selbstständige und Freiberufler sahen ihre berufliche Zukunft gefährdet. Selbststän-

dige und Freiberufler waren zwar auch überwiegend bereit, in Elternzeit zu gehen, aber der Anteil fiel im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen etwas niedriger aus. Für diese Berufsgruppen greift die Elternzeitregelung also nicht entsprechend. Eine bereits bestehende Elternschaft bewirkte weder für Frauen noch für Männer unterschiedliche Motive

in Bezug auf die Inanspruchnahme bzw. die Nicht-Inanspruchnahme von Elternzeit.

Probleme beim Wiedereinstieg in den Beruf nach einem Jahr Elternzeit sahen fast die Hälfte der Befragten (48%; 54% der Männer und 42% der Frauen). Die Hauptsorge war, den Anschluss im Beruf verpasst zu haben bzw. einen zu großen Nachholbedarf zu haben (50%; 56% der Männer und 45% der Frauen).

Auch Konkurrenz am bzw. um einen Arbeitsplatz schätzten 22% als Erschwernis der Rückkehr ins Erwerbsleben ein. Frauen sahen außerdem die Doppelbelastung mit Familie und Beruf als problematisch für den Wiedereinstieg an (14% vs. 3% der Männer). Eltern sorgten sich dabei weniger als Kinderlose darum, den Anschluss zu verpassen (45% vs. 64%), dafür mehr um die Konkurrenz am Arbeitsplatz (26% vs. 13%). Auch hier ist davon auszugehen, dass diese Differenzen aufgrund von spezifischen Erfahrungen zustande gekommen sind.

Es wurde auch nach der Einschätzung der Bereitschaft des Partners/der Partnerin, in Elternzeit zu gehen, gefragt. Zwei Drittel der Befragten schätzten die Bereitschaft des Partners/der Partnerin als hoch oder sehr hoch ein (67%). Aber auch hier bestand ein deutlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern. Männliche Befragte schätzten die Bereitschaft ihrer Partnerin in gut 90% der Fälle als eher bzw. sehr hoch ein (91%). Diese Einschätzung stimmte mit der Selbstausskunft der Frauen zu ihrer Be-

reitschaft, in Elternzeit zu gehen, überein. Weniger als die Hälfte der Frauen hielten dagegen ihren Partner für bereit, in Elternzeit zu gehen (48%). 13% sahen sogar überhaupt keine Bereitschaft beim Partner. Waren Männer die Befragten, wurde häufiger eine sehr hohe Bereitschaft angegeben (30%), als wenn Frauen zu ihren Partnern befragt wurden (21%). Vielleicht unterschätzen also die Frauen ihre Partner hinsichtlich der Bereitschaft, in Elternzeit zu gehen oder die Antworten der Männer sind durch einem «sozialen Erwünschtheits»-Effekt verzerrt. Vermuteter Hauptgrund für die eventuelle Inanspruchnahme von Elternzeit durch den Partner war in rund der Hälfte der Fälle mehr Zeit mit dem Kind zu verbringen und die Erziehung dadurch selbst zu übernehmen (s. Abb. 4). Frauen hielten das etwas häufiger für den Hauptgrund für Elternzeit ihrer Partner (52%) als Männer in Bezug auf ihre Partnerin (42%). Weil es sich um eine besondere Erfahrung/Bereicherung handle, dachten 24% der Frauen und 16% der Männer, dass der jeweilige Partner in Elternzeit gehen würde. Weil er/sie am besten für das Kind sorgen kann, hielten 25% der Männer als Hauptgrund, dass die Partnerin in Elternzeit gehen würde. Dies nahmen dagegen nur 6% der Frauen an, ausschlaggebend für ihren Partner zu sein. Vergleicht man die Angaben von Männern zu ihrer eigenen Motivation und von Frauen über die vermutete Motivation ihrer Partner, in Elternzeit zu gehen, so ergeben sich nur kleinere Unterschiede, abgesehen von genannten Differenzen.

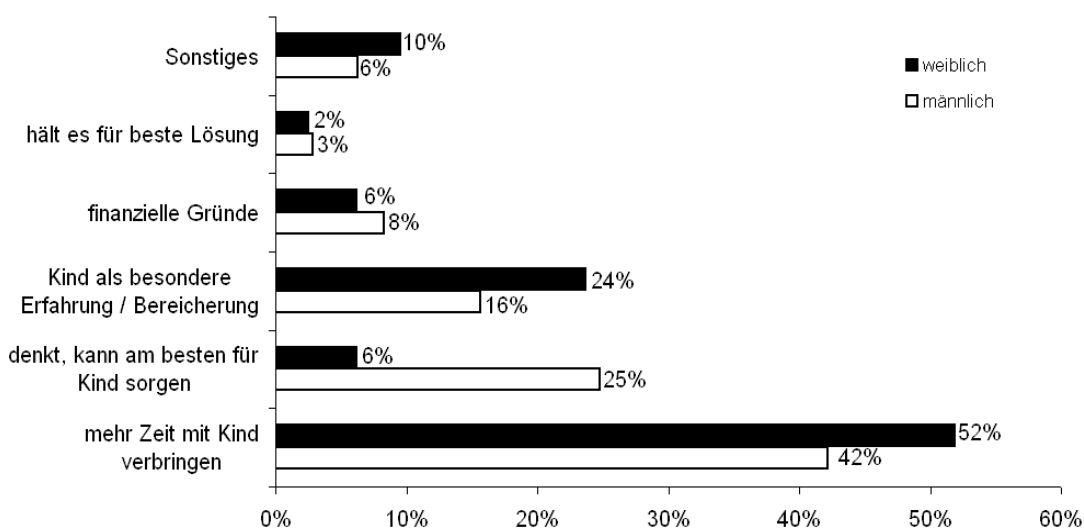


Abbildung 4: (Vermuteter) Hauptgrund für die Inanspruchnahme von Elternzeit durch den Partner (N = 592)

Vermuteter Hauptgrund für die Nicht-Inanspruchnahme von Elternzeit durch den Partner waren in der Hälfte der Fälle (48%) berufliche Gründe. Knapp 30% vermuteten finanzielle Gründe und 14% vermuteten, dass der Partner sich überfordert fühlen würde oder sich für weniger geeignet hielte, die Kinderbetreuung zu übernehmen. Eine Unterscheidung nach dem Geschlecht des Befragten zeigte, dass etwas mehr Männer (56%) als Frauen (48%) dachten, berufliche Gründe oder die Sorge um den Wiedereinstieg würden den Partner davon abhalten, in Elternzeit zu gehen. Wurden Frauen selbst zum Hauptgrund für die Nicht-Inanspruchnahme von Elternzeit gefragt, gaben sie dagegen seltener als Männer (48% im Vergleich zu 57%) berufliche Gründe an. Darüber hinaus ergaben sich keine wesentlichen Unterschiede. Finanzielle Gründe wurden in der Selbstauskunft von 34% der Frauen angegeben, Männer hielten es dagegen in nur 25% der Fälle als Beweggrund ihrer Partnerin. D.h. berufliche Gründe werden von Männern bezüglich ihrer Partnerin überschätzt, finanzielle dagegen unterschätzt.

Fazit: Das Elterngeldgesetz wird überwiegend positiv eingeschätzt, sowohl in der Wirkung auf den Kinderwunsch als auch auf die Beteiligung der Väter an der Kinderbetreuung. Die gewünschte Kinderzahl scheint höher als die

realisierte. Die Geburten pro Frau lagen 2007 bei 1,37, als optimale Kinderzahl wurden aber 2,3 Kinder angegeben. Welches genau die Faktoren sind, die «das Kinderkriegen» verhindern, ist noch nicht vollständig geklärt. Wie sich das Elterngeld auf die Kinderzahl auswirkt, wird sich erst noch zeigen müssen. Problematisch sind nach wie vor berufliche Rahmenbedingungen, darunter Flexibilität am Arbeitsplatz, Angst vor Arbeitsplatzverlust bzw. nicht mehr an den alten Arbeitsplatz zurückkehren zu können. Bereitschaft, in Elternzeit zu gehen, äußerten fast alle Frauen und über die Hälfte der Männer. Tatsächlich gehen aber nur rund 16% der Väter in Elternzeit. Hier ist also durchaus noch Potenzial, um die Väterbeteiligung an der Kinderbetreuung in den ersten Lebensjahren zu erhöhen.



Susanne Vogl hat Soziologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt studiert. Seit 2005 ist sie Doktorandin im Bereich Methoden der empirischen Sozialforschung und seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Soziologie und empirische Sozialforschung an der KU Eichstätt. Derzeit befindet sie sich in Elternzeit.

Positionen

In der Rubrik «Positionen» nehmen verschiedene Autoren der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt sowie externe Autoren Stellung zu aktuellen Themen rund um Ehe, Familie und Partnerschaft.

Inhalt

Bildungs- und Betreuungsgutscheine – ein Weg aus dem Dilemma?	57
Defizite und Chancen in der Ehe- und Familienpastoral	61
Elterngeld und Geburtenentwicklung	65

Bildungs- und Betreuungsgutscheine

Ein Weg aus dem Dilemma?

■ Jörg Althammer

1. Einleitung

Familienpolitik gleicht der Quadratur des Kreises. Zu vielschichtig und zum Teil gegenläufig sind die Forderungen, die von Eltern, Familienverbänden, der Wissenschaft und der Wirtschaft an die praktische Familienpolitik hergetragen werden. So steht dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz und dem damit verbundenen Ausbau der Betreuungsangebote die Forderung nach Einführung einer zusätzlichen Geldleistung für kindererziehende Eltern (Betreuungsgeld) gegenüber. Für Kinder aus sozialhilfebedürftigen Familien ist der Regelsatz aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 bedarfsadäquat anzupassen. Darüber hinaus soll auch diesen Kindern der Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten gewährleistet werden. Da bei Familien mit mehreren Kindern der kumulierte Anspruch aus ALG II und Sozialgeld bereits heute die verfügbaren Einkommen von Geringver-

dienern nur minimal unterschreitet, sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich, um das Lohnabstandsgebot einzuhalten.

Vor diesem Hintergrund hat die Politik mit der sogenannte «Gutscheinlösung» einen Vorschlag aufgegriffen, der in der Familienwissenschaft schon seit längerem diskutiert wird. An die Stelle einer neuen Geld- oder Sachleistung sollen sozialhilfeberechtigte Familien eine Karte erhalten, die den verbilligten oder kostenfreien Besuch von Sport- und Musikschulen, Freizeiteinrichtungen oder auch Nachhilfekursen ermöglicht. Dieser Vorschlag ruft bislang ein sehr gespaltenes Echo hervor. Einige Familienverbände und Kommunen unterstützen diesen Vorschlag, aber es gibt auch zahlreiche kritische Stimmen. Einige sehen in diesem Vorschlag eine Entmündigung der Eltern, da deren Entscheidungsfreiheit durch zweckgebundene Gutscheine zu stark eingeschränkt würde. Andere würden demgegenüber die finanziellen Mittel lieber in den weiteren Ausbau

der Betreuungsinfrastruktur investieren. Und schließlich wird die Vergabe zweckgebundener Gutscheine für sozialhilfebedürftige Familien als stigmatisierend und diskriminierend kritisiert.

In dieser Diskussion wird übersehen, dass ein intelligent ausgestaltetes Gutscheinsystem ein innovatives Instrument der praktischen Familienpolitik darstellt. Es könnte dazu beitragen, den Konflikt um Sach- versus Geldleistungen aufzubrechen und neue Wege in der Familienpolitik zu beschreiten.



Etwa zwei Drittel aller Mütter mit Kindern im Alter unter drei Jahren sind nicht erwerbstätig, sondern betreuen ihre Kinder selbst. Quelle: istockphoto.com

2. Zweckgebundene Gutscheine: ein Kompromiss zwischen Geld- und Sachleistung

2.1 Die steuer- und transferrechtliche Berücksichtigung von Erziehungsleistungen nach geltendem Recht

Betreuungsleistungen und niedrigschwellige Bildungsangebote werden bislang durch Geldleistungen und die subventionierte Vergabe von Sachleistungen staatlich gefördert. Die bekanntesten Geldleistungen sind das bis 2006 gezahlte Erziehungsgeld bzw. das seit 2007 ausbezahlte Elterngeld¹. Daneben wird für jedes kindergeldberechtigte Kind ein steuerlicher Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf in Höhe von 2.520 € pro Jahr eingeräumt. Allerdings wird durch diesen Freibetrag der pauschalierte Erziehungsbedarf lediglich von der Besteuerung freigestellt und nicht etwa gewährleistet. Darüber hinaus wird dieser Freibetrag ebenso wie der steuerliche Freibetrag für das sächliche Existenzminimum mit dem Kindergeld verrechnet. Aufgrund dieser Anrechnung profitieren nur die Bezieher sehr hoher Einkommen von dieser steuerlichen Maßnahme.

¹ Der wesentliche normative Unterschied zwischen Erziehungs- und Elterngeld liegt weniger in der Verkürzung der Bezugsdauer als vielmehr in der Referenzgröße der Geldleistung. Das ursprüngliche Ziel des Elterngeldes bestand darin, die Leistung, die die Familie durch die Erziehung der Kinder für die Gesellschaft erbringt, zu honorieren. Ziel des Elterngeldes ist es demgegenüber, die soziale Stellung der Erziehungsperson bei Erwerbsunterbrechung aufrecht zu erhalten. Zu einer umfassenden Kritik am Elterngeld vgl. Althammer (2008).

Der weitaus überwiegende Teil der öffentlichen Förderung der Kinderbetreuung vollzieht sich über Sachleistungen. Hier werden bestimmte Güter oder Dienstleistungen wie

beispielsweise Betreuungseinrichtungen verbilligt oder unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Von diesen Maßnahmen profitieren auch Bezieher niedriger Einkommen, da der Eigenanteil der Eltern in der Regel einkommensabhängig ausgestaltet ist². Das zentrale Argument gegen die Vergabe von Sachleistungen ist jedoch die Tatsache, dass die Eltern

in der Verwendung der verausgabten öffentlichen Mittel extrem eingeschränkt sind. Die elterliche Entscheidungsfreiheit beschränkt sich lediglich auf die Nichtinanspruchnahme der öffentlichen Leistung. Dieses Argument würde deutlich an Schärfe gewinnen, wenn im Zuge der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nun auch bestimmte Bildungsleistungen wie beispielsweise Schulmittel für Kinder aus sozial bedürftigen Haushalten nur als Sachleistungen vergeben würden.

Die Gutscheinelösung stellt einen Kompromiss zwischen der reinen Geld- und der Sachleistung dar. Gutscheine werden zwar direkt an die bezugsberechtigte Person ausgegeben, d.h. es handelt sich – wie bei der Geldleistung – um eine Form der Subjektförderung. Allerdings sind die Verwendungsmöglichkeiten des Gutscheins auf Ausgaben für Betreuungsleistungen und niedrigschwellige Bildungsangebote beschränkt. Die konkrete Ausgestaltung ist zwar eine politische Entscheidung; üblicherweise werden durch das Gutscheinsmodell jedoch nicht nur Ausgaben für institutionelle Betreuungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Horte abgedeckt, sondern auch Bildungsangebote wie der Besuch von Musik-, Sport- oder Nachhilfeunterricht oder auch der Kauf von Lernmitteln.

² Allerdings ist über die faktischen Verteilungswirkungen von Sachleistungen wenig bekannt. Denn obwohl Sachleistungen verbilligt oder unentgeltlich vergeben werden lässt sich empirisch zeigen, dass die Inanspruchnahme der Leistungen mit zunehmendem Einkommen steigt. Dieser Effekt der schichtspezifischen Inanspruchnahme müsste bei einer umfassenden Verteilungsanalyse von Sachleistungen berücksichtigt werden.

2.2 Ökonomische Wirkung von Geldleistung und Gutschein

Die zentralen ökonomischen Effekte einer Geldleistung und eines Gutscheins sollen anhand eines einfach gehaltenen ökonomischen Modells verdeutlicht werden. Diese Darstellung soll auch zeigen, dass die hier vorgestellte Gutscheinelösung den Eltern einen wesentlich größeren Entscheidungsspielraum überlässt, als dies in der öffentlichen Diskussion häufig ankommt.

Für die Analyse sei vereinfachend davon ausgegangen, dass die Eltern ihr Haushaltsbudget für zwei unterschiedliche Verwendungszwecke verausgaben: für kindbezogene Leistungen einerseits (z.B. der Elternbeitrag für die Kinderbetreuung) und alle sonstigen Leistungen andererseits.³ In Abbildung 1 sind die Ausgaben für diese Verwendungsmöglichkeiten auf den jeweiligen Achsen abgetragen. Die Linie AA' gibt die Menge aller realisierbaren Konsummöglichkeiten des Haushalts an.

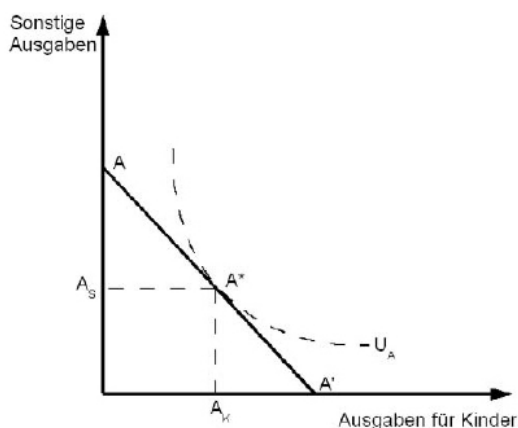


Abbildung 1: Die Entscheidungssituation der Familie ohne familienpolitische Maßnahmen/ Quelle: Eigene Darstellung

Der Punkt A repräsentiert den (unwahrscheinlichen) Fall, dass das gesamte Haushaltseinkommen für den Konsum der Eltern verausgabt wird.

Der Punkt A' repräsentiert den ebenso unrealistischen Fall, dass das gesamte verfügbare Einkommen für den Konsum des Kindes verausgabt wird. In der Realität wird das Haushaltseinkommen zwischen diesen Verwendungsmöglichkeiten aufgeteilt, d.h. es wird ein Punkt auf der Linie AA' gewählt.

³ Natürlich ist die Realität wesentlich komplexer. So entfällt der größte Teil des Familieneinkommens auf Güter, die allen Familienmitgliedern in gleicher Weise zur Verfügung stehen wie beispielsweise die Kosten für langlebige Gebrauchsgüter usw. Das angegebene Modell dient lediglich der Klärung der familienökonomischen Zusammenhänge.

Wo die aus Sicht der Eltern optimale Aufteilung zu liegen kommt, d.h. ob relativ mehr für elterlichen oder für den Konsum des Kindes verausgabt wird, hängt von den Präferenzen der Eltern ab. Diese werden durch die gestrichelte Kurve UA wiedergegeben. In dem hier gewählten Beispiel verwendet die Familie den Betrag A_K für die Kinder und A_S für sonstige Ausgaben des Haushalts. Wenn der Staat nun eine monetäre Leistung an die Familien vergibt, erhöhen sich das verfügbare Einkommen und damit die Konsummöglichkeiten des Haushalts. Die Budgetgrenze verschiebt sich nach rechts außen auf BB', d.h. es kann von allen Gütern mehr konsumiert werden. Würde die öffentliche Hand demgegenüber einen zweckgebundenen Transfer (Gutschein) in gleicher Höhe ausgeben, so erhöhen sich zunächst nur die Konsummöglichkeiten für den kindbezogenen Konsum. Die neue Budgetrestriktion verläuft nun in ACB' «geknickt», da ausschließlich die Konsummöglichkeiten für das Kind vergrößert werden.

Wenn man in unserem Beispiel jedoch das tatsächliche Ausgabeverhalten des Haushalts betrachtet, so stellt man fest, dass sich die faktische Verteilung der Konsumausgaben zwischen Geldleistung und Gutscheinelösung nicht unterscheidet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im «Normalfall» auch eine Erhöhung der Geldleistungen teilweise in den Kinderkonsum geflossen wäre, während bei der Gutscheinelösung nun finanzielle Mittel für den Haushalt frei werden, die für anderweitigen Konsum verausgabt werden können. Diesen Effekt bezeichnet man in der Literatur auch als «Gutschein-Illusion» (voucher illusion)⁴. Diese Gutschein-Illusion ist umso ausgeprägter, je flexibler der Gutschein eingesetzt werden kann, d.h. je näher der Gutschein an die Geldleistung heranreicht. Umgekehrt ist der Entlastungseffekt bei einer reinen Objektsubventionierung am geringsten. Dies zeigt, dass die eigentliche Entscheidung nicht das «Ob», sondern das «Wie» einer Gutscheinelösung betrifft. Ein Gutschein mit sehr eingeschränkter Verwendungsmöglichkeit entspricht aus Sicht der betroffenen Eltern der reinen Objektsubventionierung, während ein flexibler Gutschein für die meisten Familien äquivalent zu einer Barauszahlung ist. Bei flexibler Ausgestaltung des Gutscheins findet eine Schlechterstellung der Eltern nur in den (seltenen) Fällen statt, in denen die Eltern das Familieneinkommen fast ausschließlich für den sonstigen Konsum aufwenden (die gestrichelte Linie BC in Abb. 2). Gerade in diesen Fällen ist jedoch nicht auszuschließen, dass eine Einschränkung der Verwendungsfreiheit aus Sicht des Kindeswohls angezeigt sein kann.

⁴ Vgl. Bradford/Shaviro (1999).

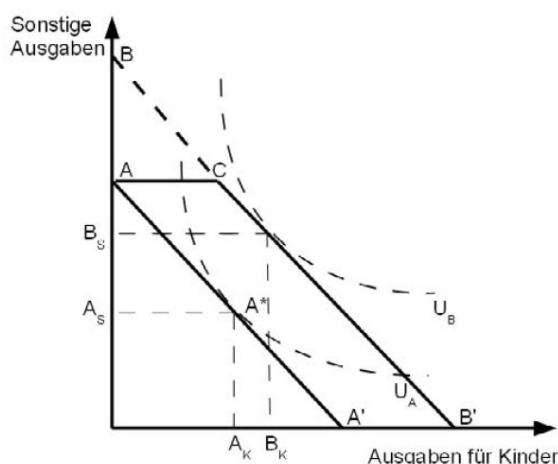


Abbildung 2: Die Entscheidungssituation der Familie bei einer flexiblen Gutscheinelösung/ Quelle: Eigene Darstellung

3. Zur Ausgestaltung eines Gutscheinmodells

Nach derzeitiger Planung soll der Gutschein nur an sozialhilfebedürftige Familien vergeben werden. Diese Einschränkung des Personenkreises ist aus zwei Gründen problematisch. Zum einen ist sie tatsächlich stigmatisierend, zum anderen löst sie nicht das Problem des Lohnabstandsgebots. Denn der Lohnabstand muss ja unter Berücksichtigung aller geldwerter Vorteile bestimmt werden, also auch des monetären Äquivalents des Gutscheins. Dieses Problem ließe sich zwar umgehen, wenn mit der Einführung des Gutscheins auch familienpolitische Geldleistungen wie der Kinderzuschlag erhöht würden. Allerdings würde dies die Reform nicht nur erheblich verteuern, die Lösung «Gutscheine für Bezieher von Sozialhilfe und Geldleistungen für Niedrigeinkommensbezieher außerhalb des Sozialhilfebezugs» wäre vollends diskriminierend.

Es wäre deshalb sinnvoll, Bildungs- und Betreuungsgutscheine für alle Eltern auszugeben. Dies könnte gleichzeitig der Einstieg in eine neue, innovative Familienpolitik sein. Ein praktikabler und finanzierbarer Vorschlag wurde bereits vor mehreren Jahren ausformuliert⁵. Dieses Modell sieht vor, für jedes Kind eine Bildungs- und Betreuungskarte auszustellen, mit der zweckgebundene Abbuchungen von einem individualisierten Bildungskonto vorgenommen werden können. Auf dieses Konto werden bis zum 14. Lebensjahr des Kindes monatlich 90 € überwiesen. Diese öffentlichen Leistungen können für den Besuch von Betreuungseinrichtungen, für frühkindliche und niederschwellige Bildungsangebote oder für Lernmittel verausgabt werden. Nicht abgerufene Beträge verbleiben auf diesem Konto, sie verfallen nicht. Im Vergleich zur Objektsubvention hat diese Lösung mehrere Vorteile.

⁵ Vgl. Althammer/Henkel (2007).

Zum einen ist der Gutschein wesentlich flexibler. Damit können die öffentlichen Mittel zielgenau den jeweils spezifischen Bedarfen der Familie angepasst werden. So könnte eine Familie diese Leistungen verwenden, um ihrem Kind Sprachunterricht zu bezahlen, eine andere Familie könnte diese Gelder zu einem späteren Zeitpunkt für Musikunterricht verwenden oder – falls erforderlich – schulischen Nachhilfeunterricht bezahlen. Zum anderen ermöglicht der Gutschein den «Zukauf» von Leistungen, da das Guthaben durch private Mittel aufgestockt werden kann.

Finanziert wird dieses Modell durch die Streichung des steuerlichen Freibetrags für Betreuung, Erziehung und Ausbildung sowie durch den Verzicht auf die geplante Einführung eines Betreuungsgelds. Auch diese Gegenfinanzierung hat sozialpolitische und familienpolitische Auswirkungen. Aus sozialpolitischer Sicht ist hervorzuheben, dass durch die Ablösung des steuerlichen Freibetrags durch einen Gutschein diese Leistung allen Familien zukommt, und nicht nur – wie derzeit – den Beziehern hoher Einkommen. Im Gegensatz zum Betreuungsgeld, das nach aktueller Planung nur Eltern zustehen soll, die ihr Kind nicht in eine Betreuungseinrichtung geben, ist die Gutscheinelösung auch unabhängig von der Betreuungsentscheidung der Eltern.

4. Fazit

Die Familienpolitik ist seit längerem in einem ideologischen Streit zwischen Geld- und Sachleistungen festgefahren. Und sie wird auch weiterhin nur im Schrittempo vorankommen, wenn es nicht gelingt, diesen grundsätzlichen Konflikt in einem gesellschaftlichen Konsens zu lösen. Die Vergabe familienpolitischer Leistungen über einen flexiblen Gutschein könnte einen Weg aus dieser verfahrenen Situation weisen. Eine «Familienkarte» verbindet die Flexibilität einer Geldleistung mit den Vorteilen der Sachleistung. Bei einer intelligenten Ausgestaltung ist der Gutschein ein Instrument, das für die meisten Familien geldwerten Charakter hat. Ausgaben, für die bislang Teile des Familieneinkommens herangezogen werden, könnten durch den Gutschein abgedeckt werden; damit werden diese Teile des Haushaltseinkommens für die Familie frei verfügbar. Eine Gutscheinelösung könnte auch sozialpolitisch widersinnige Konstruktionen des bestehenden Steuer- und Transfersystems auflösen. So ist es gerade in einer Sozialen Marktwirtschaft schlichtweg nicht nachvollziehbar, weshalb nur die Bezieher sehr hoher Einkommen von der steuerlichen Freistellung des Bildungsbedarfs profitieren, während die soziale Grundsicherung für Kinder bislang noch keine Aufwendungen für niedrigschwellige Bildungsangebote umfasst.

Und noch ein weiteres Argument spricht für eine Gutscheinelösung: die größere öffentliche Akzeptanz zweckgebundener Leistungen. Die Vergabe von Geldleistungen an

Eltern wird im öffentlichen Diskurs nicht zuletzt deswegen kritisiert, weil eine missbräuchliche Verwendung dieser Gelder nicht ausgeschlossen ist. Gleichgültig, ob es um eine Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung, um den Kinderzuschlag oder das allgemeine Kindergeld geht: stets wird kritisiert, dass ein Teil der Leistungen die Kinder gar nicht erreichen würde. Zwar erschöpft sich der empirische Befund hierzu meist in der berühmten «anekdotischen Evidenz» und hält einer genaueren empirischen Überprüfung kaum stand. Dennoch spielt das Argument der missbräuchlichen Verwendung eine nicht zu unterschätzende Rolle in der politischen Auseinandersetzung. Die Gefahr der missbräuchlichen Verwendung besteht bei der Gutscheinelösung nicht. Es ist deshalb davon auszugehen, dass der Abgabewiderstand der Nettozahler sinkt, da sie davon ausgehen können, dass die Mittel direkt dem Kind zugute kommen. Ein Gutscheinmodell dürfte deshalb politisch auch wesentlich leichter durchsetzbar sein als eine (weitere) Geldleistung.

Literatur

Althammer, Jörg: Das Elterngeld aus ökonomischer Perspektive, in: Recht der Jugend und des Bildungswesens, 2/2008, S. 178-184

Althammer, Jörg, Henkel, Melanie (2007): Bildungs- und Betreuungsgutscheine. Neue Wege der Subventionierung frühkindlicher Betreuungs- und Erziehungsleistungen. Gutachten im Auftrag der CDU-CSU Bundestagsfraktion, Berlin

Bradford, David, Shaviro, Daniel (1999): The Economics of Vouchers, NBER working paper 7092/1999

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Bericht der Bundesregierung, Berlin 2009

OECD: Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life, Paris 2007

Statistisches Bundesamt: Leben und Arbeiten in Deutschland, Sonderheft 2: Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden 2005

Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung: Fiskalische Auswirkungen sowie arbeitsmarkt- und verteilungspolitische Effekte einer Einführung eines Betreuungsgeldes für Kinder unter 3 Jahren, Mannheim 2009



Prof. Dr. Jörg Althammer ist seit 2008 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Direktor des ZFG.

Defizite und Chancen in der Ehe- und Familienpastoral

■ Bernhard Sutor

Unter den vielen kulturellen Umbrüchen der letzten Jahrzehnte stellen der Wandel der Geschlechterverhältnisse und damit einhergehend der Einstellungen zu Sexualmoral, Partnerschaft, Ehe und Familie für die Pastoral der Kirche eine besondere Herausforderung dar. Für viele Menschen ist mit diesem Wandel zugleich die Lockerung der Kirchenbindung verbunden, teils als Ursache, teils als Folge. Die kirchlichen Normen werden als unangemessene Hindernisse für die persönliche Lebensführung empfunden und ausdrücklich oder stillschweigend abgelehnt. Man

kann an dieser Entwicklung vielleicht am deutlichsten ablesen, was Soziologen als Prozess der Individualisierung im Religiösen bezeichnen.

Es gibt für die heutige mittlere und jüngere Generation nicht mehr das sozial selbstverständliche Leben mit und in der Institution Kirche und den damit verbundenen Versuch, nach ihren Normen zu leben. In unserer Gesellschaft interpretiert man heute weitgehend sein Verhältnis zur Religion, soweit man es noch tut, aus den situationsbedingten Bedürfnissen, Wünschen, Erwartungen des persönlichen

Lebens. Auch von vielen, die noch mehr oder weniger regelmäßig am kirchlichen Leben teilnehmen, werden die Normen der Kirche, zumal im Bereich Sexualität, Ehe und Familie, teils bewusst, teils unbewusst ignoriert. Es scheint, dass sich nur noch eine Minderheit um die damit aufgeworfenen Fragen Gedanken macht. Wie soll die Pastoral mit dieser Realität umgehen? Die kirchliche Ehe- und Familienpastoral steht vor noch kaum angemessen erkannten, geschweige denn angepackten Aufgaben.

Auch die Seelsorger sehen, dass zwischen den kirchlichen Normen, soweit sie denn in der Verkündigung noch vorkommen, und der Praxis der Menschen eine große Lücke klafft. Sie versuchen, sie nach eigener Einsicht in Möglichkeiten und Grenzen der jeweiligen Situation zu bewältigen. Glücklicherweise sind sie dabei nicht, zumal da auch unter ihnen erhebliche Unterschiede zwischen den möglichen extremen Verhaltensweisen von Rigorismus und Laxismus zu beobachten sind.

Die kirchliche Verkündigung als Zuspruch und Ermunterung

Man kann nicht behaupten, die für Glaubens- und Sittenlehre der Kirche Verantwortlichen sähen das Problem nicht. Sie sehen durchaus die Diskrepanz zwischen dem hohen Anspruch der kirchlichen Lehren und der heute gelebten Realität. Die päpstlichen Verlautbarungen seit dem II. Vatikanum zu Ehe und Familie und viele Aussagen von Bischöfen und Bischofskonferenzen versuchen, den normativen Anspruch der Verkündigung nicht mehr zuerst in Form von Moral und rechtlichen Verpflichtungen vorzutragen, sondern als Zuspruch, als Hilfe und Orientierung für die Menschen in ihren verschiedenartigen Lebenslagen und Schwierigkeiten. Der Kürze halber beschränke ich mich auf zwei Hinweise.¹ Die deutschen Bischöfe bezeichnen in einer Schrift «Ehe und Familie – in guter Gesellschaft» (1999) die Grund Lehren der Kirche als Ausdruck für eine «Zielgestalt». Der ganze Text ist von dem Versuch geprägt, diese Zielgestalt von Ehe und Familie angesichts der heutigen Situation als Hilfe für Eheleute und Eltern in die entsprechende Pastoral umzusetzen.

Ähnliches gilt für ihre Schrift «Auf dem Weg zum Sakrament der Ehe» (2000). Sie ist eine Handreichung zur Trauungspastoral und hat zum Leitmotiv die Frage, wie die Bitte von Brautpaaren um kirchliche Trauung auf deren Lebens- und Glaubensgeschichte bezogen werden kann. Sie nimmt die heute in der Regel «lange Partnerschaftsgeschichte vor der Ehe» ausdrücklich in den Blick und stellt sich den schwierigen Fragen, die sich daraus für eine kirchliche Trauungspastoral zwischen den Extremen «rigoristi-

scher Engführung und Ausverkauf» des Sakraments ergeben. Die schwierige Aufgabe, vor der die Pastoral damit steht, wird u. a. so beschrieben:

«Der Verweis auf Tradition und Konvention trägt nicht zur Handlungsorientierung bei, wenn es nicht gelingt, die überlieferten Werte und Normen in ihrem Sinngehalt zu erschließen. Gerade die Kirche ist deshalb herausgefordert, ihre Aussagen zu Sexualität, Ehe und Familie argumentativ vorzutragen, indem sie ihren lebensdienlichen und menschengerechten Charakter deutlich macht» (S. 18).

Die Frage bleibt, ob und wie das in die pastorale Praxis umgesetzt werden kann und ob auf diesem Weg nicht noch erhebliche Hindernisse aus der Vergangenheit wegzuräumen sind. Dazu muss aber die heutige Realität unvoreingenommen wahrgenommen und nicht, wie das häufig in der Praxis geschieht, mit Stillschweigen übergangen werden.

Kirchliche Beratung als Erfahrungsreservoir

Die Kirche hat durchaus Möglichkeiten, diese Realität sehr genau wahrzunehmen und für ihre Pastoral auszuwerten. So unterhält sie z. B. in Deutschland flächendeckende Beratungseinrichtungen für Ehe-, Familien- und Lebensfragen. Dazu bieten alle Diözesen laufend Ehevorbereitungskurse an. Man darf annehmen, dass die in diesem Bereich Tätigen einen riesigen Schatz von Erfahrungen aus Jahrzehnten besitzen und gute Kenner der Probleme sind. Supervisoren und theologische Begleiter dieses wichtigen Zweigs der Ehe- und Familienpastoral sehen in der Beratung ein «Auge und Ohr der Kirche».² Kardinal Karl Lehmann verortete in einem Referat auf dem ersten Beratungskongress des «Bundesforums Katholische Beratung» im Oktober 2007 die beratenden Berufe folgendermaßen: Sie «stehen immer schon am Schnittpunkt und an der Wegkreuzung von Kirche und Gesellschaft. Wie ein Seismograph zeigen sie sehr sensibel an, wo die neugewonnene Freiheit des Menschen mit ihren Chancen und Risiken umzuschlagen droht in neue Abhängigkeit. Die Beratungsdienste helfen durch dieses Aufspüren neuer Not der Kirche, das jeweils veränderte Antlitz des konkreten Menschen besser zu finden».³

Demnach ist aber nachdrücklich zu fragen, ob und wie die Signale der „Seismographen“ aufgenommen und verarbeitet werden. Fließen sie in die allgemeine Ehe- und Familienpastoral ein? Interessieren sich Theologen und Seelsor-

¹ Vgl. Bernhard Sutor: Defizite in der Ehe- und Familienpastoral, in: Stimmen der Zeit, Heft 4/2009, S. 219 ff. und die dort angeführte Literatur.

² Vgl. Quo vadis Beratung? Dokumentation einer Fachtagung zur Zukunftsfähigkeit kirchlicher Beratungsarbeit, Hrsg. C. H. Hutter u. a., Berlin 2006.

³ Karl Lehmann: Um des Menschen Willen – Beratung als kirchlicher Gesamtauftrag; in der Dokumentation einer Tagung des Bundesforums Katholische Beratung, Freiburg 2008, S. 13.

ger für die Arbeit und die Erfahrungen in den Beratungsstellen? Gibt es regelmäßige Gespräche zwischen den Verantwortlichen der Pastoral und den Beraterinnen und Beratern? Meine Erfahrungsgrundlage ist zu schmal, um diese Fragen allgemein und zuverlässig beantworten zu können. Ich weiß aber aus nicht wenigen Gesprächen von erheblichen Defiziten und habe deshalb den begründeten Eindruck, dass sich die Kirche in der Planung ihrer pastoralen Konzepte und in der pastoralen Praxis erhebliche Chancen der Problemerkennung und Problembearbeitung entgehen lässt.

Dasselbe gilt für die hier besonders geforderte wissenschaftliche Disziplin, nämlich die Pastoraltheologie. Als Wissenschaft für die Praxis hätte sie in dem Material und in den Erfahrungen der kirchlichen Beratungsdienste ein weites Feld für empirisch orientierte Forschung. Sie müsste einen Beitrag leisten, um die Diskrepanz zwischen der kirchlichen Botschaft von Ehe und Familie und dem, was die Menschen heute leben, in ihren Ursachen und Ausdrucksformen besser zu erkennen und Folgerungen daraus zu diskutieren. Es gibt nach meiner Kenntnis bisher nur wenige pastoraltheologische Arbeiten, die sich dieser Aufgabe stellen.

Ein Beispiel dafür, wie fruchtbar sie sein könnte, bietet eine Studie von Jörn Günther über geschiedene katholische Ehepaare⁴. Günther diskutiert in seinem theoretischen Teil ausführlich an verschiedenen Modellen das Verhältnis von Pastoraltheologie und empirischen Humanwissenschaften und wendet die entsprechenden Erkenntnisse in einem empirischen Teil seiner Untersuchung an. So gewinnt er konkrete Impulse für die pastorale Praxis, weil er an Einzelfällen präzise die Probleme und Schwierigkeiten herausarbeitet, mit denen Katholiken, die sich darüber noch Gedanken machen, im Falle einer Scheidung oder gar Wiederverheiratung zu kämpfen haben. Freilich ist die empirische Basis dieser Arbeit angesichts der geringen Zahl der untersuchten Fälle sehr schmal. Allgemein ist die hier gemeinte Aufgabe der Pastoraltheologie beschrieben von Gerhard Marschütz in seiner Wiener Habilitationsschrift unter dem Begriff einer «Humanökologie» der Familie.⁵ Den Begriff entnimmt er der Enzyklika «Centesimus annus» von Johannes Paul II. (1991):

«Die erste und grundlegende Struktur zugunsten der ‚Humanökologie‘ ist die Familie, in deren Schoß der Mensch die entscheidenden Anfangsgründe über die Wahrheit und das Gute empfängt, wo er lernt, was lieben und geliebt werden heißt und was konkret besagt, Person zu sein» (CA Nr. 39).

4 Jörn Günther: Wenn die Ehe scheitert, Würzburg 2003.

5 Gerhard Marschütz: Familie humanökologisch. Theologisch-ethische Perspektiven, Münster 2000.

Der Papst skizziert dort knapp die gegenwärtigen mentalen und gesellschaftlichen Bedingungen, die es der Familie schwer machen, Sitz einer «Kultur des Lebens» zu sein. Von diesem lehramtlichen Impuls ausgehend, entwirft Marschütz die Umriss einer Pastoraltheologie, die empirische und normative Einsichten interdisziplinär und integrierend vermittelt und so den realen Möglichkeiten, Familie zu sein, eher gerecht wird als eine auf die offenbarungstheologische Perspektive verengte Verkündigung und Pastoral. Das ist ein Programm. Es bleibt aber der gut begründbare Eindruck, dass die Pastoraltheologie konkret dazu bis heute wenig leistet. Empirische Studien wie die von Günther scheinen selten. Ebenso selten scheint die Bereitschaft junger, wissenschaftlich arbeitender Theologen, sich auf diesem Feld zu betätigen. Das wird auch aus Erfahrungen belegt, die wir am Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt machen mussten.

Die Anwendungsfelder

Auf drei für die Pastoral besonders schwierigen Feldern könnte eine intensivere Erhebung und Auswertung bisheriger Erfahrungen der Seelsorge weiterhelfen. Als erstes nenne ich die Jugendpastoral und Ehevorbereitung. In der heutigen Situation genügen die herkömmlichen Ehevorbereitungs- und Brautleutekurse nicht mehr, auch wenn sie im Gesamtprozess eine wichtige Station und Chance darstellen. Die möglichen Teilnehmer solcher Kurse sind viel zu unterschiedlich in Herkunft und religiöser Motivation; sie kommen mit ganz unterschiedlichen Erfahrungen, Erwartungen und Geschichten ihrer Partnerschaft. Es gibt in vielen Diözesen Versuche, die Kurse auf die neue Aufgabe hin weiterzuentwickeln und umzugestalten. Nach einer in der Diözese Eichstätt vor einigen Jahren angefertigten Diplomarbeit mit empirischen Erhebungen zu den Kursen haben diese im Lauf der Jahre viele Veränderungen erfahren, aber systematische Überlegungen zu Angemessenheit und Wirksamkeit der Angebote liegen danach kaum vor⁶. Hier liegt also offenbar ein bisher wenig bearbeitetes Feld für eine empirisch ausgerichtete Pastoraltheologie.

Die Vorbereitung junger Menschen auf Ehe und Familie muss aber viel früher ansetzen. Es ist keine Lösung, die heute von den kirchlichen Normen durchgehend abweichende Realität, das Zusammenleben junger Menschen vor der Ehe, mit Schweigen zu übergehen.

Es stellt sich vielmehr die Aufgabe einer neuen kirchlichen Partnerschafts- und Paarbegleitung, die weit über die bisherigen Ehevorbereitungskurse hinausgeht. Sie muss früh in der Jugendarbeit begonnen werden als Einladung und

6 Markus Wonka: Kirchliche Ehevorbereitung; in: Ist die Liebe noch zu retten?, herausgegeben von Stephan E. Müller und E. Möde, Münster 2004, S. 209 ff.

als Hilfe auf einem Weg zu menschlich und christlich gelingender Partnerschaft mit der Perspektive der sakramentalen Ehe als ein Ziel; also ein langer Weg der Ehevorbereitung, der den hohen Anspruch des Christseins und die ideale Norm nicht aufgibt, aber die Menschen in ihrer Unvollkommenheit auf ihrem Weg begleitet und ein Ziel plausibel macht.

Das zweite Feld, das hier angesprochen werden muss, betrifft das Leben der Eheleute selbst, vor allem die Frage der Geburtenregelung. Die große Diskrepanz zwischen der lehramtlichen Position und der Praxis der meisten Paare von heute, aber auch der Überzeugung vieler Theologen und Seelsorger, stellt für die Kirche eine Tragödie dar und hat die Autorität des kirchlichen Lehramts schwer beschädigt. Ich kann die Schwierigkeiten, die in der Frage stecken, nicht entfalten, verweise stattdessen auf meinen schon genannten Aufsatz und die dort angegebene Literatur⁷.

Wie dort begründet, bin ich der Überzeugung, dass das kirchliche Lehramt sich in dieser Frage vergaloppiert hat; anders gesagt, es hat versucht, Fragen zu normieren, die nicht mehr unter seine Kompetenz fallen. Unstreitig ist es Aufgabe des Lehramtes, die in der Offenbarung grundgelegten sittlichen Weisungen vorzutragen. Das Gebot der Gottes- und Nächstenliebe und seine Ausfaltung in den Zehn Geboten bilden ihren Kern. Will man daraus konkretere Handlungsnormen für die Lebensbereiche und Lebensführung gewinnen, dann genügt nicht die Berufung auf die Autorität des Lehramtes. Dann müssen die Eigengesetzlichkeiten der Lebensbereiche und die jeweiligen Umstände mit in Betracht gezogen werden. Also darf der gläubige Laie vom Lehramt Begründungen erwarten, die vernünftig nachvollziehbar sind. Ich kenne aber nur wenige Priester und noch weniger Laien, die die kirchliche Lehre zu Fragen der Methoden der Geburtenregelung als vernünftig nachvollziehbar akzeptieren. Was das II. Vatikanum zu dieser Sache in *Gaudium et Spes* gesagt hat, hätte voll auf genügt. Die Träger des Lehramtes müssen sich ernsthaft die Frage nach dessen Reichweite stellen, und sie müssen, je weiter sie sich in wandelbare Interpretationen wagen, überzeugende Argumente vorlegen, statt sich auf eine angeblich gleichbleibende Tradition zu berufen, die es so eindeutig gar nicht gibt.

Die dritte leidige Frage ist die nach dem Umgang der Kirche mit wiederverheirateten Geschiedenen. Es ist leider unübersehbare Realität, dass die Zahl der Ehescheidungen auch unter Katholiken zunimmt, auch bei jungen Ehen. Dass eine Ehe scheitern kann und die Paare dann den Weg der Scheidung wählen, ist in unserer Gesellschaft heute durchweg als Möglichkeit akzeptiert, und natürlich wirkt solche Akzeptanz, ob es uns passt oder nicht, mehr und

mehr verhaltenssteuernd, sogar normbildend. Für viele Christen, deren Bindung zur Kirche ohnedies schon locker ist, wird das Scheitern der Ehe nicht selten zum Anlass, sich von der Kirche ganz abzuwenden. Es nimmt aber auch die Zahl derer zu, die nach einer Scheidung in neuer Partnerschaft leben, in einer zweiten zivilen Ehe, die aber doch in der Kirche bleiben wollen. Sie leiden unter ihrer Situation und fragen die Kirche nach pastoraler Hilfe und Begleitung. Was Betroffene, beraten auch durch gute Seelsorger, in ihrem Gewissen entscheiden, entzieht sich öffentlicher Kenntnis und öffentlichem Urteil, und das ist gut so. Aber was von außen beobachtbar ist, wirkt widersprüchlich. Nacheheliches Zusammenleben von Paaren wird in den Gemeinden oft stillschweigend geduldet, auch eine zivile Zweitehe. Kirchliche Angestellte kommen erst durch eine solche, keineswegs durch das Zusammenleben an sich, in Schwierigkeiten. Kirchenamtlich wird heute häufiger als früher auf die Möglichkeit der Annullierung einer Ehe hingewiesen, aber die Praxis in den Diözesen ist unterschiedlich, hier rigoros, dort eher lax. Eine Antwort auf die Scheidungsproblematik kann das nicht sein.

Der gläubige Katholik weiß, dass es hier keine einfache Antwort gibt. Die Unauflöslichkeit der Ehe ist im Evangelium selbst begründet. Die Eheleute versprechen sich lebenslange Treue, und sie sollen als Christen diese Treue durch ihr Leben bezeugen. Andererseits gibt es die Realität von Schuld und Scheitern an menschlichen Unzulänglichkeiten. Und es gibt, menschlich sehr verständlich, die Suche nach neuer Partnerschaft, zumal wenn Ehen früh zerbrochen sind. «Es ist nicht gut für den Menschen, allein zu sein», heißt es im Schöpfungsbericht. Zudem ergeben sich aus einer neuen Partnerschaft in aller Regel auch neue Verpflichtungen, aus denen sich wieder zu lösen auch die Kirche den Betroffenen nicht zumuten darf.

So bleibt die Frage an die kirchlich Verantwortlichen, die auch von nicht wenigen Theologen diskutiert wird, warum nicht eine pastorale Praxis möglich sein soll, wie sie die orthodoxe Kirche kennt. Auch sie lehrt die Unauflöslichkeit der Ehe, gibt aber im Fall des Scheiterns dem pastoralen Aspekt den Vorrang vor dem dogmatisch-rechtlichen. Die Schuld der Betroffenen wird nicht stillschweigend zugedeckt, vielmehr ist der kirchliche Segen für eine zweite Ehe nur unter bestimmten Kautelen möglich, unter Bußauflagen, auch unter zeitweiligem Ausschluss von der Eucharistie. Aber die Lehre, das Dogma wird hier nicht zu einem Rechtssatz, der dem Erbarmen und dem Verzeihen keinen Raum mehr lässt⁸. Wahrscheinlich würde eine solche Praxis, von der Kirche offensiv und überzeugend verkündet und vertreten, sowohl dem Evangelium als auch der menschlichen Realität besser gerecht als die strikte

⁷ Vgl. meinen in Anm. 1 genannten Aufsatz und die dort genannte Literatur.

⁸ Vgl. G. Lachner: *Praxis und Theologie in der Orthodoxen Kirche*; in: *Geschieden – Wiederverheiratet – Abgewiesen? Antworten der Theologie*, herausgegeben von Th. Schneider, Freiburg 1995.

rechtliche Handhabung einer Norm, die keinen Ausweg eines Neuanfangs kennt. Mir scheint also, dass auf all diesen Gebieten die heute viel bedrängender als früher sich stellenden Fragen unvoreingenommen diskutiert werden müssen, auch mit Hilfe einer die Realitäten durchleuchtenden Pastoraltheologie. Erste Voraussetzung für eine sinnvolle Diskussion wäre es aber, dass konservativ oder traditionalistisch eingestellte Christen aufhören müssten, andere, die solche Fragen stellen, zu verketzern, indem sie ihnen den rechten Glauben absprechen. Zweitens müsste die Kirche in ihrer Pastoral davon ausgehen, dass auch eine defizitäre Lebenspraxis von Christen positive christliche Gehalte aufweist, an die anzuknüpfen, die zu stärken wären.



Prof. Dr. em. Bernhard Sutor war von 1978 bis zu seiner Emeritierung 1995 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Bildung und Katholische Soziallehre an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU). Prof. Sutor leitete außerdem von 2005 bis 2007 als Direktor das ZFG. Seit 2008 ist er Ehrendirektor.

Elterngeld und Geburtenentwicklung

■ Jörg Althammer

Die Bundesrepublik Deutschland zählt international zu den Ländern mit der niedrigsten Geburtenrate. Die Fertilität liegt hierzulande nicht nur seit mehreren Jahrzehnten deutlich unter dem bestandserhaltenden Niveau, sie ist auch erkennbar geringer als die Geburtenrate anderer entwickelter Volkswirtschaften. Deutschland zählt damit zu den sogenannten lowest-low fertility countries, also zu jenen Ländern, deren Geburtenrate nicht nur unter dem Reproduktionsniveau liegt, sondern die auch innerhalb dieser Ländergruppe ein unterdurchschnittliches Niveau aufweist. Nachdem die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Probleme einer derart stark schrumpfenden Bevölkerung lange Zeit ignoriert wurden, zählt die aktive Beeinflussung der Fertilität seit einigen Jahren zu den expliziten Zielen einer «nachhaltigen» Familienpolitik.¹ So werden derzeit alle familienpolitischen Leistungen auch auf ihre bevölkerungspolitischen Effekte hin untersucht. Insbesondere die Ablösung des bedarfsorientierten Erziehungsgeldes durch ein einkommensabhängiges Eltern-

geld wurde mit dem Argument begründet, dass durch dieses neue familienpolitische Instrument gleichzeitig die Zahl der Geburten und die Erwerbsquote der Mütter erhöht werden sollte.

Bereits kurze Zeit nach der Einführung des Elterngelds schienen sich die Erwartungen der Politik zu erfüllen. So stieg die Geburtenziffer im Verlauf des Jahres 2007 erkennbar an: Während die Fertilitätsrate im Durchschnitt des Jahres 2006 bei 1,32 lag, belief sich der Wert für das dritte Quartal 2007 auf 1,47. In der Studie «Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik» konstatieren die Autoren einen durch das Elterngeld induzierten, signifikanten Geburtenanstieg. Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft weist in seinem Wochenbericht vom 13. März 2008 einen Fertilitätseffekt des Elterngeldes aus. Und schließlich ist auch in der Öffentlichkeit die Auffassung weit verbreitet, dass das Elterngeld einen Beitrag dazu leistet, dass es Paaren nun ermöglicht wird, einen vorhandenen Kinderwunsch auch tatsächlich zu realisieren.²

¹ Vgl. Ehlert, N. (2008): Elterngeld als Teil nachhaltiger Familienpolitik, Berlin. Diese Studie wurde vom Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen in Auftrag gegeben, das im Auftrag des Familienministeriums alle familienpolitischen Leistungen evaluiert.

² Vgl. hierzu die bevölkerungsrepräsentativen Ergebnisse bei Ehlert (2008) sowie die Befragung von Susanne Vogl, in diesem Heft, S. 51

Allerdings existieren bislang kaum empirische Studien, die die Wirkungen des Elterngeldes kausalanalytisch untersuchen. Deshalb hat das ZFG ein Forschungsprojekt eingerichtet, in dem die Wirkungen des Elterngeldes umfassend ökonometrisch analysiert werden. Im Folgenden werden erste Ergebnisse aus diesem Projekt zum Einfluss dieser neuen Geldleistung auf das Geburtenverhalten referiert. Zunächst soll jedoch kurz auf die Verfahren zur statistischen Messung des Geburtenverhaltens eingegangen werden.¹

Fertilitätsmaße

Fertilitätsindikatoren sind Maßzahlen, die die demographische Entwicklung einer Region – beispielsweise eines Landes – statistisch wiedergeben. Das wohl geläufigste Maß ist die Anzahl der Geburten, die vom statistischen Bundesamt in regelmäßigen Abständen ausgewiesen wird. Dieser Indikator ist jedoch für die Frage nach der bevölkerungspolitischen Wirksamkeit familienpolitischer Maßnahmen ungeeignet. Denn bei anhaltend niedriger Fertilität verringert sich mit einer zeitlichen Verzögerung von ca. 2 Jahrzehnten auch die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter. Deshalb könnte es sein, dass die absolute Zahl der Geburten sinkt, obwohl die Zahl der Geburten je Frau konstanter bleibt oder sogar leicht steigt.

Die aus bevölkerungspolitischer Sicht einzige aussagekräftige Maßgröße ist die endgültige Kinderzahl je Frau (die sog. completed fertility). Dieser Indikator kann jedoch erst nach Abschluss der fertilen Phase einer Mütterkohorte berechnet werden. Die jüngste Kohorte, für die die endgültige Kinderzahl derzeit ermittelt werden kann, sind somit die Frauen des Geburtsjahrgangs 1965, die in 2010 das 45. Lebensjahr erreicht haben. Die Politik ist aber an Fertilitätsmaßen interessiert, die eine möglichst zeitnahe Aussage über die pronatalistischen Effekte staatlicher Familienpolitik ermöglichen. Deshalb wird in der politiknahen Forschung überwiegend die zusammengefasste Geburtenziffer (total fertility rate, TFR) verwendet. Dieser Indikator wird berechnet, indem die Anzahl der Geburten der 20- bis 45jährigen Frauen eines Jahres auf die Anzahl der Frauen dieser Altersgruppe bezogen wird. Damit stehen zwar zeitnahe Informationen über die Veränderung der Fertilität zur Verfügung,² der Aussagegehalt dieses Indikators ist jedoch stark eingeschränkt. Denn mittels der zusammengefassten

Geburtsziffer lassen sich langfristige Effekte nicht von zeitlichen Verschiebungen der Geburten (dem timing) unterscheiden. Wenn beispielsweise die Frauen ihre Geburten zeitlich hinausschieben, d.h. ihre Kinder im Durchschnitt zu einem späteren Zeitpunkt bekommen, so schlägt sich dies zunächst in einem Rückgang der TFR nieder, anschließend steigt diese Ziffer an. Dies ist bei der Interpretation der Jahreswerte zu berücksichtigen.

Die jüngste Entwicklung der Fertilität

Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer (total fertility rate TFR) der Jahre 2004 bis 2009. Die gestrichelte Linie repräsentiert die jeweiligen Monatsdaten, die durchgezogene Linie gibt den Mittelwert an. Wie man sieht, schwankt die Monatsfertilität in einem relativ engen Bereich um den Mittelwert von 1,35. In keinem Quartal sinkt dieser Wert unter 1,2 oder übersteigt die Schwelle von 1,6. Die monatlichen Daten weisen allenfalls ein erkennbares saisonales Muster auf: So reduziert sich die Fertilität in den Wintermonaten und steigt in den Sommermonaten spürbar an. Eigentlich könnte man an dieser Stelle abbrechen, da die Zahlen keinen Anhaltspunkt dafür liefern, dass sich das Geburtenverhalten in Folge der Einführung des Elterngeldes geändert hätte. Um dennoch einen eventuell latent vorhandenen Fertilitätseffekt herauszufiltern, wurde eine ökonometrische Analyse durchgeführt.

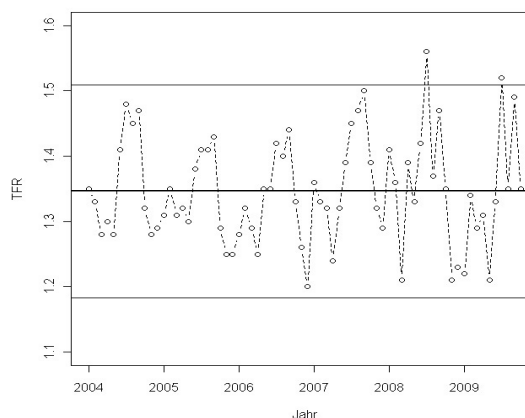


Abbildung 1: Entwicklung der zusammengefassten Geburtenziffer 2004 - 2009.

Tabelle 1 gibt die Ergebnisse der Regressionsrechnung wieder. Wie diese Tabelle zeigt, wird die Fertilitätsrate nur durch die Konstante und den Saisoneffekt erklärt.³ Es ist

3 Der Saisoneffekt wird durch eine Dummy-Variable für die Monate April bis September abgebildet. Die geschätzte Fertilität beträgt somit $1,3 + (6/12 \cdot 0,09) = 1,345$. Alle übrigen Variablen sind statistisch nicht signifikant von Null verschieden.

1 Die vollständigen Ergebnisse dieser Studie sind als ZFG-working paper 02/2010 über die Internetseite abrufbar.

2 Die amtliche Statistik weist die zusammengefasste Geburtenziffer jährlich aus. Die hier verwendeten Monatsdaten werden vom Rostocker Zentrum für Demographischen Wandel erhoben und sind über die Internetseite des Instituts abrufbar (www.zdwa.de).

weder ein Trend feststellbar, noch weist die Einführung des Elterngelds – statistisch durch eine Dummy-Variable für die Monate ab Januar 2007 abgebildet – einen nachweisbaren Effekt auf. Auch die statistische Auswertung liefert keinen Beleg dafür, dass die Einführung des Elterngelds die Fertilität im betrachteten Zeitraum beeinflusst hätte.

	Koeffizient	t-Wert
Konstante	1.30	59,8
Trend	0.00	0.30
Saisoneffekt	0.09	4.99
Elterngeld	0.01	0.37
R ²	0.28	
F-Test	8.39	
N	70	

Fazit

Entgegen einer weit verbreiteten Vorstellung gibt es keine Hinweise dafür, dass die Umstellung vom Erziehungs- auf das Elterngeld im Jahr 2007 die Fertilität in Deutschland positiv beeinflusst hat. Der geringfügige Anstieg der Ge-

burten in 2007 lässt sich allenfalls auf eine zeitliche Verschiebung der Fertilität zurückführen: Ohnehin geplante Geburten wurden vom Jahr 2006 in das Jahr 2007 verlagert, damit die Eltern in den Genuss dieser neuen Geldleistung kommen. Dies hatte zur Folge, dass die über die zusammengefasste Geburtenziffer gemessene Fertilität im Jahr 2006 sank und im Jahr 2007 wieder anstieg. Dieser Effekt war jedoch nur temporärer Natur; ein längerfristiger Einfluss des Elterngeldes auf die Fertilität lässt sich nicht nachweisen.



Prof. Dr. Jörg Althammer ist seit 2008 Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Direktor des ZFG.

ZFG-Jahresbericht 2008/2009

Inhalt

Projekte am ZFG

Religion und Familienkultur 69

Ausgewählte Aktivitäten und Vorträge zum Projekt 69

Ausgewählte Publikationen im Projekt «Religion und Familienkultur» 70

Kooperation mit dem Katholischen Militärbischofsamt (KMBA) 72

Ausgewählte Publikationen im Rahmen der Kooperation mit dem KMBA 73

Familiengerechte Hochschule 74

Weitere Vorträge und Aktivitäten am ZFG 75

Ausgeschiedene Mitarbeiter 75

Impressum 75

Religion und Familienkultur

Ausführliche Informationen zu dem Projekt «Religion und Familienkultur» sowie zu Koordinatoren, Mitarbeitern und Projektpartnern finden Sie im Familien-Prisma auf Seite 5.

Ausgewählte Aktivitäten und Vorträge zum Projekt

2008

- | | |
|---------------------------|--|
| 17. - 20. Januar 2008 | Ostblick-Jahreskongress: «Renaissance des Religiösen – zur Bedeutung von Religionen in den Transformationsgesellschaften Ost-, Mittel- und Südosteuropas», Friedrich-Schiller-Universität Jena. Thema: Die ostdeutsche Familie als religiöse Bildungsgemeinschaft – eine mikrosoziologische Perspektive (Margret Xyländer) |
| 26. Mai 2008 | Forschungswerkstatt «Kultursoziologie»/ Prof. Dr. Monika Wohlrab-Sahr, Institut für Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig. Thema: Die Familie als Bildungsgemeinschaft – spezifische Bildungsleistungen ritueller Praxisformen im Familienzusammenhang (Margret Xyländer) |
| 17. - 19. Juli 2008 | 2. Kolloquium des Graduiertenkollegs «Religion und Familienkultur», Freiburg |
| 17. November 2008 | Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden
Vorstellung der ersten Ergebnisse des Auftragsprojektes «Psychophysisches Befinden älterer türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland» (Sandra Hubert) |
| 29. November 2008 | Doktorandenkolloquium des Lehrstuhls für Sozialpädagogik und Gesundheitspädagogik der Universität Eichstätt-Ingolstadt: Vortrag der Forschungsergebnisse im Rahmen der Dissertation. (Michaela Nesporova) |
| Wintersemester 2008/2009: | Forschungswerkstatt des Arbeitsbereichs «Qualitative Bildungsforschung»/ Prof. Dr. Ralf Bohnsack, Freie Universität Berlin. Thema: Die Familie als Bildungsgemeinschaft – spezifische Bildungsleistungen ritueller Praxisformen im Familienzusammenhang (Margret Xyländer) |

2009

- | | |
|---------------------|--|
| 24./25. April 2009 | Doktorandenkolloquium der Katholischen Hochschule der Salesianer Benediktbeuren: Vorstellung des Arbeitsstandes der Dissertation. Leitung: Prof. Dr. Martin Lechner. (Andreas Heek) |
| 22. - 24. Juli 2009 | 3. Kolloquium des Graduiertenkollegs «Religion und Familienkultur», Berlin |
| 9. Oktober 2009 | 1. pairfam Nutzerkonferenz, Mannheim. Die «verhandelte Fertilität» und der Einfluss von Religion auf die Fertilität. Empirische Ergebnisse auf Basis des pairfam. (Sandra Hubert) |
| 27. Oktober 2009 | Seminarveranstaltung zum Thema «Qualitative Forschungsmethoden in Theorie und Praxis» der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen, Abteilung Aachen. Vorstellung der Methode der «Objektiven Hermeneutik». Leitung: Prof. Dr. Krockauer (Andreas Heek) |

29. Oktober 2009 Fachtagung «Starke Väter – Impulse zur Arbeit mit Vätern» der Ruhr Universität Bochum. Leitung des Forum 4: «Krisen und Umbrüche meistern - Herausforderungen und Chancen für Väterberatung». Veranstaltung: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Andreas Heek)
24. November 2009 Studienkonferenz «Sandburgen statt Überstunden – Lebensgefühl und Lebensstile von Männern. Pastoraltheologische Erkundungen und Perspektiven» der Thomas-Morus-Akademie (TMA) Bergisch-Gladbach-Bensberg – Tagungsleitung: Andreas Heek und Dr. Friedhelm Isenberg, Leiter der TMA). (Andreas Heek)
- 27./28. November 2009 Doktorandenkolloquium der Katholischen Hochschule der Salesianer Benediktbeuren, Vorstellung des Arbeitsstandes der Dissertation. Leitung: Prof. Dr. Martin Lechner (Andreas Heek)

Ausgewählte Publikationen im Projekt «Religion und Familienkultur»

Monografien:

Hubert, Sandra/ Althammer, Jörg/ Korucu-Rieger, Canan (2009): Soziodemographische Merkmale und psychophysisches Befinden älterer türkischer Migrantinnen und Migranten in Deutschland: Eine Untersuchung auf Basis der Haupt- und Zusatzbefragung des Generations and Gender Survey der ersten Welle. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Band 39, Berlin: Pro Business.

Aufsätze

2008

Lange, Andreas/Margret Xyländer (2008): Jugend. In: Willems, Herbert (Hrsg.): Lehr(er)buch Soziologie. Für die pädagogischen und soziologischen Studiengänge. Bd. 2. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Stein, M. (2008): Werteerziehungsansätze an weiterführenden Schulen in Bayern. In: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.). Praxishandbuch zur Werteerziehung «Werte machen stark.» Donauwörth: Auer, S. 54-67

Stein, M. (2008): Die Werteprojekte der Besuchsschulen aus Sicht der Schülerinnen und Schüler. In: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (Hrsg.). Praxishandbuch zur Werteerziehung «Werte machen stark.» Donauwörth: Auer, S. 68-81

Stein, M. (2008): Solidarność i tolerancja w wychowaniu jako podstawa edukacji międzykulturowej. Komunikat z badań w Bawarii. [Erziehung zu Solidarität und Toleranz in der Schule als Beitrag zur Integration von Personen unterschiedlicher ethnischer Herkunft - Ergebnisse einer Schulleitervollbefragung in Bayern.] In: Surzykiewicz, J. & Kulesza, M. (red). Integracja w świecie powszechnej migracji. Otwarte pytania pedagogiki społecznej. (Integration in der Welt der umfassenden Migrationsbewegungen. Offene Fragen der Sozialpädagogik). Warszawa: Uniwersytet Warszawski, Instytut Profilaktyki Społecznej i Resocjalizacji Międzykulturowe Centrum Adaptacji Zawodowej, S. 276-294

Xyländer, Margret (2008): Alltägliche Gesellschaft. (Rezension zu Alma-Mira Demszky von der Hagen: Alltägliche Gesellschaft. Netzwerke alltäglicher Lebensführung in einer großstädtischen Wohnsiedlung. – München und Mering 2006: Rainer Hampp Verlag) In: Berliner Debatte Initial 19. Jg., Heft 5.

2009

Heek, Andreas (2009): Delete! Ein Kunstprojekt als Gleichnis für den geistlichen Weg In: Pastoralblatt für die Diözesen Aachen, Berlin, Essen, Hildesheim, Köln und Osnabrück, Juni, S. 177-183.

Stein, M. (2009): Erziehungsziele und Werterziehungsansätze an weiterführenden Schulen in Abhängigkeit von strukturellen Bedingungen. Zeitschrift für Pädagogik, 55 (4), S. 55-72

Stein, M. (2009): Interdisziplinäre Zugänge und theoretische Grundlagen schulischer Werteeziehung: Soziologische Sicht. In: Zierer, K. (Hrsg.). Kompendium Schulische Werteeziehung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren

Stein, M. (2009): Äußere Rahmenbedingungen von Unterricht: Elternhaus und Peer, Schulkultur und Schulleben. In: Zierer, K. (Hrsg.). Kompendium Schulische Werteeziehung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren

Stein, M. (2009): Leistungsbeurteilung. In: Zierer, K. (Hrsg.). Kompendium Schulische Werteeziehung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren

Kooperation mit dem KMBA

Ausführliche Informationen zu dem Kooperationsprojekt mit dem KMBA finden Sie im Familien-Prisma auf Seite 38.

Projektleiter: Dr. Peter Wendl

Folgende Initiativen wurden in 2008/2009 im Rahmen der Kooperation mit dem Katholischen Militärbischofsamt konsolidiert oder realisiert:

Initiative 1: Untersuchung der Auswirkungen existenzieller Ängste von Soldaten und Familienangehörigen im Kontext von Auslandseinsätzen der Bundeswehr auf die Beziehungsqualität und ihre Bedeutung für die «gelingende Partnerschaft» sowie die Ehe- und Familienpastoral: «Resilienzforschung» im Kontext der Militärseelsorge. Davon abgeleitet wurden für Intensivveranstaltungen der Militärseelsorge «Trainingskonzepte» entwickelt. Weitere Informationen dazu sind dem vertiefenden Text (Seite 38) in diesem Familien-Prisma zu entnehmen.

Initiative 2: Gesunde Psychohygiene von Militärseelsorgern im Kontext von Auslandseinsätzen.

Projektbeschreibung: Da Militärseelsorger in der Begleitung der Bundeswehrsoldaten während der Auslandseinsätze in besonderer Weise als Seelsorger, aber auch subjektiv in der existenziellen Gefährdung des Einsatzes gefordert werden, kommt dem Aspekt einer gesunden Psychohygiene eine wichtige Stellung zu. Aus Sicht der Militärseelsorge stellt sich die Frage, was präventiv realisiert werden kann, um gelingende, ganzheitliche Förderung und Begleitung der Persönlichkeitsentwicklung besonders in belastenden Zeiten zu gewährleisten. Theologisch steht dafür die «Salutogenese» und ergänzend die «Resilienzforschung». Ihre Perspektive ist eine positive Betrachtung der Welt und des Lebens. Sie rührt von der Intention her, Begrenztheiten und Belastungen des Geschöpflichen ganzheitlich zu integrieren – und dabei das Leben von seinen Ressourcen, nicht von den Defiziten her zu betrachten. Auf Basis der Untersuchungen gilt es ein präventives «Resilienz-Training» für Militärseelsorger zu konzipieren.

Initiative 3: Weiterbildung «Spektrum Familie» für Militärseelsorger und pastorale Mitarbeiter

Projektbeschreibung: In unserer modernen Gesellschaft sind Paare und Familien mit besonderen Herausforderungen wie beispielsweise intensiven Mobilitätsanforderungen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den veränderten Rollenbildern konfrontiert. Gerade hierfür vermissen sie oft auch seitens der Seelsorge kompetente Hilfestellung und praxisnahes Fach- und Hintergrundwissen. Ziel der universitären Weiterbildung «Spektrum Familie» des ZFG an der KU ist daher die Vermittlung wissenschaftlicher Grundlagen sowie damit eng verbunden die Vermittlung praxisbezogener Kompetenzen für die Begleitung von Ehen und Familien. Zielgruppe dieser Weiterbildung sind Seelsorger, Theologen, kirchliche Mitarbeiter und Multiplikatoren, die im pastoralen Alltag besonders mit den genannten Herausforderungen von Paaren und Familien konfrontiert sind.

Die einzelnen Module der Weiterbildung sind zum einen innerfamilialen Themen wie normativ-biographischen Abläufen, zum anderen akzidentell krisenhaften Ereignissen in der Familie zuzuordnen. Darüber hinaus deckt die Weiterbildung jene Bereiche ab, die die Familie in ihrer Wechselwirkung mit anderen Teilsystemen der Gesellschaft wie der Politik, der Wirtschaft (z.B. Vereinbarkeit Familie und Dienst), den Medien (z.B. Kinder und neue Medien) und der Religion (z.B. kirchliches Eheverständnis und moderne Gesellschaft) betreffen.

Die einzelnen Module setzen sich wie folgt zusammen:

Modul 1

Wissenschaftliche Grundlagen - eine Einführung
(Familienpolitik, Familiensoziologie, Familienökonomik, Theologie)

Modul 2

Familie und Gesellschaft
(Neue Medien, Vereinbarkeit Familie und Beruf, Familie und Religion)

Modul 3

Ehe und Familie in Krisen
(Scheidung, Krankheit, Fernbeziehung etc.)

Modul 4

Präventive Konzepte/Familienarbeit

Die Weiterbildung findet berufsbegleitend statt und ist für je vier Präsenzwochen über zwei Jahre konzipiert (je eine Woche pro Semester). Der aktuelle Durchgang lief von März bis September 2010.

Darüber hinaus war Dr. Wendl 2008/2009 Referent auf zahlreichen Veranstaltungen zum Thema Partnerschaft, Familie und Mobilität sowie zur Resilienzforschung. Unter anderem war er Hauptreferent bei einer Weiterbildung für Mitglieder des psychosozialen Netzwerkes im Bundesministerium für Verteidigung (BMVG). Außerdem referierte er bei der Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorge für die deutsche Bundeswehr am 21. August 2009 zum Thema «Existenzielle Ängste von Soldaten und ihren Angehörigen im Kontext von Auslandseinsätzen».

Ausgewählte Publikationen im Rahmen der Kooperation mit dem KMBA

Monografien:

Wendl, Peter (2009): Gelingende Fern-Beziehung. Entfernt zusammen wachsen. 4. Auflage, Freiburg-Basel-Wien.

Aufsätze:

2009

Wendl, Peter (2009): Liebe aus der Ferne. In: ng neue Gespräche. Partnerschaft-Ehe-Familie. Die total flexible Familie. Zwischen Anpassung und Selbstbestimmung, 39. Jahrgang, Heft 2.

Pressespiegel:

2008

Süddeutsche Zeitung, 28. Februar 2008: Fernbeziehung und Karriere. Arbeiten statt glücklich sein.

Der Sonntag, 21. Juni 2008: Ein Massband als Zeitanzeige – Als Soldat in einem Krisengebiet: Wie gehen Angehörige damit um?

Focus, 18. September 2008: Fernbeziehung: Wechselbad der Gefühle.

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12. Oktober 2008: Wenn 48 Stunden genügen müssen.

2009

Psychologie Heute, März 2009: Mythos Mobilität.

Financial Times Deutschland, 20. März 2009: In der Ferne so nah.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. Mai 2009: Ein paar, zwei Orte.

Kompass, November 2009: Ängste verstehen.

Familiengerechte Hochschule

Ausführliche Informationen zum Thema «Familiengerechte Hochschule» finden Sie im Familien-Prisma auf Seite 43.

Verantwortlich: Dipl.-Päd. Alexandra Ressel/ Dipl.-Journ. Annika Hausner

Ausgewählte Aktivitäten und Vorträge zum Projekt

2008

19. - 22. Februar 2008

«Familienbilder im Fernsehen und in der Gesellschaft». Kolloquium und Workshop mit Wissenschaftlern und Programm-Verantwortlichen auf Schloss Hirschberg (Dr. Stefanie Haas)

2009

15. Dezember 2009

Institutsversammlung, Hauptthema: «Familiengerechte Hochschule». Darstellung des Status Quo sowie der Zielvereinbarungen sowie die Problematik aus Sicht der studierenden Eltern

Weitere Vorträge und Aktivitäten am ZFG

2008

25./26. April 2008	Studententage Eichstätt: Thema: Wissenschaftliche Karriere trotz Familie (Prof. Dr. Jörg Althammer)
03. - 05. Juli 2008	Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Würzburg (Prof. Dr. Jörg Althammer)
14./15. November 2008	Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin (Prof. Dr. Jörg Althammer)
22. November 2008	AGF-Tagung, Nürnberg: Vortrag: Die Entwicklung des Familienlastenausgleichs in den vergangenen drei Dekaden (Prof. Dr. Jörg Althammer)

2009

19. - 21. Februar 2009	Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Würzburg (Prof. Dr. Jörg Althammer)
03. März 2009	Weiterbildung «Spektrum Familie», KMBA in Eichstätt (ZFG gesamt)
04. März 2009	Workshop im Bundesministerium für Familie «Erweiterung der Haushaltsdatenbasis» (Prof. Dr. Jörg Althammer)
18. - 20. Juni 2009	Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin (Prof. Dr. Jörg Althammer)
07. - 11. September 2009	Weiterbildung «Spektrum Familie», KMBA in Eichstätt (ZFG gesamt)
12. Oktober 2009	Tagung «Caritas in veritate», Eichstätt (ZFG gesamt)
27. November 2009	Familienbund KED, München. Vortrag: «Worauf Familien Anspruch haben... in materieller Hinsicht» (Prof. Dr. Jörg Althammer)
08. Dezember 2009	Impulsreferat «Betreuungsgeld», Hanns-Seidel-Stiftung, München. (Prof. Dr. Jörg Althammer)

Ausgeschiedene Mitarbeiterin

- Dr. Nikola Jentzsch, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, ausgeschieden am 31.12.2009.

Impressum:

Zentralinstitut für Ehe und Familie in der Gesellschaft (ZFG)/ Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
 Marktplatz 4, 85072 Eichstätt, Telefon: +49-(0)8421/93-1141,
 Fax: +49-(0)-8421-907593, E-Mail: zfg@kuei.de;
 Redaktion: Annika Hausner, Tel: +49-(0)8421/93-1147, Annika.Hausner@kuei.de.